Editorial

von Karlheinz Weißmann

„Zeitenwende" ist momentan ein geläufiger Begriff, alle möglichen Ereignisse sollen als Indikatoren dafür dienen, daß sich ganz und gar Neues anbahnt, ein Bruch der Entwicklung stattfindet, möglicherweise sogar eine Kehre vollzogen wird. Die Bankenkrise gehört dazu und die bevorstehende „Weltrezession", die Klima-Katastrophe schon kaum noch, aber in jedem Fall die Wahl eines Schwarzen zum US-Präsidenten.

Alle diese Vorgänge haben eine globale Dimension, ob ihre Ursachen präzise lokalisierbar sind (Obama in den USA) oder sich kaum ganz klar ausmachen lassen (das Abschmelzen der Polkappen) oder die Verantwortlichen zwar bestimmt, aber nicht zur Verantwortung gezogen werden können (die Finanzgewaltigen). Diesen Sachverhalt nimmt man allgemein zur Kenntnis, trägt Meinungen und Lösungsvorschläge mit beschwichtigendem oder alarmistischem Tonfall vor, aber es bleibt völlig unklar, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Ist es so, daß der Erfolg Barack Obamas einfach jenen Schritt markiert, den alle Länder des Westens irgendwann vollziehen werden, hin zu einer „Regenbogennation" ohne einheitlichen *ethnos* als Kern, eher ein buntes Konglomerat aus aller Herren Länder, zusammengehalten durch den *american dream* vom Streben nach Glück mittels massenhafter Individualisierung und Aussicht auf das große Geld? Oder ist die Wahl ein Menetekel, angesichts der Tatsache, daß die Schwarzen, die Hispanics und alle rassischen Minoritäten zusammen mit den „liberalen" und linken Weißen und den Jungen für Obama gestimmt haben, während der Rest, also wohl die alten weißen Leute, die Minderheit von morgen, begreifen muß, daß da nicht das Gesetz der Brüderlichkeit endlich verwirklicht wird, sondern einfach nur die Umkehrung der Machtverhältnisse stattfindet, weshalb die Klügeren aus den eigenen Reihen sich schon den kommenden Verhältnissen anpassen?

Muß man die hektische Debatte über die Unordnung der Weltwirtschaft tatsächlich mit Aufmerksamkeit verfolgen? Steht uns im Ernst eine Rückbesinnung darauf bevor, daß die „Gier" eine Todsünde ist (katholisch) oder man sauber zwischen guten und bösen Unternehmern trennen sollte (evangelisch), oder erlebt jetzt der Anti- (Die Linke) oder der „rheinische Kapitalismus" (CDU) eine Renaissance? Wie steht es überhaupt mit einem „System" (*The Economist*) globaler Ökonomie, wenn es „ausbrennt" (*FAZ*)? Kann sich tatsächlich jemand vorstellen, daß „harte Zeiten" (*Time*) kommen, daß sich Schlangen von Elenden, Hungernden und Arbeitslosen bilden wie 1929, oder ist das schwarze Jahr der Weltwirtschaftsgeschichte bloß eine „Chiffre" (Frank Schirrmacher), eine Schreckvokabel, die man besser unter Verschluß hält, um Panik zu vermeiden, während die Damen und Herren des ökonomisch-politisch-medialen Komplexes die notwendigen Reparaturen durchführen?

Es gibt niemanden, der diese Fragen befriedigend beantworten könnte, was wiederum für die Annahme einer „Zeitenwende" sprechen könnte, denn deren Zeitgenossen sind schon wegen der Nähe der Ereignisse und der Unübersichtlichkeit sich rasch vollziehender Ereignisse kaum in der Lage, die große Tendenz zu begreifen. Daran ändert weder die Menge noch die Aktualität der uns zur Verfügung stehenden Informationen irgendetwas. Die Beschränktheit unseres Horizontes ist konstitutiv, vorgegeben, ein anthropologisches Faktum und insofern unveränderbar, was in Zeiten des Wandels auch etwas Beruhigendes hat.

Staat! Nein! Doch!

Gespräch mit André Lichtschlag

SEZESSION: Herr Lichtschlag, Sie sind radikalkapitalistisch und libertär und wünschen den Staat in Wirtschafts- und Finanzfragen zum Teufel. Haben Sie in den letzten zwei Monaten Ihre Ansicht geändert?

LICHTSCHLAG: Ich habe durchaus ein konservatives Menschenbild. Ich glaube, daß Menschen für sich selbst weitsichtiger, wirtschaftlicher und besonnener handeln als Gutmenschen-Bürokraten das für andere tun. Warum sollte ich ausgerechnet dann meine Ansicht ändern, wenn durch die Finanzkrise das ganze Desaster politischer Steuerung und vor allem staatlicher Geldpolitik offenbar wird? Kaum ein Bereich ist dermaßen monopolisiert und reguliert wie die Finanzbranche. Wir haben jahrelang in unserer Zeitschrift diese Finanzkrise vorhergesagt. Wir haben die durch Politik verursachte amerikanische Hypothekenkrise als Ausgangspunkt einer dann weltweiten starken Rezession vorhergesagt, als die US-Häuserpreise noch stiegen. Sie können das alles in vielen Ausgaben meines Magazins nachlesen oder etwa auch in den Büchern unseres Kolumnisten Vogt oder unserer Redaktionsbeiräte Baader, Hülsmann oder Hoppe. Überrascht hat das Desaster nur staatsgläubige, ahnungslose Träumer ohne Interesse an ökonomischen Zusammenhängen.

SEZESSION: Es mag wohl so sein, daß Menschen für sich selbst weitsichtig, wirtschaftlich und besonnen handeln, und genau darin sehe ich die gefährliche Schwäche Ihrer Überzeugung: Was für den Einzelnen hervorragend sein mag, kann für die Gemeinschaft eine Katastrophe bedeuten. Oder denken Sie nicht auch, daß einige tausend Finanzjongleure aufs Ganze gesehen katastrophal gewirtschaftet haben – für sich selbst und ihre Kindeskinder allerdings ein für alle Mal genug Geld verdient haben?

LICHTSCHLAG: Wenn Menschen auf dem Markt, also selbstverantwortlich mit ihrem Eigentum und freiwillig, handeln, tun sie dies, weil sie sich einen Vorteil davon versprechen. Das ist das „ökonomische Mittel", wie es Franz Oppenheimer nannte. Keiner kommt dabei zu Schaden, von einer „Katastrophe für die Gemeinschaft" ganz zu schweigen. Zu dieser kommt es in unschöner Regelmäßigkeit beim Einsatz des „politischen Mittels", also durch umverteilende Staatspolitik. Im Falle der Finanzkrise wurde und wird vom politischen Mittel reichhaltig Gebrauch gemacht. Wenn der Staat ausgiebig Freibier – Geld ohne Deckung – verteilt, darf er sich nicht wundern, wenn Einzelne kommen und trinken. Konservative mit einem realistischen Menschenbild wissen das. Schauen Sie sich die Politik an, die nun in letzter Konsequenz zu einer Hyperinflation führen wird – alles schon dagewesen! Politik lernt offenbar nicht einmal aus den Fehlern der Vergangenheit. Kein Wunder, denn Politiker handeln nicht auf eigene Rechnung, sondern auf Kosten der Steuerzahler und Inflationsopfer. Damit kommt die Politik immer wieder durch, weil der Wahnsinn des zutiefst unsozialen politischen Mittels immer wieder mit einer nebulösen Gemeinschaftsideologie oder Demokratieduselei bei oft fehlender ökonomischer Klarsicht verschleiert wird.

Anders gesagt: Wenn es Sie nur stört, daß einige viel Geld verdient haben, dann greift das zu kurz. Davon, daß einige viel Geld verdienen, haben andere nicht weniger Geld, im Gegenteil, sofern sie produktiv für andere tätig sind. Das waren die Finanzjongleure, wie Sie sie nennen, aber eben nicht, weil sie sich nicht des ökonomischen Mittels auf dem Markt bedient haben, sondern als Werkzeuge des politischen Mittels geldschöpferisch fungierten. Sie haben auch nicht auf eigene Rechnung und eigenes Risiko gehandelt, sondern spätestens mit den absehbaren Milliarden-Rettungspaketen voll auf Kosten der Steuerzahler und – mangels Deckung der Politikerversprechen – zukünftigen Inflationsopfer. Natürlich lassen die Politiker ihre Handlanger im Finanzwesen – sie können es gerne auch umgekehrt sehen – nicht hängen. Schauen Sie sich mal an, wer alles im Aufsichtsrat der KfW sitzt.

SEZESSION: Sie meinen also im Ernst, daß es so etwas wie die massenhafte Vergabe ungedeckter Kredite oder das Akkumulieren von Kapital in Rentenfonds und das anschließende „Hedgen" von Unternehmen ohne den Staat und staatspolitische Regelungen nicht gegeben hätte?

LICHTSCHLAG: Fangen wir hinten an: Das Hedgen hat mit der Finanzkrise wenig zu tun. Die Rentenfonds sind Ergebnis direkter und indirekter staatlicher Politik, von der Familien- über Gesellschaftsrechts- bis zur Geldpolitik. Es gab Zeiten, da hat man für das Alter anders vorgesorgt. Und die ungedeckten Kredite etwa im Immobilienbereich in den USA wurden von den zwei halbstaatlichen Instituten Fannie Mae und Freddie Mac vergeben, nachdem sie die politischen Vorgaben durch eine ganzen Reihe von „Fair Lending“-Gesetzen erhalten haben. Die beiden Institute wurden politisch dahin gelenkt, Darlehen für den Eigenheimkauf unbedingt an – wie sagt man heute so schön? – „sozial Schwache“ zu vergeben. Das ist so ähnlich wie sozialistische Schulpolitik nach dem Motto „Abitur für alle“. Am Ende ist es wie immer: Politiker können nicht zaubern. Der Schwindel fliegt uns um die Ohren.

SEZESSION: Ich glaube, wir reden immer noch aneinander vorbei. Der Punkt, auf den ich ziele, ist Ihr durch nichts gerechtfertigtes Vertrauen in die Vernunft einer völlig von der staatlichen Leine gelassenen Wirtschaft. Es hat aber noch nie eine Ökonomie ohne außerökonomische Bedingungen gegeben. Sie konstruieren ein „Ich“, das marktfähig mit anderen umgeht. Der Mensch ist aber viel mehr – zum Glück, will ich meinen.

LICHTSCHLAG: Glauben Sie, daß Sie mit ihrem Bild von „einer völlig von der staatlichen Leine gelassenen Wirtschaft“ vor einem mittelständischen Unternehmer bestehen? Er, der heute wie nie zuvor durch Reglementierung und Ausbeutung belastet ist, wird Sie vermutlich nicht verstehen. Natürlich hat es noch nie eine Ökonomie ohne außerökonomische Bedingungen gegeben. Schauen Sie: Wir haben heute einen Staatsanteil an der Wirtschaft von 60 bis 70 Prozent. In den Dauerkrisenbereichen Geld, Bildung und Gesundheit liegt der Anteil höher. In der DDR betrug der Staatsanteil 80 bis 90 Prozent. Der Rest an Markt – schwarz, grau und manchmal auch weiß lizensiert – hat dafür gesorgt, daß die Menschen nicht verhungert sind wie in Nordkorea mit seinen fast 100 Prozent Kommandowirtschaft. Natürlich ist der Mensch mehr als ein Wirtschaftssubjekt! Etwas anderes haben auch Marktwirtschaftler nie behauptet – von Adam Smith über Friedrich August von Hayek bis Hans Hermann Hoppe haben wir es immer auch mit ausgewiesenen Moralphilosophen zu tun, denen es in ihrer Analyse auch und gerade um den Menschen als ganzes ging. Ich vermute, daß Ihr und mein Menschenbild gar nicht allzuweit auseinanderliegen. Während Ihr allgemeines Menschenbild also im Unterschied zu dem der linken Träumer realistisch ist, scheint Ihr Vertrauen in staatliche Regulierung selbst im Fall der offensichtlichen Katastrophe noch geradezu schwärmerisch zu sein. Ich lade Sie ein: Beschäftigen Sie sich mehr mit Ökonomie und studieren Sie das Staatsversagen! Politiker und Bürokraten sind auch nur Menschen. Nur wie sagt man so schön: Gelegenheit macht Diebe! Und wie Menschen ganz allgemein mit Staats- oder Gemeineigentum umgehen, das können Sie sehr schön auf öffentlichen Toiletten beobachten. So ähnlich ist das auch mit der Geldpolitik gelaufen.



André Lichtschlag ist eigentümlich frei

SEZESSION: Wir beide haben uns bereits im 3. Heft der *Sezession* (und parallel in Ihrer Zeitschrift, *eigentümlich frei*) darüber gestritten, ob der Mensch als bloßer Marktteilnehmer aus sich heraus vernünftig und förderlich und mit Blick auch auf die Langfristigkeit seines Tuns zu handeln vermag – oder ob nicht doch etwas Vorökonomisches notwendig ist, damit er als Marktteilnehmer nicht zum „Schweinchen Schlau“ mutiert, das nur noch sich kennt. Um Ihr Toiletten-Bild aufzugreifen: Gut erzogene Menschen gehen mit öffentlichen Klos um wie mit ihrem eigenen. Allein ökonomisch aufgefaßte Individuen rechnen rasch durch, ob es sich lohnt, sauber zu sein. Die Reglementierungswut des Staats rührt daher, daß alle ständig alles durchrechnen. Erzogene Menschen hingegen brauchen kaum Regeln.

LICHTSCHLAG: Die DDR sah nicht so grau und abgewrackt aus, weil die Menschen dort zu viel herumgerechnet haben oder weil sie so unerzogen waren. Ihr Ökonomie-Ersatz klingt daher ein bißchen wie eine Mischung aus kommunistischem Traum und Pipi Langstrumpf. Nehmen wir die Menschen lieber so wie sie sind. Aber warum nur streiten - am Ende kommen wir vielleicht doch an einer Stelle zusammen: Fehlendes Privateigentum und fehlende Verantwortung führen auf längere Sicht auch zu moralischer und menschlicher Verwahrlosung. Übrigens unten – bei Hartz IV – genauso wie oben bei abgehobenen Managern von Weltkonzernen, die eben auch nicht mehr persönlich mit ihrem Eigentum in der Verantwortung stehen. Sie ähneln vielmehr unserer demokratischen Politikerkaste – und sind ihnen ja auch symbiotisch verbunden. Bei den Managern zählt der kurzfristig Shareholder Value, bei den demokratischen Politikern nur die nächste Wahl. Beide haften nicht selbst. In diesem Sinne: Privateigentum und Kultur – nennen Sie Letzteres meinetwegen auch „Vorökonomie“ oder „Erziehung“ – bedingen und begünstigen einander.

Das Gespräch führte Götz Kubitschek

Letzte Ausfahrt weiter hinten: der deutsche Sonderweg

von Thomas Hoof

Wir Zeitgenossen der Wende zum 21. Jahrhundert haben das zweifelhafte Privileg, dem Untergang gleich zweier gesellschaftlicher Ordnungssysteme beiwohnen zu können. 20 Jahre nach der staatssozialistischen Formation implodiert nach einer heißen Phase heftigster innerer und äußerer Expansion und mit voraussichtlich weit größeren Knalleffekten nun auch der angelsächsisch geprägte Wirtschaftsmodus des sogenannten „Freien Westen".

* * *

Was derzeit, kurz vor dem „showdown", von den Akteuren des Schauspiels „Rettung der Finanzmärkte" dargeboten wird, folgt noch dem Strickmuster einer klassischen Gaunerkomödie und hat auch deren Unterhaltungswert: Da gibt der größte Bankrotteur (die schuldtilgungsunfähigen Staaten) mit nobler Geste Patronatserklärungen für die gleichfalls völlig bankrotten Banken ab und verteilt dazu Mittel, die er sich von eben diesen Banken leihen wird. Die dabei zur Sprache kommenden Summen reichen in Zahlenräume, in denen bis vor kurzem allein die Astronomen heimisch waren. In der monetären Alchimistenküche haben offenbar neben den bekannten auch besonders „innovative" Transmutationen stattgefunden: Aus Gold wurde Papiergeld, aus Papiergeld Buchgeld, das, einen nigromantischen Kunstgriff später, Schaumgeld wurde und sich wundersam vermehrte zu Derivaten und Derivaten-Derivaten.

Die Rollenverteilung in der Gaunerkomödie – mit dem Staat als tadelnder Retter, die Banken als reuige Sünder, dem Markt als entsprungene Bestie –, das ist schon eine dreiste Camouflage: Denn es waren die Staaten, die in Kumpanei mit der Finanzindustrie diesen Schneeball ins Rollen

brachten, die Scheingeldmassen sauber wuschen und umlauffähig machten. Und der bestialische Markt waltet (anders als Rating-Agenturen, WP-Gesellschaften und ganze Kompanien nationaler und internationaler Aufsichtsbehörden) spät zwar, doch unbestechlich und penibel (und gegen alle Widerstände) seines Amtes, macht seine Nagelproben an den Werten und wischt das Schaumgeld aus den Büchern – und breche dabei zusammen, wen der Staatskumpan nicht rettet.

* * *

Kontrolliert und planvoll kann dieses kreditzerrüttete System nicht mehr heruntergefahren werden. Es gibt nur die Möglichkeit, es vollständig zurückzusetzen, sei es durch eine praktisch weltweite Währungsreform oder auf dem Umweg über eine geldpolitisch von der Leine gelassene (oder von ihr sich losreißende) Hyperinflation. Ansonsten: Irgendwann ein Über-Nacht-Kollaps Kollaps, der die Realwirtschaft auf einen Schlag verwüstet: stockender Zahlungsverkehr, reißende Versorgungsketten, wirtschaftliche Desintegration – und am Ende kehrt jeder vor der eigenen Tür, wobei die Frage offen bleibt, wer dabei den Besenschrank verwaltet: ein Staat, lokale Autoritäten oder mafiöse Banden.

Aber selbst das beschreibt noch nicht den Umfang des bevorstehenden Desasters, denn absehbar ist auch der nächste Stoß: eine schnelle Verknappung des Erdöls als Brenn-, Kraft- und Chemierohstoff, mit einem nachfolgend heftigen Schrecken darüber, wie grundlegend, bis in die einfachsten Lebensvollzüge hinein wir ölabhängig geworden sind.

Peak-Öl ist hier nicht das Thema. Darum nur kurz: Die Internationale Energieagentur (eine Einrichtung der OECD und als solche eine amtliche Optimismus-Trompete) hat in ihrem soeben erschienenen Energie-Outlook 2008 die Rate des jährlichen Fördermengenrückganges („depletion rate") auf 5,6 bis 8,5% erhöht. Dabei kommt es gar nicht sehr darauf an, wann diese Sinkflug-Kurve den Nullpunkt schneidet, sondern darauf, ab welchem Punkt Rationierung und Zuteilung beginnen. Das grüne „weg vom Öl" münzt eine Zwangsläufigkeit in eine politische Parole um, und tut so, als stünden für das schwindende Erdöl urlaubsbunte Substitute (Wasser, Sonne, Wind) bereit, verschweigt aber, daß dieser Ersatz mit einer dramatischen Energieverarmung einhergehen wird. Denn alle technischen Alternativen sind von einem deutlich positiven Saldo zwischen energetischem Ertrag und Aufwand (EROEI) weit entfernt.

Damit geht – so oder so oder noch katastrophischer – ein Wirtschafts- und Lebensmodus zu Bruch, der allein auf die Illusion baute, daß Leistungen der Zukunft folgenlos und auf ewig zum Gegenstand heutigen Konsums gemacht werden könnten. Am Beginn dieser letzten wirtschaftlichen Hochfieberphase der „Emanzipationsmoderne" stand die Heilsbotschaft, daß von nun an der Brunnen zum Kruge kommen und, festgemauert, auch nimmermehr zerbrechen werde. Der ökonomische Hausverstand nahm das zwar mit Skepsis, ließ sich aber mit schwindendem Widerstreben einschenken. Er wird in Kürze, unter allerdings eher ungemütlichen Umständen, die Genugtuung erfahren, daß seine Skepsis hoch berechtigt war.

Es war die Fiktion eines ewigen Plus Ultra, der eigentlich seltsame, weil völlig erfahrungsfremde Gedanke, daß es Expansion ohne Kompression, ein Auf ohne ein Ab geben könnte. Die wirkliche Welt verläuft oszillativ, und diese Erfahrung ist tief geerdet, weil sie von den physiologischen Rhythmen und allem Naturerleben täglich beglaubigt wird. Daß der gegenteilige, nämlich kumulative Prozeßtyp der ständigen Steigerung materiell wirksam werden könne, ist eine Idee, die (nach Kenneth Boulding) nur Verrückten oder Ökonomen kommen kann – und den wenigen geschichtlichen „people of plenty", Völkern, die plötzlich einen ganzen, fruchtbaren, rohstoffreichen, fast menschenleeren Kontinent (ersatzweise ein koloniales Weltreich) zu ihrer Lebensfristung zur Verfügung haben und deshalb meinen, die *lex parsimoniae* sei für sie auf Dauer außer Kraft gesetzt. Aber auch denen hilft eines Tages die Wirklichkeit über diesen Irrtum hinweg.

David Potter: *People of Plenty. Economic Abundance and the American Character*, Chicago 1954.

* * *

Ein kleiner Schritt aus dem Alltag zur Seite auf einen imaginär-externen „point of view", ein kleiner Moment der Besinnung, in dem man die Fähigkeit gewinnt, sich von der „Normalität" befremden zu lassen – und man blickt auf eine Szene gigantischen Mißlingens.

Eine Ökonomie mit allerschwersten Stoffwechselstörungen, die nach letzter Luft und allem schnappt, was sich noch irgendwie verwerten läßt. Alle Quellen sind erschöpft, und die Senken laufen über von Müll und Schutt und Schlacken; überall Abfall, materieller Unrat, der auf der äußeren, und geistiger Unrat, der auf der inneren Epidermis Allergien provoziert. Man sehe sich in einem beliebigen 50er-Jahre-Bildband Straßenszenen an und vergleiche die Gesichter der Passanten mit heutigen, um zu ermessen, wieviel seelische Verheerung da stattgefunden hat.

Keine gesellschaftliche Institution, die den Status eines fortgeschrittenen, zumindest beginnenden Kollapses nicht erreicht hätte. Nichts funk-

tioniert mehr in diesem System, und an jedem Tag, den es noch wackelnd steht, ruiniert es funktionszwangsläufig weiter seine Fundamente. Nichts mehr im Rückgriff (auf Reserven), alles im Vorgriff auf die Zukunft.

Oder grundlegender: Alle Energie, die uns ab Sonnenaufgang zuströmt, baut Strukturen auf, schafft Gebilde und formt Gestalten in die Höhe. Die in unserer Verbrennungskultur technisch mobilisierte Energie wirkt nur darauf hin, Strukturen zu schleifen, Gebilde aufzulösen und alle restlichen Kohäsionskräfte zu schwächen und auf Null zu bringen.

Der Verlust an Form, sagt Sloterdijk besänftigend gegenüber dieser konservativen Dauerklage, werde immer durch einen Gewinn an „Freiheit" ausgeglichen. Wohl wahr – das ist das Wesen aller Erosions- und Korrosionsprozesse: Auf dem Weg vom Bauwerk zur Ruine befreien sich die Ziegel aus ihrem Verbund in einen Haufen, und im weiteren Zerfall der Ziegel gewinnen die Sandkörner ihre Freiheit im Wind, der sie verweht.

Angesichts der Konsequenz mit der diese „Auflösung aller Dinge" seit 200 Jahren abläuft, fällt es tatsächlich schwer, nicht zum Verschwörungstheoretiker zu werden. Aber: Wahrscheinlich haben alle Entwicklungen, eben auch geschichtliche, einen Vektorpunkt in der Zukunft, einen Attraktor, der die Prozesse durch mehrere, auch alternative (und an verschiedenen Punkten durchaus wählbare) Rinnen, Bahnen (oder „Chreoden": C. H. Waddington) auf sich lenkt. Einmal in einem solchen verzweigungsfreien Bahnstück läuft dann alles „wie am Schnürchen" – auch die destruktiven Prozeßschritte. Damit wären die „Drahtzieher" aber evolutionäre Kräfte und eben keine Dunkelmänner aus den Hinterzimmern der Wallstreet. Und: Der ziehende „Attraktor" ist immer gleichzeitig ein Umlenkpunkt, der dann, endlich, auch die Richtung ändert.

Also: Alles mißlungen und alles vertan. Gab es Weggabelungen?

* * *

Die Welt klaffte, Robert Musil zufolge, 1914 „in deutsch und widerdeutsch". Woran das „Widerdeutsche" Anstoß nahm, ist uns im Nachgang zu dem dreißigjährigen Krieg zwischen Deutschland und der Welt (1914–1945) ausführlichst erläutert worden: Es war der „Reaktionäre Modernismus" des Kaiserreichs, der Empörung weckte, der skeptische Antimodernismus mit den Unterabteilungen Antikapitalismus, Demokratiekritik und Irrationalismus. Das ist zwar nicht ganz rund, denn die Engländer waren auf die Deutschen ja nicht etwa wegen eines modernitätswidrigen Müßiggangs schlecht zu sprechen, sondern eher im Gegenteil, und man tut den Angelsachsen gewiß nicht Unrecht mit der Unterstellung, daß ein unter kaiserlichem Regiment weiterhin nur „reaktionär" dichtendes und denkendes Volk ihren Abscheu weit weniger erweckt hätte als eines, das gleichzeitig das Stahlkochen vervollkommnet, Elektromotoren baut und überhaupt die englische Industrie in nur wenigen Jahrzehnten peinlich deklassiert.

Der Konflikt, der sich da aufgebaut hatte, war also tatsächlich ein wirtschaftlicher, aber er reichte auf deutscher Seite wesentlich tiefer: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts begegnet das deutsche Denken der englischen Nationalökonomie mit großer Neugier, aber steigender Skepsis und wachsender Sorge, hält sie für „ordinär", geistvergessen (Adam Müller) und für eine banale „Naturlehre der menschlichen Selbstsucht" (Bruno Hildebrandt, 1848).

Dies waren über fast 150 Jahre die Konstanten der Kritik:

1. Die deutsche Nationalökonomie dachte von ihren Ressourcen her, von dem was da war, an Landschaft, an Gewerben, an Institutionen und politischen Formen, an Gewohnheiten und Mentalitäten.
2. Und sie dachte auf ihre Ressourcen **hin**, denn wirtschaftlicher Zuwachs füllte in diesem Denken nicht Speicher oder Konten, sondern vergrößerte das „produktive Vermögen" (Hegel): „... überhaupt gar nicht mit Summen hat es die Nationalökonomie zu thun, sondern mit Quellen". (Friedrich B. W. von Hermann: *Staatswirtschaftliche Untersuchungen,* 1832). Und es ist von Belang, daß das deutsche Wort „Vermögen" ans Können und Leisten angeknüpft bleibt und nicht ans Eigentum.
3. Und sie dachte in Zeiten und Räumen, denn wirtschaftliche Kräfte betätigen sich nicht im Irgendwo nach universalen Gesetzen, sondern im Hier und Jetzt, aus einem geschichtlichen Umfeld und aus geprägten kulturellen Mentalitäten heraus.

Viel Material dazu in den *Beiträgen zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie* des Marburger Metropolis-Verlags; insbesondere: Birger P. Priddat: *Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht. Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert*, Marburg 1998 und Birger B. Priddat: *Die andere Ökonomie*, Marburg 1995.

Der Grundtenor der deutschen Opposition war also immer, daß es um die „produktiven Kräfte" gehe, die in erster Linie von Menschen betätigt werden. Nicht die Befriedigung der Bedürfnisse, sei das erste Ziel, sondern die Erhaltung und die Kräftigung der fortdauernden Möglichkeiten dazu.

Das ist das preußische Prinzip: Alle zu heben, und niemanden sacken zu lassen, eine „Ertüchtigung" aller Stände, Schichten und Menschen, Wirtschaft als ein Ineinander von materieller und ideeller Allokation, eine Gleichzeitigkeit von wirtschaftlichem und kulturellem Wachstum, und eben immer wieder Hegels Hebung des „allgemeinen Vermögens", die Birger P. Priddat als eine „sublunare Theoriefigur in der deutsche Ökonomie" bezeichnet. Auch die später so geschichtsmächtig gewordene linke Schwester dieser Kritik, der Marxismus also, stammt aus demselben Humus, was man seiner frühen, kritischen Seite noch anmerkt, während Marx sich später revolutionsgewißheitshalber, aber mit sichtbar melancholisch eingetrübtem Temperament, hinter den „wegbereitenden" Lauf der Dinge klemmen mußte.

Das Absinken ganzer Schichten, denen jede ökonomische Reserve und schließlich auch die Fähigkeit zur „Selbstanspannung" abhanden kommt, die „Proletarisierung" also, die mögliche Ansteckung mit dem „hochgradig pathologischen Charakter der englischen Gesellschaftsstruktur" (Röpke), war ein Schreckensbild, das die deutsche Ökonomie seit dem späten 19. Jahrhundert stets begleitete und sie bis in die 60er Jahre nicht mehr verließ.

Was auch immer über diesen „Gemeinschaftsgedanken" der Deutschen ausgeschüttet wurde, welche Dämonen in ihm gesucht und gefunden wurden, seit mindestens zehn Jahren nimmt die Faszination dieser anderen wirtschaftlichen Orientierung unübersehbar zu. (Sie ist, auch von ihren ausländischen Bewunderern, schwer ansprechbar, am unverdächtigsten noch als „stakeholder-socitey"). Und selbst der mentalitätslinke, US-amerikanische Soziologe Richard Sennet weiß in seinem Ekel vor dem neoliberalen Furor heute nicht mehr, wohin er gedanklich anders flüchten sollte als in das preußische Modell, auf das er wehmütig zurückblickt: „Es funktionierte ja. Immerhin sorgte es für soziale Integration … das Modell bildete einen bemerkenswerten Gegensatz zum Kapitalismus von heute, der Menschen nicht einbezieht, sondern ausschließt … Es diente den gewöhnlichen Leuten, indem es ihnen eine Lebensgeschichte gab; sie wußten, wo sie hingehörten. Doch im ausgehenden 20. Jahrhundert zerfiel es." (*Weltwoche* Nr. 31, 2005)

Es zerfiel erstens nicht ganz von selbst, und zweitens auch nicht vollständig. Aber es war (siehe oben) in seinem „reaktionären" Festhalten an einem „eigenen Weg" ein Stein des Anstoßes und damit Ursache für den großen Krieg im 20.Jahrhundert, dessen erste Runde 1914 begann: Bei Max Scheler ist zu lesen, daß dieser im Kern deutsch-englische Krieg von deutscher Seite „… auf Befreiung abzielt von jenen neukapitalistischen Lebensformen überhaupt, in denen mit England zu konkurrieren und sie dabei selbst anzunehmen, die welthistorische Situation uns zwang. Nicht also siegreiche Konkurrenz mit England, sondern steigende Erlösung vom Zwang einer Konkurrenz mit England … ist das Hauptziel (… dieses Krieges*)*. Der Kapitalistische Geist Deutschlands – so mächtig er schließlich wurde – ist nicht aus deutschem Wesen autochthon entsprungen, sondern nur in gleichem Maße entstanden, als der Eintritt in die uns umgebende







Es gibt eine Krise, es gibt keine Krise, es gibt doch eine Krise; Umschlagtitel von Time, Figaro Magazine *und* The Economist *aus dem Oktober 2008*

Max Scheler: *Genius des Krieges ... 1914*, in: *Politisch-pädagogische Schriften,* Werke Bd 4, Bern 1982.

Max Scheler: *Die Ursachen des Deutschenhasses*, 1916, in: *Politisch-pädagogische Schriften,* Werke Bd 4, Bern 1982.

Werner Abelshauser: *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin 2003.

Weltwirtschaft und der damit erst gegebene Konkurrenzzwang ihn uns im Gegensatze zu unserer älteren, nach dem Gegenseitigkeitsprinzip organisierten Wirtschaft aufnötigten."

Es ist diese Ausgangslage, die im Deutschland der Vorkriegszeit so etwas wie einen antikolonialistischen Affekt hervorruft mit Motivlagen und Argumentationsmustern, die Rolf Peter Sieferle (in seinem *Epochenwechsel*) in den antiimperialistischen und antikolonialistischen Bewegungen der 50er bis 70er Jahre wiederfindet. Deutschland also als „antikolonialistische Vormacht"? (Johann Plenge 1919) Und das führt zu einer Antwort auf die völlig tabuisierte, aber nicht dauernd stillzustellende Frage, aus welchen Quellen den damaligen Deutschen die Kraft zuwuchs, zweimal innerhalb eines halben Jahrhunderts gegen alle Großmächte zu kämpfen und jeweils nur knapp zu unterliegen.

Der Widerstand jedenfalls zog sich durch in einer nie vollständig unterbrochenen Linie von Hegel, Novalis, Friedrich List, Roscher, Schmoller, Sombart, und dann, nach dem zweiten Teil dieses 30jährigen Krieges, noch einmal durch die Freiburger Schule von Rüstow und Röpke wiederbelebt, deren Ton in ihren letzten Jahrzehnten immer schärfer wurde. Was die in den späten 50er und frühen 60er Jahren hochkritisch gewordene Freiburger Schule um Rüstow und Röpke gegen die „Staatskrippen-Tendenzen" argumentativ aufbietet und als „Vitalpolitik" auf einen faßbaren und klingenden Begriff bringt, lohnt heute jedes Studium. Bei Manuscriptum erscheint in Kürze eine Röpke-Auswahl in diesem Sinne. Und 2003 hat Werner Abelshauser den Faden noch einmal aufgenommen und den deutschen „Sonderweg" erstaunlich unumwunden als Gegenstand und Anlaß eines langandauernden „Kulturkampfs" bezeichnet, der (aus seiner Sicht) im 2. Weltkrieg heiß geworden sei. „... daß der 2. Weltkrieg auch als Bruderkrieg zwischen unterschiedlichen Zweigen der kapitalistischen Großfamilie ausgetragen wurde und die Beseitigung korporativistischer Besonderheiten des deutschen Wirtschaftssystems weit oben auf der Liste amerikanischer Kriegsziele stand".

Aber auch die totale Niederlage 1945 konnten die Traditionslinien nicht kappen. Der Rheinische Kapitalismus war so wenig angelsächsisch wie der preußische Sozialismus marxistisch war. Und noch die Deutschland-AG der 80er Jahre war eine weitere, schon etwas schwundhafte Evolutionsform auf der langen Linie; sie wurde erst in den späten 90er mit der ökonomischen „Modernisierung" Deutschlands und der Öffnung für die „internationalen Kapitalmärkte" gesetzgeberisch geschleift – konsequenterweise durch die 68er im Amte, die, wie schon 30 Jahre vorher kulturell, diesmal auf ordnungspolitischem Feld Deutschland zu einer weiteren Ankunft im Westen verhalfen – also einer weiteren Ankunft in der Mitte des Bergrutsches, diesmal aber ganz kurz vor dessen längst absehbarem Aufschlag im Tale.

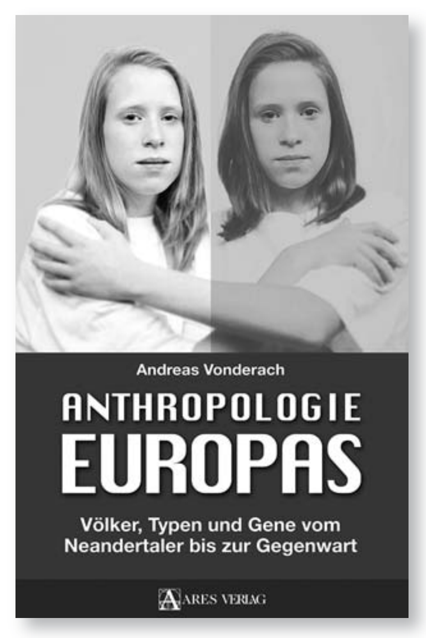
* * *

Wir haben es wieder und wieder gehört: Deutschland, die widerlegte Nation. Worin eigentlich widerlegt? In etwaigen Großmacht-Ambitionen? Gewiß; in seinem Beharren auf einem Recht zum „eigenen Weg" (das es im übrigen mit China und Japan teilte, die deswegen auch den angelsächsischen Knüppel zu spüren kriegten) sicher nicht oder nur militärisch. In der Gangbarkeit dieses Weges noch viel weniger. Es illustriert – wahlweise – die Ironie oder die Logik der Geschichte, daß Deutschland und Japan noch über eine weitgehend intakte, vielfältige, im Notfall konversionsfähige industrielle Infrastruktur verfügen, während England und die USA in dieser Hinsicht mittlerweile reines Brachland sind.

* * *

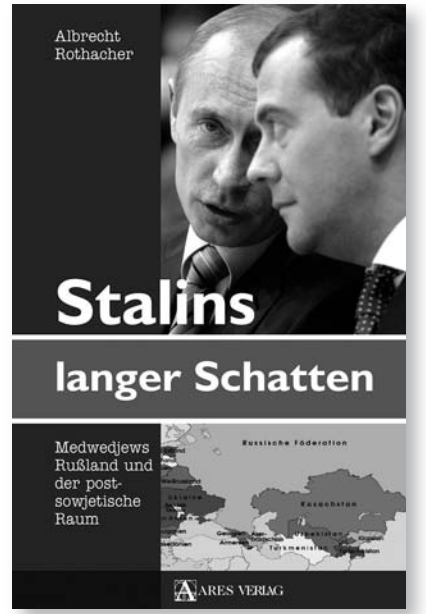
Jeffrey Herf wollte in seinem *Reactionary Modernism* noch in Horkheimers und Adornos *Dialektik der Aufklärung* einen Übergriff sehen, weil auch darin ein deutsches Denkproblem zu einem Weltproblem gemacht werde. Nein, Deutschland hat sich tatsächlich „den Kopf zerbrochen" für die Welt – und zwar auf der Suche nach Wegen, auf denen sich vorbeikommen ließe an genau der zivilisatorischen Sackgasse, an deren Ende die Welt jetzt in völliger Rat- und Orientierungslosigkeit herumrennt.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE



ISBN
978-3-902475-52-7
Andreas Vonderach
ANTHROPOLOGIE EUROPAS
Völker, Typen und Gene vom Neandertaler bis zur Gegenwart
448 Seiten, zahlreiche Skizzen, Hardcover
€ 39,90

Was sagen Genetik, Archäologie und Sprachwissenschaft über den Ursprung und die Entwicklung der europäischen Völker? Erstmals faßt ein Buch den aktuellen Forschungsstand zusammen. Der erste Teil des Buches untersucht die Entwicklung Europas von der Steinzeit bis zur Gegenwart aus Sicht der Anthropologie. Der zweite Teil widmet sich den heutigen europäischen Völkern selbst. Woher kommen sie, welche Prozesse haben sie geformt, von wem stammen sie ab und wie nah sind sie miteinander verwandt?



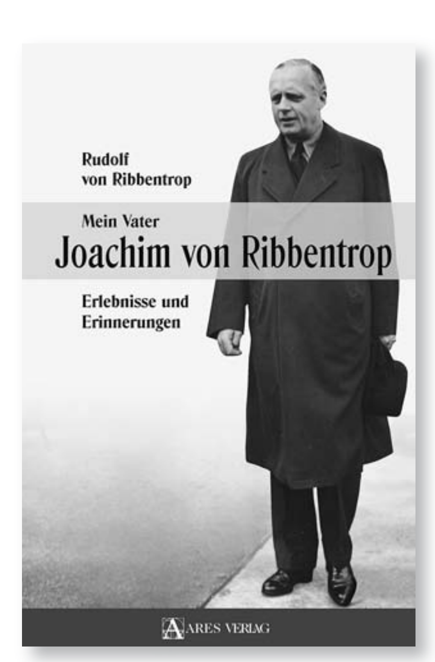
ISBN
978-3-902475-61-9
Albrecht Rothacher
STALINS LANGER SCHATTEN
Medwedjews Rußland und der postsowjetische Raum
336 Seiten, S/W-Abbildungen, Hardcover
€ 19,90

Mit dem Zerfall der alten Sowjetunion hat sich die politische Landkarte nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Zentralasien und im Kaukasus dramatisch verändert. Rothacher, Kenner dieser Regionen, beschreibt dieses neu entstandene labile Gleichgewicht zwischen Moskauer Zentralgewalt und den Oligarchen sowie dem „nahen Ausland" Rußlands und den neuen asiatischen Bündnissen.



ISBN
978-3-902475-59-6
Björn Schumacher
DIE ZERSTÖRUNG DEUTSCHER STÄDTE IM LUFTKRIEG
„Morale Bombing" im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur
344 Seiten, ca. 30 S/W-Abbildungen, Hardcover
€ 19,90

Der planmäßige Bombenkrieg der Westalliierten wird immer öfter kontrovers diskutiert. Der Autor zieht Bilanz aus diesem heftigen öffentlichen Disput der letzten Jahre und behandelt dabei besonders die moralische und völkerrechtliche Dimension der strategischen Flächenbombardements.



ISBN
978-3-902475-42-8
Rudolf von Ribbentrop
MEIN VATER JOACHIM VON RIBBENTROP
Erlebnisse und Erinnerungen
496 Seiten, S/W-Abbildungen, Hardcover
€ 29,90

Außenminister Joachim von Ribbentrop gehört zu den historisch umstrittensten Personen der neueren deutschen Geschichte. Erstmals versucht sein Sohn, Rudolf von Ribbentrop, viele der scheinbar festgefügten Urteile aus eigener Erfahrung zurechtzurücken. Ein Buch von hohem zeitgeschichtlichen Wert.

ARES VERLAG
www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über:
Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H., Hofgasse 5, A-8011 Graz,
Tel.: +43/316/821636, Fax: +43/316/835612,
E-Mail: office@buecherquelle.at, www.buecherquelle.at

Die Ökonomie und das Außerökonomische

von Karlheinz Weißmann

Mitte der neunziger Jahre hatte der Verfasser Gelegenheit, vor zwei Beiräten der Dresdner Bank zu sprechen. Solche Beiräte haben eine eher repräsentative Funktion, setzen sich aus Honoratioren zusammen, aber auch Mitglieder des Vorstands der Bank sind bei den Jahrestagungen zugegen. Die erste der beiden Zusammenkünfte fand in Bremen statt, der Vortrag wurde im Festsaal des Alten Rathauses gehalten, das anschließende Abendessen hatte einen entsprechend gediegenen Rahmen. Die zweite wurde in einem großen Hotel Leipzigs durchgeführt, alles war etwas bescheidener, den Bedingungen in den neuen Ländern entsprechend. Irritierend war allerdings die Verschiedenheit der Reaktionen auf den Vortrag, der hier wie dort derselbe war. In Bremen konnte man auf allgemeine Zustimmung für eine konservative Kultur- und Politikkritik rechnen, in Leipzig nicht. In Bremen kam der schärfste Einwand von einem ehemaligen CDU-Minister, der seine Partei allzu heftig attackiert fand, was aber ohne Resonanz blieb, in Leipzig dagegen empörte sich ein Teil der Beiratsmitglieder heftig und konnte kaum begreifen, wie der Referent zu seinen Anschauungen kam.

Ernst Nolte: *Marxismus und Industrielle Revolution*, Stuttgart 1983.

Eine Ursache dieser Differenz war die verschiedene Zusammensetzung der Beiräte: Im ersten Fall hatte man es mit Bürgern zu tun, die schon auf Grund ihres Alters von den Werthaltungen der Nachkriegszeit geprägt waren, im zweiten mit einem bunten Gemisch aus evangelischen Geistlichen, neu eingesetzten Schulleitern und politischen Funktionsträgern, die nach der Wende installiert wurden, deren Sozialisierung aber in der DDR stattgefunden hatte oder schon den Vorgaben politischer Korrektheit unterlag. Ihnen standen junge Manager aus dem Westen zur Seite, die man zwecks Bewährung in den Osten geschickt hatte.





Ökonomische Vordenker: Adam Smith und Friedrich List, zeitgenössische Darstellungen.

Von der Bremer Veranstaltung ist mir ein kurzes Gespräch mit einem Unternehmer in Erinnerung geblieben, der einen traditionsreichen Familienbetrieb leitete. Er erzählte von seinem Urgroßvater, der nach der Reichsgründung einen Auftrag der öffentlichen Hand für Straßenbauarbeiten erhielt und dem ein leitender Mitarbeiter vorschlug, fiktive Posten in Rechnung zu stellen; das habe der Vorfahr mit der Entlassung des Mannes und den Worten quittiert: „Das Reich betrügt man nicht." Einen deutlichen Kontrast dazu bildete die Unterhaltung in Leipzig, bei der ein Banker von Anfang dreißig mitleidig fragte, wie ich zu meinen anachronistischen Vorstellungen käme. Auf meine kurze Antwort entgegnete er, daß die Entwicklung doch längst über alles hinweggegangen sei, was ich zu verteidigen suchte. Die Nation, Europa, das alles spiele längst keine Rolle mehr. Ihm hätten seine Jahre in den USA gezeigt, was die Zukunft bringe, und sein Ideal sei Miami, wo sich in seinen Kreisen niemand um so etwas wie Herkunft, Hautfarbe, Religion oder politische Loyalität schere, da gehe es um das, was wirklich wichtig sei: *making money*; im übrigen brauche man nur ein gutes Wohnviertel, eine Polizei, die die kubanische Mafia im Griff behalte, und eine ordentliche Erziehung, damit sich der *white trash* nicht traue, seine rassistischen Auffassungen offen zum Ausdruck zu bringen.

Was an beiden Szenen deutlich wird, ist die Bedingtheit ökonomischen Denkens. Abgesehen vom Kern wirtschaftlicher Vernunft hängt alles ab von der Erziehung der Verantwortlichen und dem zivilisatorischen Rahmen, in dem sie sich bewegen, es hat zu tun mit historischer Lage und den daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten, und selbstverständlich wirken sich auch Oberflächenphänomene aus, wie Moden oder Zeitgeistströmungen. Man verkennt das leicht, weil die Wirtschaft nicht nur „unser Schicksal" sein will – eine schon Walther Rathenau zugeschriebene Äußerung –, sondern außerdem darauf beharrt, Eigengesetzlichkeiten zu folgen, die sich weder ethischen noch kulturellen noch politischen Vorgaben fügen. Der Zusammenbruch der kommunistischen Zwangswirtschaft in der Sowjetunion und die ebenso rasche wie effektvolle Bekehrung der chinesischen Führung zum Markt, die Aufgabe der „dritten Wege" in den Entwicklungsländern und die Unterwerfung prominenter Achtundsechziger unter das liberale Credo erschienen zuletzt als Beweise für die Richtigkeit dieser Annahme. Die Deregulierungsmaßnahmen, die große Privatisierungswelle in den westlichen Ländern, die Beschneidung der sozialen Leistungen, die Diskreditierung des staatlichen Eingriffs und aller Planung nach politischen Vorgaben überhaupt, waren die Konsequenz. Daran hat der Kollaps des „Neuen Marktes" wenig geändert, erst die gegenwärtige Krise läßt die Frage aufkommen, ob die Wirtschaft so funktionstüchtig ist und so selbständig über ihre Bedingungen verfügt, wie von ihren Mächtigen behauptet.

Friedrich List: *Das nationale System der politischen Ökonomie*, zuletzt Düsseldorf 1989.

Solche Zweifel treten periodisch auf. Schon als die alteuropäische Ökonomie durch die „Nationalökonomie" abgelöst wurde, hatte es Proteste ge-

gen die neue Unübersichtlichkeit gegeben, gegen die Verlagerung und Anonymisierung der Abläufe. Dem konnten die Befürworter der Moderne entgegenhalten, daß der Markt von selbst zu einer Klärung aller Schieflagen und Engpässe, des Lohn- wie des Preisgefälles führen werde, wenn man nur seine Autonomie respektiere. Adam Smith sprach von der „unsichtbaren Hand", die letztlich dafür sorge, daß das Streben der Individuen nach Gewinnmaximierung in einem harmonischen Ganzen ausgeglichen werde und zur Förderung des „Wohlstands der Nationen" beitrage. Das war ein Konzept, das man nicht von seinen Voraussetzungen in Schottischer Aufklärung und deistischer Theologie des 18. Jahrhunderts ablösen kann, das diese Voraussetzungen aber erfolgreich vergessen machte und in Großbritannien zu bemerkenswerten Erfolgen führte. Allerdings haben sich die liberalen Anhänger von Smith niemals vollständig durchgesetzt, und der Aufstieg des Landes wie auch die Bewahrung seines inneren Friedens war eher dem Sieg über Napoleon, dem Niedergang des französischen Erbfeindes, dem technischen Vorsprung und einem erfolgreichen Imperialismus zu verdanken als der konsequenten Anwendung von Marktgesetzen. Ähnliches gilt für die USA, auch wenn man hier – in einem jungen Land – nicht nur ungehemmter auf Kapitalismus ohne Schranken setzte, sondern außerdem die Möglichkeiten erkannte, die in der Erschließung und Ausbeutung immer neuer Gebiete – zuerst auf dem eigenen Kontinent, dann im globalen Maßstab – lagen.

Werner Sombart: *Liebe, Luxus und Kapitalismus,* zuletzt Berlin 1984.

Die beiden Varianten des angelsächsischen Modells haben in Europa und dem Rest der Welt zwar immer Bewunderer, aber kaum je bedingungslose Nachahmung gefunden. Das hing nicht nur mit Entwicklungsunterschieden zusammen, sondern auch mit grundsätzlichen Vorbehalten. Schon Friedrich List wies darauf hin, daß das englische Beispiel keine allgemeine Geltung beanspruchen könne; die Insellage habe ihm früh das „Privilegium der Freiheit und des Asyls" verschafft und dadurch nicht nur seinen wirtschaftlichen Aufstieg befördert, sondern auch den Eindruck erweckt, als gehe es um eine Art von Idealkonzeption. In Wirklichkeit hätten aber Geopolitik und Geschichte erst jene Stellung geschaffen, in der sich Großbritannien befinde. Von solchen Voraussetzungen könne man nicht absehen und müsse prinzipiell zwischen „kosmopolitischer" und „politischer Ökonomie" unterscheiden, wobei die erste eine reine Ökonomie zu vertreten behaupte und anbiete, mittels allgemeinem, freiem Warenaustausch dem Zustand des Weltfriedens oder sogar der Weltrepublik näher zu kommen, während die andere jede Ökonomie an außerökonomische Machtverhältnisse gebunden sehe und annehme, daß die dauernde wirtschaftliche Konkurrenz Teil anderer – vor allem nationaler und imperialer – Konkurrenzen sei.

Bekanntermaßen hat sich List mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen können, aber seine Ideen blieben in Deutschland einflußreich, von Bismarcks Schutzzöllen bis zu den Lehren des „Kathedersozialismus", von der Förderung bestimmter Monopolbildungen bis zum Ausbau des „Öffentlichen Dienstes", vom „kommunalen Sozialismus" bis zu dem der „sozialen Marktwirtschaft". Dabei spielte neben Gerechtigkeitserwägungen und Vorstellungen von nationaler Solidarität immer auch die Sorge mit, daß jede Entlassung der Ökonomie aus politischer Bändigung Folgen heraufbeschwöre, die sich gar nicht mehr kontrollieren lassen würden. Erst dem Neoliberalismus gelang es am Ende des 20. Jahrhunderts, diese Art von Wachsamkeit einzuschläfern und die Vorstellung zu wecken, daß es nicht nur darum gehe, in der Wirtschaft wirtschaftlich zu agieren, sondern überhaupt alle Lebensbereiche von hier aus zu kolonisieren und ökonomischen Vorstellungen zu unterwerfen.

Das Vertrauen in diesen Plan war ähnlich unbegründet wie das in die überlegene Einsicht der Finanzgewaltigen. Deren Selbstbewußtsein speiste sich offenbar weniger aus Kenntnis und Verständnis der Regeln des globalen Kapitalismus als aus einem falschen Selbstbild und einer Fehlwahrnehmung des größeren Zusammenhangs, der eben nicht nur von ökonomischen Faktoren bestimmt wird, sondern auch anderen „Göttern" (Werner Sombart) dient und dienen muß. Simon Cundey, Geschäftsführer des ältesten Herrenausstatters in der Londoner Savile Row, antwortete auf die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Versagen der Verantwortlichen und ihrem nachlässigen Kleidungsstil gebe: „Ich würde nicht sagen, daß die Kleidung die Krise ausgelöst hat. Aber ich denke schon, daß die Verbreitung des relaxten Stils eine Rolle gespielt hat. In vielen Büros stehen heute Billardtische und riesige Fernsehgeräte herum. Da wundert man sich, welche Arbeitsmoral dort herrschen soll."

„Es ist alles ein bißchen schludrig geworden." Interview mit dem britischen Herrenausstatter Simon Cundey, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. Oktober 2008.

Autoren dieses Heftes

Dr. Michael Böhm, 1969, Studium der Politikwissenschaften in Berlin und Lille, Promotion über Alain de Benoist. Letzte Buchveröffentlichung:
Alain de Benoist. Denker der Nouvelle Droite, Schnellroda 2008

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, war 1997/98 Kulturredakteur der Wochenzeitung *Junge Freiheit* und arbeitet seither als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. Letzte Buchveröffentlichungen:
Zurüstung zum Bürgerkrieg, Schnellroda 2008
Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik, Berlin 2008

Thomas Hoof, 1948, Gründer des Handelsunternehmens Manufactum. Letzte Buchveröffentlichung: *Nebenbei und obendrein. Eine Auswahl aus den Manufactum-Hausnachrichten* 1988–2007, Waltrop und Leipzig 2008

Ellen Kositza, 1973, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie, freie Publizistin. 2008 Gerhard-Löwenthal-Preis. Letzte Buchveröffentlichung:
Gender ohne Ende. Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios). Letzte Buchveröffentlichung:
Provokation, Schnellroda 2007

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie. Letzte Buchveröffentlichung:
Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers, Würzburg 2006

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlands, Leiter des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß. Buchveröffentlichungen u.a.:
Gustav Regler. Odysseus im Labyrinth der Ideologien. Eine Biographie in Dokumenten, St. Ingbert 1998
Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919–1945 und ihr Bild vom „Führer", Bonn 1993

Josef Schüßlburner, 1954, Jurist, Regierungsdirektor in einem Bundesministerium. Letzte Buchveröffentlichung:
Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, Grevenbroich 2008

Torsten Uhrhammer, 1972, kaufmännische Ausbildung, Studium der Rechtswissenschaften, freier Autor.

Christian Vollradt, 1973, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, freier Autor.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie und ist promoviert als Historiker. Letzte Buchveröffentlichungen:
Deutsche Zeichen. Symbole des Reiches – Symbole der Nation, Schnellroda 2007
Das konservative Minimum, Schnellroda 2007

Prof. Günter Zehm, 1933, em. Professor für Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Nach dreijährigem Zuchthausaufenthalt in Waldheim und Torgau seit 1961 in Westdeutschland. 1977 bis 1989 stellvertretender Chefredakteur der *Welt*. Seit 1975 Verfasser der wöchentlichen *Pankraz*-Kolummne, die zunächst in der *Welt*, anschließend im R*heinischen Merkur* und seit 1995 in der *Jungen Freiheit* erscheint. Letzte Buchveröffentlichungen:
War Platon in Asien? Adnoten zur Globalisierung des Geistes, Schnellroda 2008
Maske und Mimesis. Eine kleine Philosophie der Medien, Schnellroda 2007

Wir Landtreter – eine Hommage an den ehrbaren Kaufmann

von Günter Zehm

Ein schönes historisches Bild feiert im Verlauf der Finanzkrise Wiederauferstehung: das Bild vom „ehrbaren Kaufmann“, der seine Geschäfte energisch mit den Prinzipien christlicher und „alter teutscher“ Moral und Anständigkeit verbindet und sich darin durch keinerlei Versuchung in Form von lokkenden Spekulationsgewinnen irre machen läßt. „Wir brauchen den ehrbaren Kaufmann, um so schnell wie möglich aus dem Desaster herauszukommen“ – so tönt es jetzt von Angela Merkel bis Peer Steinbrück, und der Beifall, den sie finden, ist allgemein.

Geprägt hat den Begriff – laut Philippe Dollinger, dem Verfasser des grundlegenden Werkes *Die Hanse* – vor langer Zeit der Lübecker Bürgermeister und geniale Hansekaufmann Hinrich Castorp (1420 bis 1488), als er auf einem der damaligen „Hansetage“ die angereisten Granden der mächtigen mittelalterlichen Handelsvereinigung gewissermaßen moralisch aufrüsten wollte. Wir brauchen uns weder vor Königen noch vor Bischöfen zu verstekken, mahnte Castorp, unser Gewerbe ist gottgewollt, und es ist von Gott geregelt und gesegnet wie die Arbeiten des Landmanns und des Handwerkers in den Städten.

Philippe Dollinger: *Die Hanse,* zuletzt Stuttgart 1998.

Unter Ehrbarkeit verstand Castorp (und verstanden alle Späteren, die seine Rede aufnahmen und bekräftigten) die unbedingte Einhaltung des biblischen Dekalogs beim Handelsgeschäft: „Du sollst nicht stehlen, du sollst nicht falsch Zeugnis reden, du sollst das Hab und Gut deines Nächsten achten und respektieren.“ Das war keine Selbstverständlichkeit, im Gegenteil, die Händler umwehte seit Urzeiten der Geruch des Falschredens, des Betrügens und der Mißachtung des Eigentums anderer. Die Bibel weiß: „Ein Kaufmann kann sich nur schwer hüten vor Unrecht und Sünde“ (Jesus Sirach 26, 28). Und Buddha

lehrte: „Kein Lotus ohne Stempel, kein Kaufmann ohne Betrug“. Das Mißtrauen war von Anfang an da, und es nahm im Laufe der Zeiten eher noch zu.

Händler, Kaufleute waren „anwesend und dazwischen“ beim Tausch von Lebensgütern, und es fiel ihren Mitmenschen, ob Gelehrten oder Tölpeln, seit jeher schwer, sie als notwendige Funktionäre des Lebens ernst zu nehmen. Sie schufen nichts, sie transportierten nichts (das taten die Seeleute und Karawanentreiber), sie „vermittelten“ nur, sie schätzten den Wert der Tauschgüter ein, sie waren, bei Lichte betrachtet, keine Funktionäre, sondern selber Funktion. Ihr einziges „Arbeitsgerät“, das Geld, spiegelte das genau ab. Auch das Geld war bloße Funktion, kein Wert an sich, sondern lediglich ein Zeichen, ein Symbol für Werte. Und dieses Symbol verwandelte unter der Hand ein konkretes Lebensgut während des Tausches in eine bloße Zahl, in eine Summe, eine Quantität. Das löste von Anfang an schwerste Irritationen aus.

Aristoteles, der erste wissenschaftliche Ökonom der Weltgeschichte, hat die ungeheure Bedeutung dieses Verwandlungsprozesses bereits im vierten Jahrhundert vor Christus voll durchschaut und daraus spezifische Konsequenzen gezogen. Das Geschäft der Händler, sah er, ist prinzipiell zweideutig, es ist einerseits „Beschaffungskunst“, andererseits „Bereicherungskunst“, sogenannte „Chrematistik“. Letztere tauscht nicht mehr bieder eine für den Haushalt, den „Oikos“, benötigte Sache gegen eine andere, sondern macht den Tausch zum Eigenzweck, um einen in Geld abbildbaren Gewinn daraus zu ziehen, welcher nicht in den Sachen und nicht in den Bedürfnissen selbst liegt.

Für Aristoteles war das eine schlimme Störung nicht nur der ökonomischen Harmonie, sondern auch des menschlichen Grundwerts der Gerechtigkeit. Der Beruf des Händlers, des Kaufmanns, spaltete sich für ihn auf in einen ehrbaren, moralisch rechtfertigbaren Teil, eben die Beschaffungskunst, und in einen moralisch nicht mehr rechtfertigbaren, die Chrematistik, in seiner Sicht eine Art höheres Gaunertum. Ihr abschreckendes Symbol war König Midas, der bekanntlich alles, was er anfaßte, in Gold verwandelte – und eben dadurch letztlich verhungern mußte. Als glänzendes Gegenbeispiel schildert Aristoteles Thales von Milet, einen der sprichwörtlichen „sieben Weisen“ der Antike, der mit Hilfe der Astronomie die Höhe der jeweiligen Olivenernte habe voraussagen können. Er hätte auf Grund dieses Exklusivwissens überlegen spekulieren und sich dadurch außerordentlich bereichern können, ließ es aber sein, weil er um den Wert der Gerechtigkeit wußte und sich nie freiwillig in die Niederungen absoluter Tugendferne hineinbegeben hätte.

Logisch folgte aus der Ablehnung der Chrematistik die Ablehnung des Zinsnehmens. „Das Geld“, schrieb Aristoteles in seiner *Politeia*, „ist um des Tausches willen erfunden worden. Durch den Zins vermehrt es sich aber durch sich selbst, und das ist eindeutig wider die Natur und wider die Gerechtigkeit“. Dieser Satz gewann im Abendland für Jahrtausende kultischen Rang und absolute Gültigkeit. Sämtliche Könige und Bischöfe verurteilten das Zinsnehmen, zumal ja auch die Bibel ausdrücklich ein Zinsverbot fordert (Lukas 6.35, Jesus spricht: „Tut wohl und leihet, daß ihr nichts davon hoffet!“); da sie aber, um zu Geld für ihre Bauten und Feldzüge zu kommen, sich auf Geschäfte mit Geldleuten einlassen mußten, welche Zins durchaus forderten und auch erhielten, wurden diese Geldleute, meistens Juden, wenigstens kulturell stigmatisiert und aus der „Gesellschaft der guten Leute“ ausgeschlossen.

Aristoteles: *Athenaion politeia* (Der Staat der Athener), zuletzt München 1994.

Erst zur Zeit der großen italienischen Handelsstädte und der norddeutschen Hanse im hohen Mittelalter änderte sich das allmählich. Thomas von Aquin, der damals absolut führende (Sozial-)Philosoph, gab das Tempo vor. Zwar kannte er selbstverständlich das Jesuswort, wußte dessen Verbot aber variantenreich zu relativieren. Ein Darlehensnehmer, schreibt er, könne doch ein Geschenk an den Gläubiger zahlen, dafür, daß dieser ihm aus der Not geholfen habe. Und dann die entscheidende Stelle: „Ein Zinsnehmer nimmt beim Verleihen von Geld ja nicht nur ein bestimmtes Risiko auf sich, was das Wiederkriegen zum vollen Wert und zum verabredeten Termin betrifft, sondern auch einen Verlust an eigenen Lebensmöglichkeiten, und das muß gerechterweise honoriert werden. Und wer sein Geld als Gesellschafter in ein Unternehmen einbringt, der darf auch einen bestimmten Anteil am Gewinn fordern, auch wenn er sich nicht selbst direkt an der Operation beteiligt hat“ (*Summa theologiae* II/II, 36).

Thomas v. Aquin: *Summa theologiae*, zuletzt Darmstadt 2004.

Wir haben hier das wohl erste abendländische Dokument dessen, was man im engeren Sinne Kapitalismus nennt. Der Kapitalist, der Kapitaleinsetzer, rückt moralisch gleichberechtigt neben den Arbeiter. Das Kapital darf

sich – Aristoteles und Jesus hin oder her – „durch sich selbst" vermehren, der antike und auch frühkirchliche, biblische Bann, der bisher über diese Weise des Geldverdienens verhängt war, ist gebrochen. Thomas war sich der sensationellen Neuartigkeit seines Urteils durchaus bewußt; davon zeugt, daß er gleich einen ganzen Katalog von Kautelen aufstellte, die das Kapital ehrbar halten und so die These von der moralischen Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit für die Zeitgenossen annehmbar machen sollten.

Kapitalgewinne sind unaufhebbar sozialpflichtig, schreibt Thomas, sie verpflichten zu Hilfe und Unterstützung der Armen wie der gesamten Gemeinschaft. Ordensleute, Klöster und Kirchen, aber auch weltliche Herrschaften sollen sich grundsätzlich nicht an Geldgeschäften und Gewinnspekulationen beteiligen. Ein Odeur von Mißbilligung bleibt also, aber die Büchse der Pandora, wenn man so will, ist geöffnet, und sie war nicht wieder zuzukriegen, es sei denn unter Hinnahme schwerster Verluste an Fortschritt und technischer Innovationskraft. Einer der Hauptfehler des Kommunismus war ja zweifellos, daß er den Faktor Kapital vollständig aus seinen Plänen herauszuhalten versuchte – mit verheerenden, letzten Endes tödlichen Folgen für das ganze System.

Es geht – auch in der gegenwärtigen Finanzkrise – nicht um die Alternative Kapitalismus oder Kommunismus beziehungsweise Staatswirtschaft, sondern einzig darum, den Kapitalismus ehrbar zu halten. Thomas von Aquin war es vorrangig um die Einforderung von Sozialpflichtigkeit zu tun; beim Hanseaten Hinrich Castorp trat die Ermahnung hinzu, sich nicht erst nach Abschluß der Geschäfte sozial zu geben und vom Gewinn zu spenden, sondern bereits während der Geschäfte in jeder Hinsicht anständig zu bleiben, die entscheidenden Operationen transparent und überschaubar zu gestalten und eventuelle Risiken nie auf Kosten anderer, immer nur auf eigene Kosten einzugehen. Eben in solchem Verhalten offenbare sich der ehrbare Kaufmann.

Nicht verkehrt ist es, darauf hinzuweisen, daß dieses einst von der Hanse entworfene Ideal vom ehrbaren Kaufmann die ganze deutsche Wirtschaftsgeschichte durchaus geprägt hat; nicht zuletzt dadurch unterscheidet sie sich positiv von der angelsächsischen. Deutsche Kaufleute waren – nach einer berühmten Unterscheidung von Carl Schmitt (in seinem Buch *Land und Meer*) – „Landtreter", im Unterschied zu den angelsächsischen „Seeschäumern". Während die Landtreter, wenn sie über ihre Heimatregion hinausgriffen, ständig unmittelbar mit anderen Kulturen konfrontiert wurden, mit denen sie sich messen und arrangieren mußten, pflügten die Seeschäumer zunächst einmal weite, schier unendliche Meere, auf denen gar nichts war, „leerer Raum". Und das hatte Folgen. Die neuen Völker, bei denen sie schließlich anlandeten, gehörten in der Sicht der Ankömmlinge selber zum leeren Raum, zur „offenen Grenze", waren leicht unterwerfbar oder gar schlicht ignorierbar. Sie waren weder ernsthafte Verhandlungspartner noch ebenbürtige Rivalen, die in harter, offener Auseinandersetzung besiegt, respektive bekehrt werden mußten, sondern bloße Manövriermasse im Kalkül der „Kolonisatoren". Gut möglich, daß sich diese originäre Seeschäumer-Mentalität bis ins moderne angelsächsische Geschäftsgebaren fortgesetzt hat und auch noch die jüngsten Operationen von *Wall Street* mit oberfaulen Krediten und irren „Derivaten" und „Zertifikaten" prägt.

Carl Schmitt: *Land und Meer,* Stuttgart 1954.

Siehe auch: *Pankraz, die Seeschäumer und der solide Kleinkredit,* in: *Junge Freiheit* Nr. 42/2008.

Die Welt in all ihren Differenzierungen und Variabilitäten ist in der Sicht dieser Leute zur bloßen Manövriermasse für Seeschäumer geworden, zum leeren Raum im Kalkül von Händlern, die zu lange nur Meer, im aktuellen Fall also: nur Geldscheine und nichts als Geldscheine, gesehen haben und die nun alle konkreten Formen des Lebens ebenfalls für nichts als Geld halten. So etwas tut keinem gut, siehe König Midas. Für die Landtreter ihrerseits waren die Geschäftsfelder über die Zeiten hinweg identisch mit alter Kulturlandschaft, welche Respekt erheischte und auf die es Rücksicht zu nehmen galt. Die Geschäfte litten unter derlei Rücksichtnahme nicht. Die Effizienz deutscher Kaufleute war, sofern man ihnen nicht von außen interessengeleitete Fesseln anlegte, stets mindestens so groß wie die der angelsächsischen, und zwar ohne daß sie sich je in hausgemachte Exzesse von Manchestertum und Hyperspekulation verrannten. Die Entdeckungen und Innovationen der deutschen Realwirtschaft bewegten die Welt und verliehen ihr Esprit, ihre großen Unternehmerpersönlichkeiten, Borsig, Siemens *et tutti quanti*, stehen, was Sozialpflichtigkeit und Vermeidung irrealer Risiken betrifft, untadelig da.

Die Eintrübungen, die letzthin zutage traten, sind allerneuesten Datums. Seit etwa zwanzig Jahren war ein von vielen Seiten betriebener ideologischer

Angriff auf das deutsche Wirtschaftsmodell zu beobachten, das als „rheinischer Kapitalismus", „Deutschland AG" oder auch „schief gewickelte Soziale Marktwirtschaft" maliziös belächelt oder frontal attackiert wurde, unter Dauerhinweis auf das angeblich unendlich überlegene angelsächsische Wall-Street-Modell. Führende deutsche Wirtschaftsmanager wie Mathias Döpfner (Axel Springer AG) erklärten sich in *Spiegel*-Interviews und anderswo als „glühende Anhänger des amerikanischen Kapitalismus" und riefen die deutschen „Hinterwäldler" zur Nachahmung auf. Sämtliche großen Zeitungen legten ihrem traditionellen Wirtschaftsteil extra einen „Finanzwirtschaftsteil" bei und gaben zu verstehen, daß einzig dort die „eigentlichen", nämlich satte Gewinne versprechenden Geschäfte beleuchtet und (begeistert) kommentiert würden.

Kein Wunder also, daß mit als erste die ehemals biederen deutschen Landesbanken wie verrückt neuartige (also: betrügerische) angelsächsische „Finanzprodukte" zu kaufen begannen und die rot-grüne Schröder-Fischer-Regierung in Berlin auch noch die letzten Kontroll-Instanzen für Banken- und Börsenaufsicht außer Gefecht setzte. Ein regelrechter „neo-liberaler" Rausch setzte ein und befiel vor allem Bankmanager, Wirtschaftsnobelpreisträger und andere „Experten". Jetzt, da die Katastrophe da ist, will niemand etwas gewußt haben – und sie haben es wohl auch tatsächlich nicht gewußt. Das System, das „erfolgreichste Modell" (Döpfner), schuf sich „Experten" nach sei-



Die ewige Faszination des angelsächsischen Modells; Wahlplakat der Roosevelt-Ära

nem eigenen Maß. Sie haben buchstäblich keine Ahnung von dem, womit sie spekulieren. Alles, was sie machen, ist pure Luftballon-Aufblaserei, darauf abgestellt, Augenblickseffekte zu erzielen und mitzunehmen, was nur mitzunehmen ist, bevor die Blase platzt.

Ob die jetzt geplatzte Blase die letzte in der modernen Wirtschaftsgeschichte gewesen ist? Skeptiker bezweifeln das, weisen auf die dem Kapitalismus angeblich innewohnende „schöpferische Zerstörung" hin und raten zur Hinnahme des „Unausweichlichen". Andererseits sind sich im Grunde alle darüber einig, daß Krisen von der Dimension der gegenwärtigen eine derartige globale Zerstörungswucht entfalten, daß danach kein Stein mehr auf dem anderen steht und faktisch keine Erholung, geschweige denn Erholung auf höherem Niveau, mehr möglich ist. Wie sprach der bekannte Ökonom Joseph E. Stiglitz in Hinblick auf die jüngsten Ereignisse? „Noch ein solcher Tsunami, und die Weltwirtschaft ist Vergangenheit." Die momentane Krise *muß* einfach die letzte ihrer Art gewesen sein, weil es bei Wiederholung nur noch allgemeinen Untergang gäbe.

Joseph E. Stiglitz: *Die Schatten der Globalisierung*, München 2004.

Prinzipiell krisenverhindernde Lehren und Programme sind gefragt. Aber manchmal erweist sich, daß die wirksamsten „neuen" Lehren und Programme in Wirklichkeit die bewährten alten sind, auf die man sich „nur" zu besinnen braucht, um dem Ungeheuer erfolgreich in den Rachen greifen zu können. Das hanseatische Ideal vom ehrbaren Kaufmann enthält ein solches altneues Programm. Worauf es jetzt ankommt, ist (übrigens nicht nur in der Wirtschaft), den eigenen bewährten Traditionen zu vertrauen, sie bedachtsam und kaltblütig anzuwenden und sich darin von niemandem irre machen oder gar gewaltsam daran hindern zu lassen. Man kann so auch ein Beispiel setzen, das in anderen Weltregionen zum Wohle aller bedacht werden mag.

Autorenportrait Alain de Benoist

von Michael Böhm

Alain de Benoist gilt als „Meisterdenker“ der „Nouvelle Droite“ – der „Neuen Rechten“ –, aber eigentlich hat er sich nie wirklich in diesem Begriff erkannt. Zwar hat sich diese Zuweisung etabliert, um die Ideenformation um den französischen Philosophen zu beschreiben. Es gibt wohl kein neueres Werk zur Geschichte der politischen Ideen, das nicht diese „Vordenker“-Position bemüht. Ebenso ist es aber eine Tatsache, daß de Benoist nie auf die Idee gekommen wäre, solches Etikett sich zu eigen zu machen – die Frage, wo er sich politisch-ideologisch verortet, hat ihn nie interessiert. „Persönlich“, so erklärte er etwa im Vorwort zu seinem 1977 erschienenen Buch *Vu de droite* (Von rechts gesehen), „läßt mich die Frage, ob ich rechts oder links bin, vollkommen gleichgültig. Zur Zeit sind die Ideen, die in diesem Buch verteidigt werden, rechts; sie sind jedoch nicht notwendigerweise rechts. Ich könnte mir sehr gut Situationen vorstellen, in denen sie links sind.“ Genau wie dieses sibyllinische Urteil verblüffen auch die unterschiedlichen Positionen, die Alain de Benoist im Laufe seines intellektuellen Lebens eingenommen hatte: In seinem ersten Buch *Salant devant l’opinion* (1963) ergreift er leidenschaftlich Partei für die Kämpfer der *Organisation armée secrète*, die sich de Gaulles Aufgabe von Algerien widersetzten. Zwanzig Jahre später wendet er sich gegen jede Form des Kolonialismus, einschließlich des kulturellen. Während er als Student das Konzept einer „nationalistischen Ethik“ entwirft, ist er gegen Ende des 20. Jahrhunderts ein Verfechter der übernationalen Reichsidee und versteht sie als Alternative zum Brüsseler Zentralismus. Und operiert er noch in der Mitte der 1960er Jahre mit rassebiologischen Argumentationen, so verurteilt er zehn Jahre später „ohne Ausnahme alle Rassismen“ und beschwört den Reichtum der verschiedensten Identitäten und Kulturen.

Gewiß, Intellektuelle können innerhalb von wenigen Jahren manchmal die unterschiedlichsten Standpunkte einnehmen. Doch erfolgte das bei Alain de Benoist im Unterschied zu anderen stets unter dem Zeichen eines unbedingten Prinzips: dem Anti-Egalitarismus, der Ablehnung der Gleichheitslehre. Sie durchzieht alle seine doktrinären Positionen bis heute, und sie läßt seine Reflexionen derzeit auch als Ausdruck eines „rechten Denkens" erscheinen – sein rätselhaftes Wort wird dadurch erhellt. Ungleichheit als das Grundprinzip der menschlichen Natur, ja des Lebens schlechthin – das war gemeinhin akzeptierte Maxime all derer, die seit dem Jahre 1789 die Konsequenzen der Französischen Revolution zu revidieren gedachten: von den ersten Verteidigern des *Ancien Régime* bis hin zu Hitler und Mussolini. Doch ist de Benoist, obgleich väterlicherseits von aristokratischer Herkunft, weder ein monarchistischer Reaktionär noch ein Apologet des Faschismus. *Sein* Anti-Egalitarismus ist zutiefst ästhetischer Natur und durchzogen von einem *philanthropischen* Ethos: Seit nunmehr über vierzig Jahren widmet er sich in seinem publizistischen Schaffen dem Kampf für den Erhalt der Verschiedenheit der Welt und gegen die Reduktion des Mannigfaltigen auf das Eine. „Das Glück bei einer Reise", sagte er einmal, „ist, noch verschiedene, verwurzelte Lebensgepflogenheiten zu beobachten; ist, die Völker in ihrem eigenen Rhythmus zu sehen: Völker, mit einer anderen Hautfarbe, mit einer anderen Kultur, mit einer anderen Mentalität – und zu wissen, daß sie stolz darauf sind. Ich glaube, daß *das* den Reichtum der Welt bildet und daß der Egalitarismus dabei ist, ihn zu töten".

www.alaindebenoist.com

Daß Alain de Benoist zu einem antiegalitären Denker wurde, hat viel mit der gesellschaftlichen Situation zu tun, in die er hineinwuchs: 1943 in Tours geboren, ist er ein Kind der *Trentes Glorieuses* – jener „dreißig glorreichen" Jahre forcierter Modernisierung, in denen seit 1945 aus dem Bauernland Frankreich eine Industrienation werden sollte. Die Konsequenzen dieses Strukturwandels waren für das Land enorm: In den *Trentes Glorieuses* geriet das gesamte soziale und kulturelle Gefüge Frankreichs in Bewegung, in ihnen bildeten sich in den Städten völlig neue Lebensformen heraus, es verschwanden viele bäuerliche Traditionen; die moderne Massenkultur entstand und das einst stolze Bürgertum ging in einer „neuen Mitte" auf. Es war das Zeitalter der „Nivellierung", das für Frankreich hereinbrach – bereits Nietzsche hatte in ihm die Unmöglichkeit einer wahren Kultur erkannt. Alain de Benoist, mütterlicherseits aus einer alten Bauernfamilie stammend, setzt sich schon früh gedanklich dazu in Opposition: Als Kind las er nicht Alexandre Dumas oder Jules Verne, wie viele seiner Altersgenossen, sondern die Märchen der Gebrüder Grimm und die *Ilias* des Homer. Es war die Vielfalt, die ihn magisch anzog, das spirituelle Universum der Mythen und Legenden – sein großes Lebensthema klang hier bereits an. Später sollte er es bei der Lektüre von Charles Maurras wiederfinden, dem Theoretiker der Monarchie, der gegen den modernen Egalitarismus die polytheistische Formenwelt des griechischen Heidentums setzte. Und noch viel später, als jungem Mann, begegnete es ihm bei Louis Rougier und Georges Dumézil, beides Gelehrte, die auch in ihren Schriften die kulturelle Mannigfaltigkeit des antiken *Paganismus* rühmten. Aber vor allem ist es Friedrich Nietzsche, der sein Denken bis heute prägt: Seit Alain de Benoist im Alter von 13 Jahren die *Genealogie der Moral* des deutschen Philosophen gelesen hatte, begleitete ihn dessen Idee, daß es das Christentum gewesen war, das den Egalitarismus über die Welt gebracht hatte.

Michael Böhm: *Alain de Benoist. Denker der Nouvelle Droite*, *Perspektiven*, Bd 10, Schnellroda 2008.

Mit diesem geistigen Gepäck, das angesichts der gesellschaftlichen Erschütterungen Kommentar *und* Bewältigungsstrategie zugleich bedeutete, studierte Alain de Benoist ab 1960 Recht, Philosophie und Religionswissenschaften an der Pariser Sorbonne. Als Student engagierte er sich auf der Seite der politischen Rechten für *Algérie française*: in der *Fédération des Étudiants Nationalistes,* der Vereinigung nationalistischer Studenten. Aber es war keine koloniale Attitüde, die ihn dazu bewog, sondern jene Bauernmentalität, die seine Mutter in der Familie wachhielt und die mahnt, daß Territorium nicht aufzugeben ist. Gepaart mit Nietzsches Spott über den „flachen Utilitarismus" der modernen Zeit erschien ihm de Gaulles Politik absurd, der für ein modernes Frankreich Algerien in die Unabhängigkeit entließ. In dieser Zeit, in der letzten Phase des Algerienkrieges, entstanden seine ersten philosophischen Texte, so der Essay *Pour une éthique*

Pierre-André Taguieff: *Sur la Nouvelle Droite. Jalons d'une analyse critique*, Paris 1994.


Alain de Benoist, nach einem Gemälde von Lora, 1994.

nationaliste – „Für eine nationalistische Ethik". Darin wird die tragische Spannung zwischen Apollon und Dionysos, die der deutsche Philosoph in der griechischen Tragödie erkannte und die er als Voraussetzung einer wirklichen Kultur begriff, dem kaum Zwanzigjährigen zum Leitmotiv der *Algérie-française*-Partisanen. Sie widerspricht dem Egalitarismus, da sie an Kampf und Ungleichheit appelliert, sie ist antiutilitaristisch – und dadurch ästhetisch. Diese tragischheroische Weltsicht bestimmte von nun an sein intellektuelles Schaffen, sie inspirierte später seine generelle Kritik an der modernen Kultur und im besonderen die des Liberalismus – jener Ideenformation, in der die Aufklärer des 18. Jahrhunderts den Gedanken der Freiheit mit dem der Gleichheit vermengten. Und: Sie gibt ihn als einen Repräsentanten der „Konservativen Revolution" zu erkennen – bis heute fühlt sich Alain de Benoist dieser Strömung am meisten verpflichtet.

Nach der erfolglosen *Algérie-française*-Kampagne beteiligte er sich bis 1967 am „national-europäischen" Aufbruch der französischen Rechten, er arbeitete als Journalist bei ihren Zeitungen und unterstützte ihre Wahlkampagnen. Doch blieb er dort auch immer eine Ausnahmeerscheinung: Als ein an philosophischen Fragen interessierter junger Mann verschlang er unermüdlich die verschiedensten Lektüren, er schrieb in einem fort und er erstaunte durch seine subtilen Gedanken – selbst in rassebiologischen Argumentationen redete er der kulturellen Vielfalt das Wort. Im Januar 1968 gründete er zusammen mit anderen ehemaligen *Algérie-française*-Aktivisten den *Groupement de recherche et d' études pour la civilisation européenne* (GRECE) – die „Studiengruppe für die europäische Zivilisation". Es war der erste Diskussionsklub der politischen Rechten in Frankreich nach 1945 – und es war der Versuch, ihr nach den Niederlagen, die sie seit dem Ende des Algerienkrieges erlitt, überhaupt wieder politischen Einfluß zu verschaffen. Der GRECE sollte jedoch keine vorrangig politische Bewegung sein, vielmehr versuchte er durch Zeitschriften und Bildungsprojekte die linke Deutungshoheit in der Gesellschaft zu brechen. „Metapo-

litik“, so heißt seit Joseph de Maistre dieses Konzept – und auch heute noch fühlen sich ihm die GRECEisten verbunden. Im Februar 1968 erschien die erste Nummer der Theoriezeitschrift *Nouvelle École*, vier Jahre später folgte das eher aktuell und literarisch orientierte Magazin *Eléments* – beide Organe bereichern noch heute die französische Presselandschaft durch unkonventionelle Themen und Sichtweisen. Alain de Benoist wurde rasch zum Protagonisten dieser „neuen Kultur“ der Rechten. Kraft seiner intellektuellen Ausstrahlung vermochte er auch angesehene Wissenschaftler und Schriftsteller für sie zu gewinnen: Bereits zu Beginn der 1970er Jahre verzeichnet die Liste des Patronatskomitees von *Nouvelle École* illustre Namen: unter anderen den Nobelpreisträger Konrad Lorenz, die Mitglieder der *Académie Française* Thierry Maulnier und Pierre Gaxotte, oder auch Jean Cau, den ehemaligen Sekretär von Jean-Paul Sartre.

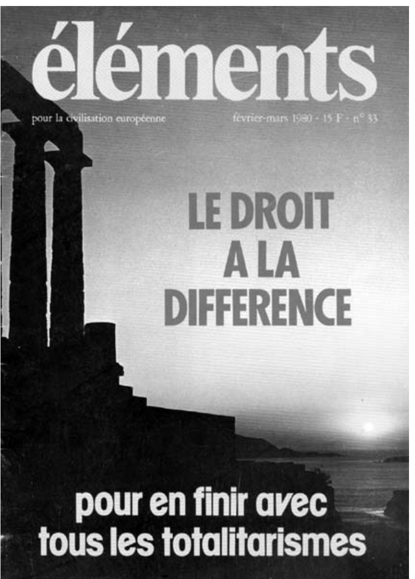
Julien Brunn (Hrsg.): *La Nouvelle Droite – Le dossier du „procès“*, Paris 1979.

Vor allem aber setzte Alain de Benoist seine eigene Ideenarbeit fort. Intellektuell gereift, erkannte er tiefere Zusammenhänge und zog größere Analogien: Antichristliche Vorbehalte und europäische Begeisterung fanden ihren Kontrapunkt in Georges Dumézils Überlegungen zur trifunktionalen Ideologie der Indoeuropäer, ebenso bezog er Carl Schmitts Theorie des Politischen darauf und entwickelte seine eigene Kritik des Liberalismus, die weit über Schmitt hinausgeht. Mit den kulturrelativistischen Ansätzen von Claude Lévi-Strauss sowie den Theorien der philosophischen Anthropologie überwand er seine rassebiologischen Argumentationen und fand zum „differentialistischen Antirassismus“ – eine logische Konsequenz in seiner intellektuellen Entwicklung, da ein solcher Standpunkt die Verschiedenheit nicht verneint, sondern von ihr ausgeht. Überhaupt entwickelte er während der 1970er Jahre ein kohärentes Weltbild – trotz seines Hangs zu enzyklopädischen Synthesen, die ihn auch als typisch französischen Denker erscheinen lassen. Kommunismus, Sozialismus, Liberalismus – all das, so de Benoist, seien nur „Spielarten“ der „aktuellen Subversion“. Die gesamte Moderne begriff er als Verfallsepoche – samt ihrem Ökonomismus und der Gleichgültigkeit gegenüber gewachsenen Werten, samt ihrem universalen Anspruch, der schon totalitären Charakter habe und samt ihrer Wurzel: dem Christentum und seiner Idee von der Gleichheit aller Menschen vor Gott. Es war eine *philantike* Doktrin, für die Alain de Benoist warb, ein geistiges „Zurück zu den Griechen“ – in ihrer polytheistischen Welt erkannte er eine Alternative für Gegenwart und Zukunft.

Les Amis d' Alain de Benoist (Hrsg.): *Liber Amicorum*, 2004.

Unterdessen kam das „metapolitische“ Projekt nicht nur in den eigenen Zeitschriften voran: Seit 1970 schrieben Alain de Benoist und einige seiner Freunde in bürgerlichen Blättern wie *Spectacle du monde* und *Valeurs actuelles;* 1977 wurde de Benoist auch Redakteur beim *Magazine* des traditionsreichen *Figaro*. Noch etwas erhöhte den Bekanntheitsgrad der neuen Kultur: 1977 erhielt Alain de Benoist für sein Buch *Vu de droite* den *Grand Prix de l'Essai* der *Académie française*. Der Linken, nach wie vor die Deutungsmacht in der französischen Gesellschaft, blieb das nicht verborgen. Seit Solschenizyns *Archipel Gulag* war sie in ideologischer Verwirrung begriffen, schon lange regierte die republikanische Rechte, und 1981 standen Präsidentschaftswahlen an. Im Sommer 1979 kam es zu einer Pressekampagne gegen den GRECE und Alain de Benoist. Als „Naziwerkstatt“ titulierte man den Intellektuellenklub, als faschistisch die Ideen seiner Protagonisten. Das bürgerliche Lager versuchte sich abzugrenzen und schlug damit ein neues Kapitel der Ideengeschichte auf: Man habe, so versicherten seine Journalisten, nichts gemein mit dem GRECE und Alain de Benoist, diese seien eine gänzlich neue Kraft auf der politischen Rechten – eine „Nouvelle Droite“, eine „Neue Rechte“.





Von der Verteidigung der weißen Rasse zum Kampf gegen alle Rassismen; Ausgabe von Europe Action, 1965, Ausgabe von Eléments, 1980.

Fortan war dieser Begriff das Markenzeichen der Strömung. Aber obwohl die Affäre „Nouvelle Droite“ auch internationales Aufsehen erregte, schwand ihre Breitenwirkung kurz darauf, und sie wurde auf ein intellektuelles Milieu beschränkt. Durch das moralische Verdikt der Presse gerieten *Spectacle du monde*, *Valeurs actuelles*

und vor allem *Figaro-Magazine* unter Druck. Alain de Benoist und seine Freunde mußten die Redaktionen verlassen, und die „neue Kultur" verlor somit ihre wichtigsten Medien. Trotzdem ging de Benoist weiter auf dem Weg des nonkonformistischen Denkers. Nach wie vor überschritt er unbeirrt Denkverbote, wofür er oft auch im eigenen Lager beargwöhnt wurde: Während der 1980er Jahre formulierte er seine Kritik an den Menschenrechten, die auch viele marxistische Intellektuelle im Munde führten: Als liberale Ideologie mit universalem Anspruch legitimierten sie für ihn nur das ökonomische System des Westens und seine weltweite Implementierung – und damit die Zerstörung der verschiedenen Kulturen. Für ihn waren sie moralische Phrase und politisches Instrument, „die letzte Verwandlung des egalitären Diskurses". Im „Recht der Völker" sah Alain de Benoist dazu eine Alternative, in jener Idee, die in den antikolonialen und nationalen Freiheitsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg entstand – der einstige Unterstützer von *Algérie française* wandte sich so gegen neue Formen des Kolonialismus, ja gegen Kolonialismus überhaupt. Aber auch Europa sollte sich befreien von seinen universalen, egalitären und liberalen Glaubenssätzen und von seinen Vormündern beiderseits des Eisernen Vorhangs, um einen „Dritten Weg" zu suchen, jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Wie die einstigen Kolonien sollte es seine Identiät wiederentdecken: Europa und Dritte Welt – nach de Benoist kämpften sie denselben Kampf.

Ist aus Alain de Benoist ein Linker geworden? In der Tat dachten das viele Beobachter seit den 1980er Jahren, denn der „Dritte-Welt"-Diskurs und die Konsumkritik waren vornehmlich Themen linker Ökologen. Auch sonst schien de Benoist mit dem gegnerischen Lager zu sympathisieren: 1988 gründete er seine eigene Zeitschrift *Krisis*, in die er linke Intellektuelle zu Publikationen einlud, und immer lauter protestierte er gegen die xenophoben Parolen der extremen Rechten. Er hatte schon lange versucht, die Spaltung zwischen links und rechts zu überwinden, jene Unterscheidung, die seit der politischen Moderne bestand und die er aufheben wollte, weil sie anachronistisch geworden war – nicht erst der Zusammenbruch des Kommunismus bestätigte ihn darin. Ab jetzt verschwanden in seinen Veröffentlichungen herkömmliche ideologische Differenzierungen – allerdings blieb der Ausgangspunkt antiegalitär, auch wenn die Inhalte meist die waren, die vor allem die Linke auf die politische Tagesordnung setzte. In der Reichsidee, einem rechten Topos schlechthin, verwirklichte sich für ihn der multikulturelle Traum: durch pluralistische Gesetzesformen in einer gesellschaftlichen Struktur, die verschiedene Kulturen bestärkt und integriert, ohne sie auf *eine* Identität zu verpflichten – das war ein Affront für die republikanischen Gralshüter juristischer Egalität und für die traditionellen Nationalisten. Aber genauso verwirrte er mit seinen Reflexionen zur Ökologie, auch das eine Debatte, die sonst nur französische Linke führten: Der egalitäre Liberalismus, so erklärte er in seinem vorerst letzten Buch, sei *per se* der Feind der Natur. Als säkularisierte Form des Christentums vollziehe er dessen Auferstehungssymbolik: durch seine monetäre Vernunft und den Fortschrittsglauben – die eigentlichen Motoren der Marktgesellschaft. Ein „negatives Wachstum" sei daher die einzige Chance, den Raubbau an natürlichen Ressourcen zu beenden und eine Lebensweise, die wie in der Antike die Wirtschaft in den Dienst des Menschen stelle.

Das Christentum und die Moderne – für de Benoist sind deren ideelle Grundlagen ähnlich. Ihre Derivate, wie den Egalitarismus oder die Unterscheidung zwischen links und rechts; gut und böse zugunsten eines alternativen Bildes von Mensch und Gesellschaft intellektuell zu überwinden – das ist bis heute sein Ziel. Er hat es immer auf besondere Weise verfolgt: Ungeachtet aller Anfeindungen war er stets kompromißlos, neugierig, streitbar und bereit, seine Positionen zu überdenken und – wenn es sein mußte – auch aufzugeben. „Vom moralischen Standpunkt betrachtet", sagte er einmal, „liebe ich vor allem den Sinn für Nuancen, die Hingabe des Selbst und die Großzügigkeit. Ich verabscheue nichts so sehr wie geistige Enge, das Ressentiment, das Streben nach dem eigenen Interesse. Die Armut, gemessen an den Nöten unserer Epoche, ist ein großer Reichtum, sagte Epikur. Ich glaube – auf jeden Fall hoffe ich das – immer einen freien Geist, eine tragische Seele und ein rebellisches Herz bewahrt zu haben". Alain de Benoist, der „linke Mann von rechts", begeht am 11. Dezember seinen 65. Geburtstag.

Auswahlbibliographie:

Vu de droite. Anthologie critique des idées contemporaines, Paris 1979 (deutsche Übersetzung 1983–84).

Comment peut-on être païen?, Paris 1980, (deutsche Übersetzung 1982).

Orientations pour des année décisives, Paris 1982, (deutsche Übersetzung 1982).

Démocratie: le problème, Paris 1985 (deutsche Übersetzung 1986).

Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985.

Im Gespräch mit Alain de Benoist, Interview-Reihe [der *Jungen Freiheit*], Bd 3, Freiburg i. Br. 1993.

Ernst Jünger. Une bio-bibliographie, Paris 1997.

Communisme et nazisme – 25 réflexions sur le totalitarisme au XXième siècle (1917–1989), Paris 1998 (deutsche Übersetzung 2001).

Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999 (zweite erweiterte Auflage, Berlin 2003).

Schöne vernetzte Welt – Eine Antwort auf die Globalisierung, Tübingen 2001.

Die Wurzeln des Hasses. Ein Essay zu den globalen Ursachen des Terrorismus, Berlin 2002.

Die Welt nach dem 11. September. Der globale Terrorismus als Herausforderung des Westens, Tübingen 2002.

Die Schlacht um den Irak. Die wahren Motive der USA bei ihrem Kampf um Vorherrschaft, Berlin 2003.

Carl Schmitt. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen. Berlin 2003.

Au-delà des droits de l'homme – pour défendre des libertés, Paris 2004 (deutsche Übersetzung 2004).

Nous et les autres. Problématique de l'identité, Paris 2006 (deutsche Übersetzung 2008).

Carl Schmitt actuel, Paris 2007 (deutsche Teilübersetzung 2007).

Ein Vorspiel nur: der Zürcher Literaturstreit 1966

von Günter Scholdt

Zu den bemerkenswertesten Kulturphänomenen gehört, daß das künstlerische Ringen um das Schöne sein Gegenteil nicht ausschließt, sondern im Sinne einer Ästhetik des Häßlichen vor allem in der Moderne auf zahlreiche Podeste hob. Dies geschah nach etlichen Kontroversen, in denen es um die Abwendung vom vorbildlichen Helden oder literaturpädagogischen Ideal zugunsten der unbeschränkten Berechtigung des Autors ging, sich intensivst mit menschlichen Abgründen oder gesellschaftlichen Abfallgruben zu beschäftigen. Gegner solcher Gestaltungsfreiheit warnten davor, alles erdenklich Negative zu Papier und auf die Bühne zu bringen. Doch ihr Erfolg war, je mehr wir uns der Gegenwart nähern, eher gering, wie die heutige Literatur- oder gar Filmpraxis zumindest in den westlichen Ländern nachdrücklich beweist.

Den vielleicht letzten nennenswerten Versuch, die Uhr zurückzustellen, unternahm Emil Staiger in seiner Philippika vom 17. Dezember 1966, die den (zweiten) „Zürcher Literaturstreit" entfachte. Das Tondokument seiner Ausführungen ist kürzlich wieder aufgetaucht und von der *Frankfurter Allgemeinen* (11. Juni 2008) als eine der „berüchtigtsten Reden der Literaturgeschichte" bezeichnet worden: Anlaß genug, sich noch einmal rückblickend damit zu beschäftigen, zumal die daraus erwachsende Kontroverse zu den paradigmatischen (verlorenen) Schlachten des Konservativismus zählt.

Die Aufnahme ist im Internet zu finden unter http://www-lenya.nzz.ch/nzz/online/audio/emil_staiger.mp3

Staiger, eine Art Großordinarius der damaligen Germanistik, stieß mit seiner Rede „Literatur und Öffentlichkeit" sofort auf flammenden Widerspruch, der sich in Dutzenden von Zeitungsartikeln, Autoren-Statements oder wissenschaftlichen Aufsätzen kundtat, die ganze Dokumentations- oder Kommentarbände füllen. Was seinerzeit so vieler Aufregung wert schien, läßt sich im Kern in wenigen Thesen fassen, wobei ich eine periphere Auslassung zur „engagierten Literatur" übergehe:

Erwin Jaeckle: *Der Zürcher Literaturschock,* München 1968

Der Zürcher Literaturstreit, in: *Sprache im technischen Zeitalter*, 22 (1967) und 26 (1968)

1. Schriftsteller haben eine sittliche Verantwortung. Nur wenn sie diese wahrnehmen, schaffen sie ästhetische Werte, nicht allein durch bloße Originalität oder Interessantheit. Als ethische Grundbegriffe gelten, um mit Schiller zu sprechen, „Gerechtigkeit, Wahrheit, Maß".
2. Der Autor darf auch das Böse zeigen, doch nicht um seiner selbst willen oder aus geheimer Sympathie, sondern als Teil einer erzieherischen Aufgabe „im Namen des Menschengeschlechts".
3. Einem Großteil moderner Dichter fehlt diese Rechtfertigung. Sie bedienen bloß eine Konjunktur blasierter Nihilisten. Wer wirklich im harten Schicksalskampf stehe, könne sich solche Stimmungen nicht leisten, sondern verlange eher nach einem seelisch kräftigen Spruch oder Kirchenlied.
4. Die Leser sollten sich von der Aura der Kunst und den vermeintlichen ästhetischen Gegebenheiten der Moderne nicht einschüchtern lassen und aus einer großen literarischen Tradition Hoffnung auf künftige Besserung schöpfen.

Für seine ästhetische Strafpredigt wählte Staiger zum Teil recht drastische Formulierungen, wie zwei typische Passagen belegen:

„Wir finden die Kunst bedroht, wo immer sich der Sittenrichter einmischt. Es schläfert uns, sobald von Tugend oder Moral die Rede ist. Doch soll davon die Rede sein? Es wird in keiner Weise verlangt, daß sich der Dichter immer nur mit dem Guten, Wahren und Schönen befasse. Er mag, wie Shakespeare, welterschütternde Frevel auf der Bühne zeigen oder sich, wie Dostojewski, in die grausigsten Finsternisse einer Mörderseele vertiefen – sofern er dabei die menschliche Gemeinschaft nicht aus den Augen verliert … Erst wo er selber mit dem Verbrecherischen, Gemeinen sympathisiert, wo ihn die bare Neugier auf den Weg in die düstern Bereiche lockt und wo er nichts als uns zu überraschen und zu verblüffen hofft, erst da verfehlt er seinen Beruf und macht er sich des Mißbrauchs der gefährlichen Gabe des Wortes schuldig. Ein Schauspiel, dem wir heute in erschrekkendem Maße ausgesetzt sind! Man gehe die Gegenstände der neueren Romane und Bühnenstücke durch. Sie wimmeln von Psychopathen, von gemeingefährlichen Existenzen, von Scheußlichkeiten großen Stils und ausgeklügelten Perfidien. Sie spielen in lichtscheuen Räumen und beweisen in allem, was niederträchtig ist, blühende Einbildungskraft. Doch wenn man uns einzureden versucht, dergleichen zeuge von tiefer Empörung, Beklommenheit oder von einem doch irgendwie um das Ganze bekümmerten Ernst, so melden wir – nicht immer, aber oft – begründete Zweifel an. … Wenn ein bekannter Dramatiker, der Auschwitz auf die Bühne bringt, in einem früher verfaßten Stück mit Marquis de Sade als Helden einen Welterfolg errungen hat, so nehmen wir an, er habe hier wie dort die ungeheure Macht des Scheußlichen auf das heutige Publikum einkalkuliert und sich natürlich nicht verrechnet. Denn wenn man anfängt, nur das Ungewöhnliche, Einzigartige, Interessante als solches zu bewundern, führt der Weg unweigerlich über das Aparte, Pretiöse zum Bizarren, Grotesken und weiter zum Verbrecherischen und Kranken".

„Doch ich vergesse, was diese heute über die ganze westliche Welt verbreitete Legion von Dichtern, deren Lebensberuf es ist, im Scheußlichen und Gemeinen zu wühlen, zu ihrer Rechtfertigung vorbringt. Sie sagen, sie seien wahr, sie zögen die unbarmherzige böse Wahrheit der schönen, tröstlichen Täuschung vor. Und siehe da, man glaubt es ihnen. Man schämt sich, daß man nicht tapfer genug ist, die Dinge so unerschrocken zu sehen. … Bleibt uns nur dies noch übrig? Nein! Wenn solche Dichter behaupten, die Kloake sei ein Bild der wahren Welt, Zuhälter, Dirnen und Säufer Repräsentanten der wahren, ungeschminkten Menschheit, so frage ich: In welchen Kreisen verkehren sie? Gibt es denn heute etwa keine Würde und keinen Anstand mehr, nicht den Hochsinn eines selbstlos tätigen Mannes, einer Mutter, die Tag für Tag im Stillen wirkt, das Wagnis einer großen Liebe oder die stumme Treue von Freunden? Es gibt dies alles nach wie vor. Es ist aber heute nicht stilgerecht. So wenig – um ein weit entferntes Beispiel zu wählen – erotischer Zauber in den Stil Homers eingeht, so wenig gehen Adel und Güte in die moderne Dichtung ein. Doch hüten wir uns, daraus zu schließen, dergleichen finde sich nirgends mehr! Billigen wir den Dichtern nicht ganz unbesehen einen solchen Rang zu, daß unsere Selbstachtung mit ihren Worten steht und fällt! Beachten wir lieber, wann und wo eine Trümmerliteratur gedeiht. … Es sind – nicht

Max Frisch: *Endlich kann man wieder von Entarteter Literatur sprechen. […] Eduard Korrodi […] hat auch einmal ein Manifest veröffentlicht an dieser Stelle, das war zu Anfang der Hitler-Zeit und bemerkenswert durch die Behauptung, daß im großen ganzen und eigentlich ja nur die Roman-Industrie emigriert sei, während die Dichter, die diesen Namen verdienen, nach wie vor in Deutschland blieben. […] Auch ein Manifest kann irren. […] Ebenso unmißverständlich lehrt uns die Geschichte, daß immer, wenn Faschismen im Anzug sind, die Literatur als „nihilistisch" bezeichnet wird, die eine Kloake als Kloake darstellt, und daß die Literatur nur zu dulden ist als Salon für Adel und Würde und Hochsinn und Treue, und noch etwas: daß sich dafür immer arglos-gelehrte Anwälte mißbrauchen lassen.*

Werner Weber: *Lieber Max Frisch, […] Wer die neuere, die neuste Literatur einigermaßen kennt, der hat bei Emil Staigers Mahnruf, augenblicks „Stellen" gegenwärtig, welche die Misere belegen, die Emil Staiger meint und die wir selber kennen und von der niemand wünscht, daß sie sich weiter ausbreite. […] Und darum halte ich es für eine intellektuelle Unredlichkeit, gegenüber dem Mahnwort Emil Staigers so zu tun, als habe man's nicht begriffen. Wir haben es nur zu gut begriffen.*

Werner Wollenweber: *Es ist schlimm, wenn ein Mann von mannigfaltigen Verdiensten um das Geistesleben, die Kunst und die Kultur den Tod erleidet. Es ist schlimmer, wenn ein Mann solchen Ranges, solchen Wertes und solcher Würde noch zu seinen Lebzeiten abstirbt. Am schlimmsten aber ist es, wenn er sich selbst in aller Öffentlichkeit unter die Toten reiht und seine eigene Abdankungsrede spricht.*
[…] So gilt es denn Abschied zu nehmen von Professor Dr. Emil Staiger […].
Mit ihm ist fortan nicht mehr zu rechnen. […] Wir müssen der Brauchbarkeit seiner Analysen mißtrauen, die Tauglichkeit seiner Erkenntnisse ist uns suspekt geworden, wir weigern uns, seine Auskünfte anzunehmen, seine Stimme dringt aus dem Literatur-Mausoleum, in das er sich selbst gemauert hat, nicht mehr bis zu uns. Er hat die einzige Sünde, die nicht vergeben werden kann, begangen, die Sünde wider den Geist.

ausnahmslos, aber meistens – Zeiten des Wohlstands und der Ruhe, in denen der *démon ennui*, die dämonische Langeweile, die Verzweiflung an allem Leben gedeiht. Der Nihilismus ist, in erstaunlich vielen Fällen, ein Luxusartikel."

Soweit und ausführlich Emil Staiger. Über seine Ansicht läßt sich trefflich streiten. Fallen mir doch auf Anhieb, von Büchner bis Borchert, ein Dutzend Beispiele ein, die Staiger widerlegen, ohne allerdings seinen grundsätzlichen Verdacht zu entkräften, es gehe vielen vornehmlich um schrille Effekte. Andererseits konstatierte selbst der „gesunde" Goethe ein Attraktivitätsdefizit des Guten, nannte seine *Iphigenie* selbstironisch „verteufelt human" oder gestaltete seinen Mephisto mit zumindest gleicher Sympathie wie Faust. Erwarten wir von Dichtung nicht zuweilen gar, daß sich im Schreibprozeß auch etwas unkontrolliert Dämonisches einstelle? Und war nicht der Konventionsbruch stets auch eine ästhetische Kategorie, der grausame Blick oder Stil auch Ausweis künstlerischer Rigorosität? Tendiert nicht das ethische „gut gemeint" – wie Benn spottete – fast schon zwangsläufig zum Gegenteil von Kunst? Und entmündigt die Festlegung auf Moral nicht Autor wie Leser, dem man offenbar (mehrheitliche) Immunität gegenüber dem verführerisch dargebotenen Bösen nicht zutraut?

Ein Wasserfall von Fragen ergießt sich über uns. Doch ihre vertiefende Diskussion unterblieb meist zugunsten persönlicher Polemik, zu der allen voran Max Frisch beitrug, der die Rede prompt unter Totalitarismusverdacht stellte. Damit war der Kurs bestimmt, wonach die Kontroverse, grob vereinfacht, als Auseinandersetzung mit einer angeblich latenten nazistischen Kunstauffassung geführt wurde. Man fahndete bei Staiger denn auch flugs nach inkriminierenden verbalen Tatbeständen, grub einen Text von 1933 mit vermeintlich NS-kompatibler Tendenz aus oder forschte nach verfänglichen semantischen Bezügen in der Zürcher Rede. Von „Standgericht" oder „Scheiterhaufen für Bücher" als Tendenz seiner Ausführungen war zu lesen, von erneuter Verfemung der „entarteten Kunst", von „Faschismen im Anzug" oder Schlagworten aus der „Küche des neuen Goebbels". Nun gehört das Anbräunen von Gegnern des progressiven *mainstream* ja bekanntlich zu den Lieblingsspielchen des deutschsprachigen Nachkriegsfeuilletons mit gelinder Beteiligung von Zuträgern aus Wissenschaftskreisen. Gleichwohl befremdet die angemaßte Verfolgtenpose, in der – von Max Frisch über Peter Handke bis Ludwig Marcuse oder Hans-Heinz Holz – die Schriftgewaltigen zur Staiger-Schelte aufbrachen.

Dabei mußte doch jedem unparteiischen Beobachter klar sein, daß Staiger solche Forderungen eben nicht in einer Diktatur, sondern in einer offenen demokratischen Gesellschaft gestellt hatte und von daher auch nicht auf Zensurmaßnahmen abzielte, sondern nur auf eine von ihm gewünschte freiwillige Geschmacksänderung der Leser respektive Autoren. Des weiteren war offensichtlich, daß Staiger zu dieser Zeit ohnehin bereits auf verlorenem Posten stand, angesichts der gängigen Machtverhältnisse im Literaturapparat, und daß es nur noch um eine Art Gegenrede ging zu einem praktisch unaufhaltsamen Trend. Wer nun also von Schriftstellerseite quasi den kulturpolitischen Notstand ausrief nach dem Motto: „Sind wir schon wieder so weit?", zeigte eine beträchtliche Larmoyanz.

Die allerdings ist seit Jahrzehnten leider bei uns verbreitet, von der aufgebauschten „Pinscher"-Affäre Erhards über Bernt Engelmanns Pseudobetroffenheit angesichts einer Strauß-Attacke bis hin zu Günter Grass, der gleich von „Bücherverbrennung" schwadronierte, als Reich-Ranicki auf einem *Spiegel*-Titelbild sein *Weites Feld* zerriß oder als er die Mißbilligung seines jahrzehntelangen Pharisäertums als „entarteten Journalismus" klassifizierte. Dabei wissen wir längst, daß dergleichen Kritik an einem auch nur halbwegs Prominenten als schrecklichste Folge in der Regel vor allem die Absatzsteigerung bewirken dürfte. Hans Habe verspottete diese militante Wehleidigkeit denn auch treffend als Wunsch nach einem „Naturschutzpark" für Dichter. Und in der Tat wäre der Streit um Staiger seitens der Attackierten besser ein wenig sachlicher geführt worden, nicht mit dieser deklamatorischen, manchmal heuchlerischen Moralpose. Aber der Schock saß offenbar tief, es könne ihnen jemand das gesellschaftliche Anklagemonopol streitig machen.

Bruno Schärer: *Staiger hat provoziert. Und jetzt rechnet er mit der Schar der Nickenden. Er hat sich nicht getäuscht. Die Schar ist groß. Seine Sache ist gerettet. Was für eine Sache? Daß man innerhalb der modernen Literatur nicht zu differenzieren braucht, sondern – von ein paar Fällen (welchen?) abgesehen – sorglos allgemein von Kloakenliteratur sprechen darf? Daß die Dichter dazu angehalten werden, Kreise, die dem gesunden Volksempfinden ein Dorn im Auge sind, zu meiden, damit ihre Erzeugnisse von der Krankheit, eine Welt analysieren zu müssen, geheilt werden? Daß man sich nicht zu scheuen braucht, das nationalsozialistische Vokabular auch in die Kritik wiedereinzuführen, und wieder von „Entartung" sprechen darf, ohne sich mit Geschichte belasten zu müssen?*

Otto F. Walter: *Bruno Schärer hat es seufzend festgestellt: „Das Gespräch über Emil Staiger ist ins Stadium der Anpöbelei getreten." Zum mindesten sporadisch. Motivforschung ersetzt die Kritik. Psychologie wird zum subtilen Kampfmittel. Reden wollen sie alle, verstehen weniger.*

Hans-Heinz Holz: *Erstaunlich bleibt, daß erst diese Rede nötig war, um die Augen dafür zu öffnen, wie nahe das Spießbürgertum eines Staiger bei aller Noblesse der persönlichen Haltung von Grund auf der Ideologie jeglichen Faschismus steht, wie wenig Berührung mit wahrer Kunst diese selbstgefällige Kunstbetrachtung je hatte.*

Paul Nizon: *Ob aus Professor Emil Staigers Schmäh- und Erweckungsrede bloß die Ahnungslosigkeit der Gestrigen gesprochen hat, die allem Neuen und auf Veränderung Zielenden abhold sind, oder ob man darin wirklich Anzeichen einer präfaschistischen Situation lesen soll, bleibe offen.*

Konrad Farner: *Tun wir also dem Festredner zu viel reaktionäre, oder sagen wir freundlich: restaurative Ehre an, trotz des bräunlichen Sumpfes, der sich gegenwärtig in helvetischen Landen ausdehnt? Könnte es somit doch stimmen, was böse Zungen behaupten: der Lorbeerkranz des zürcherischen Literaturpreises, den er am 17. Dezember 1966 erhalten, sei eine Art Totenkranz, Kranz auf dem reich geschmückten Sarg eines bereits Lebendig-Toten?*



Im übrigen gibt es (beim Autor wie Leser) natürlich auch ein legitimes Interesse an der düsteren Seite von Mensch und Gesellschaft als Welterfahrung. Auch speisen sich aus solchen Schilderungen zuweilen die Kräfte zur notwendigen Veränderung. Aber geben wir ebenso zu, daß wir die vielfältige Darstellung des Bösen respektive gesellschaftlich Unerwünschten um seiner selbst willen längst in unseren alltäglichen Unterhaltungskanon aufgenommen haben. Denken wir an Aufmachungen und Meldungen nicht nur der Boulevardpresse oder an Zuschauermassen, die bei Autounfällen aus Sensationslust die Zufahrtswege verstopfen. Offenbar gieren nicht wenige Menschen nach einer täglichen Dosis an Schrecken und Gewalt, und sie tun dies kurioserweise in dem Maße, wie sie im täglichen Leben durch immer zahlreichere Gesetze und Versicherungen sämtliche denkbaren Irregularitäten von sich fernzuhalten suchen. Ganze Romangenres und Filmbranchen leben ausschließlich von Horror und Verbrechen, wobei nur in Ausnahmefällen ethische Motive dahinterstehen, die gleichwohl von künstlich erregten Schriftstellern im Zürcher Streit pauschal reklamiert wurden.

Vermutlich könnte jeder halbwegs Belesene eine erkleckliche Anzahl von Texten anführen, deren auf Teufel komm raus spekulativer Charakter evident ist. Ob dabei alle die gleichen Texte nennen, steht dahin. Und gewiß ist, daß solche kommerziell einträgliche Gruselei zumindest fahrlässig in Kauf nimmt, nicht unerhebliche gesellschaftliche Normen zu verschieben. Gerade das 20. Jahrhundert hat das Tempo für den Abbau moralischer Schranken rasant gesteigert und im gleichen Maße Ängste geschürt, die es zuweilen nahelegten, alle Neuerungen reflexhaft nur mehr als Sittenverfall wahrzunehmen.

Auch steht offenbar das Böse, Asoziale, Laster- oder Exzeßhafte, Pathologische, Dissonante oder Aufrührerische ungleich stärker im Brennpunkt der Aufmerksamkeit als die zwangsläufig reizlosere Darstellung von Harmonie oder bürgerlicher Alltäglichkeit. Andererseits können wir kaum blauäugig annehmen, daß die ständige Erweiterung literarischer Tabu-

Enthemmung, Entgrenzung, Entwürdigung. Hermann Nitschs „Orgien- und Mysterientheater“

Hans Habe: *Auf wie schwachen Füßen steht diese Literatur, daß sie nur in einem Naturschutzpark zu existieren vermag, der auch vom leisesten Luftzug der Kritik beschützt werden muß. [...] Am bedenklichsten ist es jedoch, daß beide Aktionen von „links“ geführt werden – und diese „Linke“ bedient sich der brutalsten Mittel eines rechtsextremistischen McCartyismus.*

Harald Weinrich: *Das Positive ist daher nicht, wie Emil Staiger uns glauben machen will, leuchtendes Signum der kanonischen, der klassischen Autoren. Deren Positivität und Idealität ist nämlich nicht in ihren Werken gegeben, sondern entsteht als Produkt unserer Kanonisierung. Staiger hat einfach vergessen, seine eigene Position mitzuanalysieren. Er selber ist als Pfleger klassischer Literatur zugleich Spender ihrer positivsten Idealität.*

grenzen stets sozialverträglich vonstatten ging, und sei es durch die bloße Gewöhnung an den moralischen Ausnahmezustand im Sinne scheinbarer „Normalität". Insofern mag Staigers Diagnose manches vereinfachen; durchaus nachvollziehbar ist sein Unbehagen an einer hochideologisierten wie hochkommerzialisierten Literaturszene, verbunden mit einem Vertrauensverlust in die (ethische) Seriosität sensationsgeprägter Zeitbilder.

Wer also Staigers Standpunkt lediglich als Folge provinzieller Rückständigkeit, eines obsoleten bürgerlichen Denkstils oder politisch bedenklicher Verblendung charakterisiert – exemplarisch tat dies etwa Gerhard Kaiser aus der vermeintlichen Distanz des Jahres 2000 und der Selbstgewißheit des kulturpolitischen Siegers –, entsorgt eine Problematik, die keineswegs gelöst und vielleicht auch nicht zu lösen ist. Er verkennt, daß die Debatte kein bloßes Relikt einer reaktionären Moderne-Kritik darstellt, sondern so alt ist wie die Literaturkritik selbst. Schon Aischylos und Euripides, Lessing, Goethe, Schiller, Büchner oder Fontane haben – typologisch vergleichbar – mit großem Ernst über die Grenzen literarischer Darstellungsberechtigung gestritten. Ähnliches gilt allenthalben übrigens noch heute. In rigide oder diktatorisch organisierten Ländern sind das ernsthafte und dringliche Debatten, in anderen, wo literarische Freiheit, wenn nicht Permissivität zum Kulturstandard zählt, eher verschämt formulierte. Und es erscheint vielleicht nur als gesellschaftlicher Fortschritt, wenn wir viel zu abgestumpft sind, uns über Perversionen noch zu erregen – das Ganze unter dem Mantel von Toleranz.

Gerhard Kaiser: „... ein männliches, aus tiefer *Not gesungenes Kirchenlied ...": Emil Staiger und der Zürcher Literaturstreit*, in: *Mitteilungen des Deutschen Germanistikverbands* 4/2000, S. 382–394

Anlässe gäbe es genug, angesichts einer Kulturszene, in der „Feuchtgebiete" wie imaginierte SS-Sadismen gleichermaßen zur täglichen Unterhaltungssoße vermanscht werden. Eine beliebige Stunde abendlichen Fernseh-Zappens beschert uns ein Potpourri dessen, was wir durch weitgehende Liberalisierung an Darstellungsfreiheit gewonnen, aber zugleich an Hemmschwellen verloren haben um der bloßen Gier nach Sensationen und Einschaltquoten willen. Eine Absonderlichkeit wie Urs Alemanns *Baby-Ficker* qualifizierte offenbar beifallumrauscht für den Ingeborg-Bachmann-Preis, und Film wie Theater bleiben keineswegs dahinter zurück. So steigern sich Aufmerksamkeitskünstler wie Schlingensief im täglichen Konkurrenzkampf der Effekte zu Revue-Titeln wie *Tötet Kohl*. Andere Regiegewaltige stört an solchen Tabubrüchen nur die mangelnde Resonanz. „Wenn man heute ‚Tötet Helmut Kohl' singt und 50 nackte Pärchen auf der Bühne dazu ficken", errege das die Leute einfach nicht mehr, klagte Josef Bierbichler bereits vor einer Dekade.

Josef Bierbichler, Christoph Schlingensief, Harald Martenstein, Diedrich Diederichsen: *Engagement und Skandal*, Berlin 1998

In der Tat relativiert sich einiges, weil Kunst und ihre Botschaft kaum noch ernst genommen werden. Sonst wären lebhaftere Auseinandersetzungen an der Tagesordnung. Ist doch der moralische oder sprachliche Tabubruch, den jede neu an die Futter- und Einflußkrippe drängende Autorengeneration durch veränderte Formen, Inhalte oder Wirkungsabsichten mit sich bringt, gewiß kein schmerz- oder gefahrloser Vorgang. Auch wer innovativen Wandel als notwendig begrüßt, sollte den Widerspruch gegen das jeweils Moderne daher nicht vorschnell zum banausischen Sakrileg erklären. Auch Fortschritt verdient keinen unbeschränkten Vorauskredit. Erst durch Gegner und Kritik, wie berechtigt auch immer, zeigt sich die Standhaftigkeit des Neuen, trennt sich die Spreu vom Weizen, das künstlerisch Notwendige vom bloß Spekulativen. Insofern sind auch verlorene Schlachten – und der Kampf gegen enttabuisierende Trends ist aus vielfältigen Gründen auf Dauer nicht zu gewinnen – keineswegs ohne Sinn oder Berechtigung. Schützen sie doch vor völliger Beliebigkeit einer substanzlosen Unterhaltungsdiktatur.

Michael Köhler: *Der ‚neue' Zürcher Literaturstreit. Bilanz nach zwanzig Jahren, in: Franz Josef Worstbrock und Helmut Koopmann (Hrsg.): Der Literaturstreit,* Tübingen 1986, S. 250–262

Er bleibt sogar – wie die Literaturgeschichte lehrt – kaum einer Generation erspart: Ob Kleist einem Goethe nicht geheuer war oder Friedrich Schlegel einem Schiller, ob *Lucinde* als unsittlich oder Hauptmanns *Weber* als „Rinnsteinkunst" verstanden wurden, jede bereits etablierte Literaturrichtung verdächtigt die neue zu Recht oder Unrecht eines leichtfertigen Spiels mit dem Abgründigen, Häßlichen oder sozial Schädlichen als bloß „Interessantem". Ja, sogar Autoren, die den jeweiligen Sittenrichtern ihrer Zeit selbst schon als einschlägig galten, belegen durch ihre Kollegenschelte, daß sie nicht jede Tabuverletzung billigen und es eigentlich so etwas wie (Geschmacks-)Grenzen geben sollte. Man lese in diesem Zusammenhang (beispielsweise in Drews' Sammlung von Kollegenschelten) nach, was etwa Leo Tolstoi über Baudelaire schrieb, Marcel Proust über Léautaud,

Jörg Drews: *Dichter beschimpfen Dichter. Die ultimative Sammlung aller Kollegenschelten*, Leipzig 1994

Gottfried Benn über Louis-Ferdinand Céline, Martin Walser über Djuna Barnes, oder gar Mary McCarthy, die mit ihrer *Clique* ja eine Zeitlang gleichfalls ihren Skandalwert auskostete, über William Burroughs.

Nun pflegen derartige Hinweise durch die Gegenfrage gekontert zu werden: Wo leben wir denn, wenn wir alles ignorieren, was unseren geistigen und moralischen Etikettevorstellungen widerspricht? Ist denn die Welt nicht viel chaotischer, als in drei wohlgeformte, inhaltlich wohltemperierte Akte paßt? Gibt es nicht dieses tägliche Quälen und Foltern, Töten und Ausbeuten, den Wortbruch und die Mitleidlosigkeit? Soll die Darstellung leibhaftig existierender Menschenfresser, Kindesentführer oder -einkerkerer, sadomasochistischer Pathologien oder ökonomischer Heuschreckenmentalitäten unterbleiben, weil das zarte Gemüter verletzen könnte? Stecken wir dann nicht wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand einer ästhetisch geschönten Realität? Zweifelten viele Schriftsteller doch schon spätestens seit dem Erdbeben von Lissabon samt Voltaires sarkastischen Kommentaren verständlicherweise an einer Art prästabilierter Harmonie, und vergleichbare Forderungen an die Kunst gelten zunehmend als weltfremd. Auch die politischen Großverbrechen der folgenden Jahrhunderte scheinen Autoren keinen Raum mehr zu lassen für die Darstellungstrias vom Guten, Schönen und Wahren.

Alles richtig, nur geht es den meisten denn überhaupt um Wirklichkeitswiedergabe oder vor allem um Aufmerksamkeit? Auch gibt es natürlich keine Realität an sich. Alles, was wir wahrnehmen, wird wesentlich durch Auswahl und Perspektive bestimmt, von bewußtem Verzeichnen einmal ganz abgesehen. Analog zu Heisenbergs Unschärferelation ist auch die „realistischste" Diagnose nicht wertfrei oder läßt ihren beschriebenen Gegenstand unbeeinflußt. Vielmehr schafft sie ihrerseits Realitäten. Eine Bank, die man, wie berechtigt auch immer, öffentlich für insolvent erklärt, wird es häufig bald tatsächlich sein. Auch sind Weltbilder nie interesselos, Meinungen nicht zuletzt Machtansprüche. Darum lohnt sich ja auch heftiger Streit um sie.

Doch just diese Kontroverse ist mit Mitteln und Folgen geführt worden, die ihr etwas unheilvoll Modellhaftes verleiht. Vor allem in bezug auf bestimmte Denunziationsmechanismen finden sich auffallende Parallelen zum 1986 ausgebrochenen Historikerstreit, der wiederum als Handlungs- und Einschüchterungsmuster bis heute zahlreiche politische Korrektheitsdispute vorprägt. Wie im Fall Nolte blieb auch in der Zürcher „Literatur"-Debatte am Schluß ein Ordinarius auf der Strecke, dessen persönliches Ansehen und Ruf als Forscher zuvor internationale Geltung besaßen. Die Ära Staiger war danach schlagartig beendet, seine werkimmanente Interpretationsmethode wissenschaftspolitisch beerdigt wie seine Haltung zum dichterischen Text oder zur anschaulichen Formulierung, die auch dem gebildeten Laien zugänglich war. Ab jetzt herrschten unter dem Signum alleiniger „Wissenschaftlichkeit" bis zu ihrer Ablösung durch neuere Moden Literatursoziologie (mit gelinden marxistischen Zusätzen), Rezeptionsästhetik, Psychoanalyse, (antihistoristische) Ideologiekritik und – um es etwas zu überspitzen – jener unsinnliche Geheimjargon, der die durchschnittliche Germanistenstudie zur Quelle sprachästhetischen Mißvergnügens hat werden lassen. Soviel zur hochschulstrategischen Dimension.

Auch im Staiger-Disput wurde weniger argumentiert als moralisiert, unter Nutzung der NS-Keule als schärfster Waffe zur Ausgrenzung eines Gegners. Auch hier fand der Attackierte seitens seiner Fachkollegen wenig Unterstützung. Allein seine spezifische Einbettung im konservativen Milieu der Schweiz bewahrte ihn vor den Folgen noch weitergehender rufschädigender Unterstellungen, wie sie Nolte und andere erdulden mußten. Auch dort zeigte sich also bereits die disziplinierende Macht der neuen Meinungsträger, die den langen Marsch durch die Redaktionen längst begonnen und auf dem Münchner Germanistenkongreß 1966 bereits zahlreiche eroberte Stellungen öffentlichkeitswirksam bezogen hatten.

Auch damals schon ging es um Deutungs- respektive moralische Lufthoheit, um Ausschaltung von Widerspruch durch persönliche Diffamierung. Daß man dabei die Daumenschrauben noch wesentlich schärfer anziehen kann, sollten später Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Botho Strauß, Martin Walser und zahlreiche andere zu spüren bekommen, von den offiziösen Ausgrenzungen ganzer Publikationsorgane nicht zu reden. Man könnte daraus lernen, wenn man denn wollte.

Walter Boehlich: *Es ist verwunderlich und widersinnig, daß einer, dessen Fach die Literatur ist, die Literaten anklagt, ihre Bilder seien „peinlich, unappetitlich, ekelhaft", aber keine Anklage gegen das Peinliche, Unappetitliche, Ekelhafte findet, das diesen Bildern zugrunde liegt. […] Schuld ist ihm nicht, wer Verhältnisse zementiert, in denen der Mensch des Menschen Wolf ist, sondern wer die Menschen Wölfe nennt.*

Friedrich Dürrenmatt: *Ich halte es für eine Pflicht, daß sich ein halbwegs zivilisierter Mensch eine anständige sittliche Gesinnung aneignet, die unzivilisierten Menschen besitzen sie ja ohnehin […]. Ich weiß nur nicht, wie ich mit meiner anständigen sittlichen Gesinnung schreiben soll. Nicht, daß sie mich stören würde, sie steht auch nicht vorwurfsvoll neben meinem Schreibtisch, nein, sobald ich schreibe, entfernt sich meine sittliche Gesinnung taktvoll und spielt keine Rolle mehr.*

Armin Mohler: *Wer die Rede ganz liest, merkt bald, daß die eigentlichen Ketzereien ganz anderswo stecken. Beispielsweise muß es einen eingeschüchterten deutschen Staatsanwalt von heute sprachlos machen, wenn er des Schweizers Warnung vor dem „Respekt vor der Kunst" hört: „Die Literatur, wie jede Kunst, verdient nicht als solche schon unseren Respekt. Sie hat vor allem übrigen, worin der Mensch sich manifestiert, nicht die geringsten Rechte voraus. Sie kann wahrhaftig oder verlogen, edel oder verworfen, sittlich oder tief unsittlich sein." […] Er hat die heutigen Pseudoavantgardisten an ihrem empfindlichsten Punkt getroffen, weil er ihnen die so begehrte Empörerattitüde nicht abnimmt. […] Der ungenierte Zürcher Professor stempelt also unsere grimmigsten Entlarver zu Hofpoeten des Wirtschaftswunders, ein wahrhaft grausames Schicksal … Nun, es war ein anderer Schweizer, Peter Dürrenmatt (der Onkel des Dramatikers Friedrich D.), der die berühmte Formel vom „Konformismus der Negation" geprägt hat.*

Strauß und die Konservativen – Überlegungen aus Anlaß seines 20. Todestages

von Torsten Uhrhammer

Es ist nicht vielen Intellektuellen die Geduld und die Fähigkeit zur Nutzbarmachung des sie abstoßenden Parteiinnenlebens zum Zwecke der Realpolitik gegeben. Schon das Wort Realpolitik ist rechten wie linken Theoriearbeitern oft ein Graus. Denn Realpolitik verwässert die reine Lehre und hat sich an anderen Parametern als den theoretischen zu orientieren. Aber es ist auch die Macht, die manchen erschreckt oder argwöhnisch werden läßt.

Ganz anders der Fall des Franz Josef Strauß: In ihm lebte der Wille zur Macht und zu einer rechten Realpolitik. Sein Verhältnis zur äußersten Rechten und jener zu ihm war dabei naturgemäß ambivalent. Konnte er mit Aussprüchen wie: „Ich bin ein Deutschnationaler und verlange bedingungslosen Gehorsam" bei Rechtsbürgerlichen der 1970er Jahre punkten, so fühlte sich die extreme Rechte von: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind – mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein" getroffen. Worum es ihm dabei eigentlich ging, liest man in seinen *Erinnerungen*: „Wer meint, Nation und nationales Denken hintanstellen zu müssen, könnte sich in seiner politischen Rechenfähigkeit als sehr kurzsichtig erweisen. Wenn es einer seriösen Rechtspartei, einer progressiven nationalkonservativen Partei gelingt, auf Dauer über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen, wäre die Kombination aus CDU, CSU und FDP nicht mehr mehrheitsfähig. ... Es geht nicht um rechtsradikale Narren, wie etwa um die Deutsche Volksunion des Gerhard Frey. Aber wenn sich eine Rechtspartei bildet mit einem populistischen Programm und einer charismatischen Führung ... Der Gedanke einer großen Koalition weckt mehr Unbehagen als Zuversicht. Wo also bleibt die Bewegungsfähigkeit der Union?" Strauß sorgte sich um Bayern und Deutschland und daher um die strukturelle Mehrheitsfähigkeit des nicht-linken Lagers. Besser als seine verzagten Widersacher in der CDU verstand es Strauß die CSU zu einer allumfassenden Kraft der Mitte und der Rechten zu formen, indem er aus „liberalitas bavariae", christlich-sozialer und staatsinterventionistischer Marktwirtschaft, bayerischem Heimatgefühl und nationalkonservativem Denken eine antisozialistische Volkspartei machte.

Alle Strömungen fanden sich wieder in Programmatik und Personal: auch und gerade die Konservativen. Der Konservativismus hatte in den Nachkriegsjahren eine technokratische und pragmatische Richtung eingeschlagen und war eng mit der Westbindung und dem Wirtschaftswunder verknüpft. Nationalkonservativismus im Sinne militärischer Stärke und Selbstbestimmung der Deutschen war vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation und der deutschen Teilung nur in Kombination mit dem Freiheitspathos des Antikommunismus der westlichen Siegermächte denkbar. Das erklärte auch die positive Haltung des konservativen *mainstream* gegenüber Bundeswehr und Einbindung in die Nato, für die Strauß als Verteidigungsminister maßgebliche Verantwortung getragen hatte.

Aber damit war es nach der *Spiegel*-Affäre vorbei, und in den sechziger Jahren suchte Strauß sich auf dem Feld der Außenpolitik neu zu profilieren. Während der Diskussion um den Atomwaffensperr-

vertrag – Adenauer hatte von einem drohenden „Super-Versailles“ gesprochen – setzte er sich dezidiert für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr sein. Daß diese Art von „Gaullismus“ von Armin Mohler publizistisch verteidigt wurde, kann nicht verwundern, und unter dem Eindruck von Neuer Linker und Studentenbewegung suchte Strauß sowieso nach Möglichkeiten, publizistisch aufzurüsten. Sein neuer Mann für das CSU-Parteiblatt *Bayernkurier* wurde Marcel Hepp. Dieser hatte mit seinem Bruder, dem späteren Soziologieprofessor Robert Hepp, während seines Studiums in Tübingen zur „Katholischen Front“ gehört, die noch im Jahr ihrer Gründung 1959 auf Druck des Bischofs von Rottenburg in „Konservative Front“ umbenannt werden mußte. Im Herbst 1965 ging Marcel Hepp auf Vermittlung Mohlers als „Persönlicher Referent“ zu FJS, erhielt ein eigenes „Büro des Landesvorsitzenden“, um Strauß' Bonner und Münchener Interessen zu koordinieren. 1967 wurde Hepp „Geschäftsführender Herausgeber“ eines *Bayernkuriers*, gegen den die heutige *Junge Freiheit* zahm und der heutige *Bayernkurier* zahnlos wirkt. Auch sein Nachfolger als Chefredakteur, Wilfried Scharnagl, hatte dem Blatt noch intellektuelle Impulse gegeben. Sein neues Buch (Wilfried Scharnagl: *Mein Strauß. Staatsmann und Freund,* München: Ars Una 2008. 303 S., 29.80 €) reicht hingegen nicht an seinen großen Wurf heran, den er mit der Abfassung von Straußens *Erinnerungen* landen konnte. Der frühe Tod Hepps 1970 beendete auch Mohlers Episode parteipolitischer Zuarbeit, die erst mit den Republikanern Franz Schönhubers wieder auflebte. Schönhubers Mitgliedschaft im „Franzens-Club“ um FJS erinnert dessen Sohn Franz Georg Strauß vor allem negativ. (Franz Georg Strauß: *Mein Vater. Erinnerungen.* München: Herbig 2008. 304 S., 19.95 €) Schönhuber hätte bewußt Unwahrheiten gestreut, um sich interessant zu machen. In den ansonsten nur mäßig interessanten Erinnerungen an seinen Vater ist denn auch Schönhuber einer der wenigen, den er schlecht aussehen läßt.



Als die Frage der Lufthoheit noch geklärt war. Plakatraster der CSU zur Bundestagswahl 1986

Nach der für die Union knapp verlorenen Bundestagswahl von 1969 (46,1 Prozent), die den Seitenwechsel des Koalitionspartners FDP und 4,3 Prozent für die – damals anders als heute – bürgerlich-nationalistische NPD mit sich brachte, sah Strauß die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der CDU/CSU gefährdet. Das Problem erkannten auch andere, die Publizisten und Professoren etwa, die an einem intellektuellen *roll back*, der sogenannten „Tendenzwende“ arbeiteten, und die Kreise, die Pläne zur Gründung einer „Vierten Partei“ neben Union, SPD und FDP schmiedeten. Erste Versuche ergaben sich aus der Ablehnung der sozial-liberalen Ostpolitik durch den verbliebenen nationalliberalen Flügel der FDP. Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Siegfried Zoglmann gründete 1970 mit dem bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Dietrich Bahner und anderen Mitgliedern des Hohensyburger Kreises die „Nationalliberale Aktion“ (NLA), die 1971 in die „Deutsche Union“ (DU) überführt wurde. Als das Scheitern der DU als eigenständige Partei absehbar wurde, wechselte er im November 1974 zur CSU.

Aber natürlich konnte Strauß nicht jeden Nationalliberalen und Rechtskonservativen direkt in die CSU integrieren und so manches Defizit der CDU beheben. Auch war nicht jeder konservative Wähler außerhalb Bayerns bereit, die CDU zu wählen, nur weil es die CSU gab. Nachdem die Union auch die Bundestagswahlen 1976, wenn auch mit 48,6 Prozent äußerst knapp, verloren hatte, trieb Strauß die legendären Beschlüsse von Wildbad Kreuth voran. Er kündigte der CDU die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag und setzte auf das Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. Die CSU sollte bundesweit antreten, um so das ganze bürgerliche Lager anzusprechen. Die CDU für die Mitte, die CSU für die Rechte. Die Antwort des gerade gescheiterten Kanzlerkandidaten Helmut Kohl war eindeutig: dann trete die CDU auch in Bayern an. Kohls Option war nicht die absolute Mehrheit der Union – schon gar nicht unter Zuhilfenahme einer bundesweiten CSU, sondern die Koalition mit der FDP. Für die CSU mußte diese Kriegserklärung der CDU den Rückzug bedeuten, denn die CSU lebte in Bayern von ihrem Nimbus als bayerische Staats- und Volkspartei. Sie war es nicht, die Probleme damit hatte, alleine die absolute Mehrheit zu holen. Eine zusätzliche bayerische CDU hätte diese Option gestört, vielleicht zerstört. Hinzu kam das nicht von der Hand zu weisende Argument, daß eben jener Charakter als „der“ bayerischen Volkspartei hätte Schaden nehmen können, bei Verengung auf ein rein konservatives Programm und Personal in den anderen Bundesländern. Eine Wiederholung erlebte dieses Konzept in Gestalt der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU), die sich im Zuge der Wiedervereinigung in Mitteldeutschland gegründet hatte. Auch hier war Schluß, als sich die DSU auf das ganze Bundesgebiet ausdehnen wollte.

Die Wiedervereinigung hat Strauß nicht mehr erlebt, er war am 3. Oktober 1988 verstorben. Seine Politik war in der letzten Phase seiner Tätigkeit bei weitem nicht mehr von jener Sicherheit bestimmt, die sie lange gekennzeichnet hatte. Trotzdem ist unbestreitbar, daß er für viele konservative und rechte Intellektuelle seiner Zeit Auftraggeber, Gesprächspartner, Rezipient war; sie hatten in Strauß einen Bezugspunkt in der Realpolitik. 20 Jahre ist es her.

Wer war der Kaiser?

von Erik Lehnert

Wie fühlt sich das an, wenn man sein Leben dem Nachweis der Bösartigkeit des letzten deutschen Kaisers gewidmet hat, in 20 Jahren eine dreibändige (mehr als 4000 Seiten umfassende) Biographie veröffentlicht und dennoch seine These nicht überzeugend belegen kann? Der dritte und letzte Band der Wilhelm-Biographie von John C. G. Röhl (*Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941*, München: C.H. Beck 2008. 1611 S., 49.90 €) steht daher wie ein trauriges Monument einer letztlich erfolglos gebliebenen Verbrecherjagd da. Kein Historiker dürfte den Kaiser genauer kennen (Wer hat schon alle Brief vom, an und über den Kaiser gelesen?), und dennoch sticht sein Trumpf des Wissens nicht, weil Röhl offenbar fleißiger Sammler und geduldiger Schreiber ist, doch nur über eine schwach ausgebildete historische Vorstellungsgabe verfügt. Röhls These war, daß Wilhelm so etwas wie der „Vorbote Hitlers", die „Nemesis der Weltgeschichte" gewesen ist. Im letzten Band, in dem sich ja die härtesten Fakten für diese These finden müßten, werden die Aussagen undeutlich, insbesondere dann, wenn es um die Vorläuferschaft zu Hitler geht. Am Ende ist Röhl klammheimlich selbst von seiner These abgerückt – allerdings ohne sie zu widerrufen. Und weil diese These alles so schön erklärt, wird sie auch weiterhin die populärwissenschaftlichen Darstellungen in den Medien bestimmen.

Anläßlich des 150. Geburtstages Wilhelm II. (27. Januar 2009) und 90 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ist es Zeit, mit solchen Dingen aufzuräumen. Das hat ein junger britischer Kollege, Christopher Clark, übernommen, dessen Wilhelm-Biographie (*Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*, München: DVA 2008. 414 S., 24.95 €) nun endlich auf deutsch erschienen ist. Die Erwartungen an Clark waren groß, gerade nach dessen fulminantem Preußen-Buch aus dem letzten Jahr. Der Autor kann sie (gerade vor dem Hintergrund des Röhl-Wälzers) erfüllen. Natürlich muß er sich oft auf Röhl beziehen, dessen Sammelwut bezüglich der Quellen unbestritten ist, aber er tut dies jeweils kaum ohne höfliche, aber treffende Kritik. Etwa zur Frage, ob Wilhelm „psychisch gestört" war und wenn ja, warum. Im Gegensatz zur allgemeinen Überzeugung von der herzlosen Mutter und deren Versuchen, den gelähmten Arm zu kompensieren (was ja auch gelang), sah Röhl die Ursache bereits in den Umständen der Geburt. Clark schreibt: „In dem wohl ausführlichsten Exkurs in das Feld der Geburtshilfe, der je in einem historischen Buch abgedruckt wurde, hat Röhl detailliert die Umstände der Entbindung rekonstruiert und plädiert für die Auffassung, daß Wilhelm während der Geburt für kurze Zeit keinen Sauerstoff bekam und infolgedessen mit einem ‚leichtgradigen Hirnschaden' zur Welt kam." Dies, so Clark weiter, stütze sich auf „diagnostische Vermutungen, die – wie Professor Röhl wohl selbst einräumen würde – in ihrem Ursprung umstritten sind". Erledigt.

Daß Röhl eine Vorliebe für die „Schlüssellochperspektive" hat, wird auch im abschließenden Band deutlich. Aber der Kern, das weiß auch



Der Gute und der Böse: Wilhelm II. und Hindenburg, 1915

Röhl, ist die Kriegsschuldfrage. Röhl behauptet felsenfest: „Heute steht die Hauptverantwortung der deutschen und österreichischen Regierungen für die Herbeiführung des großen Krieges im Juli 1914 nicht mehr in Frage." Ist das so? Röhl scheint in einem eigenen Kosmos zu leben, denn das Gegenteil ist der Fall. Die im Zuge von '68 hochgejubelte These Fritz Fischers steht wackliger da denn je. Erinnert sei nur an das Buch *Der falsche Krieg* von Niall Ferguson (dt. 2001), der England als die kriegstreibende Macht herausstellt, und eben die Wilhelm-Biographie von Clark (engl. 2000). Ersteres ist Röhl keine Erwähnung wert, aus letzterem wird zitiert, wenn es um die Frage geht, ob Kanzler Bülow den Kaiser langfristig beherrschen konnte. Clark hingegen hält die Augen offen: „In der Literatur über diese Periode – und im allgemeinen, heutigen Bewußtsein – ist die verblüffende Tendenz zu beobachten, die Angelegenheit aus englischer Sicht zu betrachten, implizit die Vorstellung zu akzeptieren, daß die britische, koloniale Ausdehnung und die britischen Auffassungen vom Recht der Briten eine ‚natürliche Ordnung' bildeten, in deren Licht die deutschen Proteste [hier ist die Krüger-Depesche gemeint] offensichtlich mutwillige Provokationen waren." Dieser nüchterne Blick auf die Dinge kann dann auch erkennen, daß Wilhelm II. am Ausbruch des Ersten Weltkriegs unschuldig ist, er ihn bis zum Schluß nicht gewollt hat.

Für die eigentlich selbstverständliche Feststellung Clarks, daß „erst der Kontext ... einem Sprechakt eine bestimmte Bedeutung" verleihe und die „zugehörige Motivation" begreiflich mache, finden sich in dem Buch von Eberhard Straub (*Kaiser Wilhelm II. in der Politik seiner Zeit. Die Erfindung des Reiches aus dem Geiste der Moderne*, Berlin: Landt 2008. 378 S., 34.90 €) schöne Beispiele. Wenn Wilhelm 1892 in das Goldene Buch der Stadt München schreibt: Der Wille des Königs sei das höchste Gesetz, meinte er nicht sich selbst, wie gern geglaubt wird, sondern er spielt auf die Situation in Bayern an, wo nach der Entmündigung Ludwig II. die Monarchie akut gefährdet war. Ingesamt handelt es sich bei Straubs Buch um einen polemischen Essay, der nicht die Spur eines Schattens auf die Persönlichkeit des Kaisers fallen läßt. Offenbar möchte der Autor mit einem möglichst brachialen Angriff in den antiwilhelminischen Konsens einbrechen, in der Hoffnung, am Ende der Auseinandersetzung eine Korrektur herbeigeführt zu haben. Straub sieht in den 25 Jahren vom Regierungsantritt Wilhelms bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs 1913 die großartigste Epoche, die Deutschland in seiner jüngeren Geschichte erlebt hat. In Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, auch in der Kunst gab es einen nie gekannten Aufschwung. Hinzu kommt, daß diese Ära sicher die Zeit der größten persönlichen Freiheit war, die es je gegeben hat. Das haben vor Straub schon andere festgestellt, etwa Golo Mann und Karl Jaspers, aber es ist in Vergessenheit geraten. Straub stellt den großen Anteil heraus, den Wilhelm II. an dieser Blüte hatte.

In Straubs Eloge wird noch etwas deutlich: Es handelte sich beim „Wilhelminismus" um ein eminent modernes Phänomen. Der Kaiser war kein Autokrat, aber eben auch kein „Frühstückspräsident". Er war so etwas wie eine überparteiliche Instanz, die – als preußischer König von Gott als Kaiser wohl lediglich historisch legitimiert – den gesellschaftlichen Ausgleich herbeiführen wollte und oft auch konnte. Das System hatte die Vorzüge, die man heute an Präsidialdemokratien oder konstitutionellen Monarchien beobachten kann: Es hatte ein Zentrum, an dem der Parteienstreit ruhte (selbst die Sozialdemokraten machten da selten eine Ausnahme). Deutschland war ein junger Nationalstaat mit einem „Demokraten auf dem Thron" (Straub): Ohne den Reichstag konnte er nichts, gegen das Volk wollte er nichts unternehmen. Was seine Minister und Berater betrifft, war das Verhältnis von Fall zu Fall sehr verschieden. Der Kaiser hatte sicher so etwas wie eine „Richtlinienkompetenz", doch die Richtlinie stand nicht fest und war von den Leuten abhängig, die „Zugang zum Machthaber" (Carl Schmitt) hatten – aber das war in England nicht anders. Deshalb ist eine These von Straub problematisch: Seiner Meinung nach haben die Bismarck- und später die Hindenburgdeutschen den Kaiser systematisch demontiert. Mit Blick auf die Alliierten, die den Krieg ja gewonnen haben, wird man dagegen zu der Einsicht gelangen müssen, daß der Kaiser zu „gut", zu „deutsch", zu „ehrlich" war, um diese Auseinandersetzungen gewinnen zu können. Das spricht vielleicht für den Menschen Wilhelm, sicher aber gegen den Kaiser.

Zur Moral des Bombenkrieges

von Stefan Scheil

„Denn es gilt Irrtümer, nicht Menschen auszurotten". Mit diesem bedenkenswerten Satz des deutschen Humanisten Konrad Heresbach eröffnet Björn Schumacher seine Abhandlung über *die Zerstörung deutscher Städte durch alliierte Luftstreitkräfte" (Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg. „Moral Bombing" im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur*, Graz: Ares 2008. 320 S., 19.90 €). Die Frage haben schon andere gestellt: inwieweit in den strategischen Bombardements eine Ausrottungsmentalität zum Ausdruck kam, die jenseits von militärisch-psychologischen Angriffsrechtfertigungen in Wahrheit auf die vollständige physische Vernichtung unerwünschter Personengruppen zielte. Den Planungen für einen Atomkrieg, für ein strategisches Bombardement konventioneller Art und für den Holocaust liege eine gemeinsame Völkermordmentalität zugrunde, meint etwa der amerikanische Genozidhistoriker Eric Markusen.

Anschauliche Belege zur Stützung dieser These lassen sich geben. Winston Churchill beispielsweise äußerte im Februar 1945 die Idee, Bomberflottenchef Harris könnte doch freigewordene Flugzeuge nach Indien schicken, um die dortige Bevölkerung auszulöschen. Ihren besonderen Bezug erhält diese auf den ersten Blick vielleicht nur leichtfertig hingeworfene Bemerkung, wenn man berücksichtigt, daß seit 1943 in Indien bereits drei Millionen Menschen den Hungertod gestorben waren. Churchill selbst hatte mit einer enormen Kürzung der Nahrungsmittellieferungen auf den Subkontinent seinen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet und das Parlament später über die Situation vorsätzlich falsch informiert. So starben sie seitdem in Massen, die nach Unabhängigkeit strebenden Inder, die Churchill ein paar Tage nach dem Luftangriff auf Dresden für „widerlich" und längst zum Aussterben an der Reihe erklärte.

Auch Dresden ist ein Thema für Björn Schumacher. Selbst von Haus aus Jurist, will er es im juristischen Sinn genau wissen und weist die Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog zurück, rechtliche Bewertungen des Bombenkrieges würden nichts bringen. Er gibt zudem einen erschreckenden Überblick darüber, wie sich deutsche Städte bemühen, die eigene Vernichtung im Rahmen der Erinnerungskultur indirekt zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Schließlich diskutiert er auch die Opferzahlen der Bombardierung Dresdens.

Schumacher folgt den Angaben des Studienrates Hanns Voigt, der im Frühjahr 1945 als Leiter der „Abteilung Tote" der Vermißtennachweiszentrale amtierte und nach eigenen Angaben bis Kriegsende etwa neunzigtausend Karteikarten zu Einzelpersonen anlegte. Etwa fünfzigtausend weitere Opfer seien nicht mehr erfaßt worden. Die schriftliche Bestätigung dieser Angaben ist nicht möglich, doch sind Voigts Angaben in sich schlüssig und von niemandem widerlegt, wie Schumacher feststellt. Die zuletzt von der entsprechenden Historikerkommission auf dem Dresdner Historikertag genannte Zahl von achtzehntausend Toten scheint vor diesem Hintergrund möglicherweise erheblich zu niedrig zu sein.



Bombenkrieg als Mordsspaß; Illustration aus einem britischen Kriegscomic, siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts

Wer nach der rechtlichen Bewertung fragt, spricht von möglichen Verbrechen. Schumacher überschreibt ein Kapitel mit der eindeutigen und provokanten Frage: „War Churchill ein Kriegsverbrecher?“ Er stellt den Kriegspremier vor ein fiktives Tribunal, um diese Frage zu beantworten. Seiner Ansicht nach hätte ein solches Tribunal vor allem zu entscheiden, ob die Alliierten vor einem völkerrechtlich anerkennbaren Notstand standen, als sie mit der Flächenbombardierung begannen und sie auch fortsetzten, als der Krieg militärisch entschieden war. Diese Frage läßt sich vernünftigerweise nur verneinen – so kommt Schumacher zum Ergebnis, Churchill wäre wegen „Staatsterrorismus jenseits konkreter Kriegsziele“ zu verurteilen.

Schumacher fordert ein weiteres Mahnmal in Deutschland, in diesem Fall ein zentrales Mahnmal für zivile Opfer westalliierter Flächenangriffe. Dies ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Diskussion. Vielleicht ist das auch gut so. Für eine würdige Bewertung des Bombenkrieges fehlen in Deutschland derzeit intellektuelle Kapazitäten und die moralische Integrität. Insofern geriete ein Mahnmal womöglich zur Peinlichkeit.

Lothar Fritze widmet sich auf den ersten Blick dem gleichen Thema wie Björn Schumacher, geht dies aber deutlich anders an. Er fragt nach der „Moral des Bombenterrors“ (*Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg*, München: Olzog 2007. 247 S., 29.90 €) und stellt umfassende Fragen nach der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gesamtsituation, in welcher der Zweite Weltkrieg stattfand. Zudem geht Fritze – Lehrbeauftragter an der TU Chemnitz – zeitlich wie thematisch deutlich über diesen Krieg hinaus. Er stellt ein Argumentationsschema in Frage, das sich sinngemäß so umschreiben läßt: Hätte es in den 1930ern kein Appeasement, sondern einen Präventivkrieg gegeben, wäre eine große Katastrophe vermieden worden. Diese Einschätzung genießt heute den Rang einer allgemein anerkannten Wahrheit und wurde im Jahr 2003 zur Begründung etwa des Irakkriegs öffentlich – und bekanntlich fragwürdigerweise – bemüht.

Fritze stellt zu Beginn seines moralphilosophisch angelegten Essays richtig fest, das Thema halte Fallstricke bereit. Er versucht denen er aber dadurch zu entgehen, daß er ausdrücklich die „unbestrittene“ politische und moralische Hauptverantwortung Deutschlands für die „europäische Komponente des Ereignisses Zweiter Weltkrieg“ anerkennt. So rückversichert, geht er dann aber auf überraschend erfrischende Weise an die heiklen Themen, wie „legitime Kriegsziele“, „Warum eine Allianz mit Stalin?“, „ungültige Rechtfertigungsgründe“ und andere mehr. Er legt dabei die geltenden Maßstäbe der Vereinten Nationen an und nennt als legitimen Kriegsgrund nur die Selbstverteidigung und die Hilfe für angegriffene Dritte. Auch dabei dürfe der Einsatz kriegerischer Mittel bloß die Wiederherstellung des Rechts zum Ziel haben, sei also nach Art und Umfang begrenzt. Der Vernichtungskrieg zur Ausschaltung eines potentiellen Gegners oder wirtschaftlichen Konkurrenten ist demnach keinesfalls gerechtfertigt.

An dieser Stelle offenbart ein Blick in Stichwortregister und Literaturverzeichnis das Fehlen des Namens Carl Schmitt. Das überrascht, muß aber insofern kein Schaden sein, als Schmitts vielfach zutreffende und teilweise zynische Analyse der Politik des westlichen Imperialismus es gelegentlich nicht vermeiden konnte, von Sein auf Sollen zu schließen. Genau dort hört die Moral bekanntlich auf, und es ist durchaus erfrischend zu lesen, wie Fritze einen Moralessay zur Zeitgeschichte verfaßt hat, der letztlich die einseitigen Schuldzuweisungen in bezug auf den Zweiten Weltkrieg in ihrer Gesamtheit untergräbt. Dem Autor ist dabei bewußt, daß sein Versuch, Machtpolitik unter moralischem Gesichtspunkt zu beleuchten, „manchem ‚Realisten‘ als abwegig erscheinen“ muß. Den Vorwurf der Relativierung von Verbrechen nimmt er offen an und bezeichnet ihn als Mißverständnis. Wenn sowohl Täter als auch Opfer Schuld auf sich geladen hätten, relativiere sich der Unterschied zwischen Täter und Opfer, stellt er fest: „Und dies sollte man auch nicht vermeiden wollen!“ Die Schuld des Täters wird dadurch seiner Ansicht nach nicht geringer. Ob mit diesen feinen Maßstäben die heute verbreiteten Irrtümer über ein genozidales Jahrhundert wie das zwanzigste korrigiert werden können, bleibt fraglich.

Appell von Blois

von Christian Vollradt

Französische Historiker haben jüngst auf einer Tagung in Blois, zu welcher der ehemalige Kultur- und Unterrichtsminister (und heutige Bürgermeister) Jack Lang geladen hatte, einen Appell unterzeichnet, mit dem sie sich gegen die drohende Einschränkung ihrer Forschungsarbeit und -freiheit durch sogenannte „Erinnerungsgesetze" wehren. Aufgeschreckt wurden die unter dem Motto „Liberté pour l'Histoire" Versammelten durch den vom europäischen Rat für Justiz und Innenpolitik eingebrachten Rahmenbeschluß „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen", der vorsieht, die „öffentliche Billigung, Leugnung oder Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" in allen EU-Mitgliedsstaaten mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren ahnden zu lassen. In dem von der Zeitung *Le Monde* veröffentlichten „Appell von Blois" heißt es dazu: „In einem freien Staat ist es nicht die Aufgabe irgendeiner politischen Autorität zu definieren, was die historische Wahrheit sei, geschweige denn darf sie die Freiheit des Historikers mittels der Androhung von Strafsanktionen einschränken. ... Die politisch Verantwortlichen bitten wir zu begreifen, daß es zwar zu ihren Aufgaben gehört, das kollektive Gedächtnis zu pflegen, daß sie aber keinesfalls per Gesetz Staatswahrheiten institutionalisieren sollen, die schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeit des Historikers und für die intellektuelle Freiheit insgesamt haben können". Bei aller Berechtigung eines Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus drohten mit dem Rahmenbeschluß eine „rückschauende Moralisierung von Geschichte und intellektuelle Zensur".

Die Gruppe um den Historiker Pierre Nora befürchtet offensichtlich, daß das französische Beispiel Schule für ganz Europa mache: Paris stellte nämlich nicht nur 1990 die Leugnung der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten unter Strafe, sondern weitete den Tatbestand auf andere Verbrechen – etwa gegen die Armenier – aus; 2001 erließ man zudem ein Gesetz, laut welchem die Französische Republik Sklaverei als Verbrechen wider die Menschheit begreife, weshalb ihr eine „entsprechende Darstellung" in Unterricht und Forschung eingeräumt werden müsse.

Solches nannte nun der britische Historiker Timothy Garton Ash – einer der Mitunterzeichner des Appells – in einem Kommentar für den *Guardian* „Nonsens", der „umso gefährlicher" sei, „wenn er in der Maske der Rechtschaffenheit daherkommt".

Von einem großen medialen Echo auf den „Appell von Blois" kann hierzulande keine Rede sein; dort aber, wo er aufgegriffen und kommentiert wurde, herrschte Zustimmung: „Es ist gut, daß der Widerstand gegen ein staatlich verordnetes, mit Hilfe des Strafgesetzbuches festgezurrtes Geschichtsbild sich endlich so deutlich meldet", schreibt beispielsweise Arno Widmann in der *Frankfurter Rundschau*. Er verweist dabei auf den 1994 eingefügten Zusatz zum Volksverhetzungs-



Wie einst im Mai; französisches Plakat gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, 1973

paragraphen, mit dem die sogenannte „Auschwitz-Lüge" strafrechtlich sanktioniert wurde. Der historischen Wahrheitsfindung werde damit ein Bärendienst erwiesen, denn, so Widmann: „Eine Tatsache ist darum eine Tatsache, weil die Versuche sie zu leugnen an den Tatsachen scheitern und nicht an der Möglichkeit fünf Jahre für die Leugnung ins Gefängnis zu müssen".

Cora Stephan vermißt gar in Deutschland etwas Vergleichbares: „Wo ist die große Geste, mit der etwa zahlreiche französische Historiker und Intellektuelle ein Manifest für Meinungsfreiheit unterzeichnet haben, den Appel de Blois?" fragt sie und beklagt in diesem Zusammenhang die „intellektuelle Windstille", die hier herrsche, weil es „gefährlich sein kann, jenseits der breiten Pfade des juste milieu zu argumentieren". Den Kern des Appells macht sich Stephan in ihrem *Spiegel*-Essay zu eigen: „Du sollst keine historischen Tabus aufstellen, als ob dir die Argumente ausgegangen wären."

Für diese Einschätzung spricht, daß wenig deutsche Historiker-Prominenz den Aufruf von „Liberté pour l'Histoire" unterzeichnet hat. Ausnahmen sind die Kulturwissenschaftler und Erinnerungsforscher Jan und Aleida Assmann sowie der Berliner Historiker Heinrich August Winkler; andere namhafte Zeitgeschichtler sucht man vergebens.

Auffällig ist in der deutschen Berichterstattung oder Kommentierung auch das Fehlen jeglichen Verweises auf Ernst Noltes „Warnung vor einem Gesetz für das Außergesetzliche", die er bereits in einem Beitrag für die *FAZ* im August 1994 aussprach – und darin letztlich alle Argumente des aktuellen Appells vorwegnahm. Nolte mißbilligte die Einfügung eines Verbots der sogenannten „Auschwitz-Lüge" in den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches. Denn er befürchtete, diese Verschärfung richte sich nicht allein auf jene „kleine Zahl von Unbelehrbaren" im „lunatic fringe", welche die „Faktizität der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Abrede stellen", sondern beträfe auch Forscher, die nicht leugneten, wohl aber fragten. Dies zu verbieten, wäre „schlechterdings wissenschaftsfeindlich". Denn „daß es im Hinblick auf die faktische Durchführung der ‚Endlösung der Judenfrage' Unklarheiten und Unsicherheiten ... gebe und daß wissenschaftliche Forschung auch in diesem Bereich unerläßlich sei", könne mit Sachargumenten schwerlich bestritten werden. Das Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge lasse sich zwar „von guten Intentionen leiten", stärke jedoch „in seiner praktischen Auswirkung die vorhandenen antiwissenschaftlichen Tendenzen" und bedeute „bei entsprechender Auslegung eine schwere Gefahr für die geistige Freiheit in Deutschland", so Noltes Resümee zum Versuch, Geschichtspolitik mittels staatlichem Gewaltmonopol zu betreiben.

Daß es noch nicht einmal der Strafandrohung bedarf, um einen Historiker faktisch „mundtot" zu machen, beweist wiederum gerade Noltes eigenes Schicksal, sein Ausschluß vom geschichtswissenschaftlichen Diskurs, seine mediale Verfemung als „Wegbereiter des intellektuellen Rechtsradikalismus".

So hehr also die Anliegen der „Liberté pour l'Histoire" auch sein mögen: Gefahren drohen der Freiheit von historischer Forschung und Lehre nicht allein von europäischen Erinnerungsgesetzen, seien sie auch noch so absurd.

Ausgerechnet der Appell-Unterzeichner Winkler liefert dafür den Beweis, wenn er im Deutschlandfunk kundtut: „Daß man den Holocaust leugnet, empfinden wir mit Recht als einen ungeheuren Skandal. Die Frage ist übrigens, ob der politische Skandal wirklich nur mit der Leugnung des Holocaust verbunden ist oder ob es nicht gefährlicher sein kann, den Holocaust historisch zu relativieren." Angesichts der ungeklärten Definition von „Relativierung" schwingt auch in dieser Aussage eine „rückschauende Moralisierung von Geschichte und intellektuelle Zensur" mit.

Männersachen: Stehpinkler und demoralisierter Patriarchalismus

von Ellen Kositza

Männer heute sind Machos oder Memmen. Jungs leiden in der Schule und bringen sich häufiger um als Mädchen. Früher war das alles besser – oder wenigstens anders. Bei all den zeitgeistig hervorgebrachten Maskulinitäts-Krisen ist ein Faktum unbeachtet geblieben: Männer lesen wie verrückt! Und zwar Sachbücher über sich selbst und Vertreter ihres Geschlechts. Oder werden all die Neuerscheinungen zum Männer-Komplex von Frauen gekauft? Als wir in den Achtzigern weder Ina Deters Schrei „Neue Männer braucht das Land" noch Grönemeyers Besinnungstext „Männer" entgehen konnten, wurden jedenfalls nicht diese Massen zur männerspezifischen Nabel-, Hirn- und Herzschau verschriftlicht. Es muß was dran sein an der Rede vom Neuen Mann oder der Krise desselben. Zeit für Introspektiven! Die Frauensicht via Herman, Roche, Dorn et altera ist gerade durch, jetzt kommen die Männer. Nicht länger um Mannsbilder geht's hier, sondern um „Männlichkeitsbilder". Daß da im wesentlichen keine Leitbilder formuliert (die gelten als fragwürdig und werden dekonstruiert), sondern Leid-Bilder nachgezeichnet werden, ist nur logisch.

Wir sollten mit Walter Hollsteins Buch (*Was vom Manne übrig blieb. Krise und Zukunft des starken Geschlechts,* Berlin: Aufbau 2008. 300 S., 19.95 €) beginnen; es ist eine Fundgrube. Es beinhaltet alles, was man zum Themenkomplex Krisenmann/Männerdiskriminierung wissen kann. Ein paar Jahre zuvor hat das meiste davon bereits in opulenter Fülle Arne Hoffmann in seinem *Sind Frauen die besseren Menschen?* aufgeschrieben – merkwürdig eigentlich, daß gerade dieses verdienstvolle Werk in der dicken Literaturliste des Männerforschers Hollstein fehlt, wie übrigens auch Dieter Schwanitz' vortreffliches Buch *Männer.*

Hollsteins Fundgrube nun ist kein wohlsortiertes Schatzkästchen, sie gleicht einem Sammelsurium ohne klare Ordnungskriterien. Manches ist hier gleich x-fach zu haben – etwa die vielmals wiederholte Aussage, daß Männer früher sterben als Frauen und andere „Fakten", die aber selten den schlagenden Beweis für den Sachbestand „Männerdiskriminierung" liefern. Auch bei anderen Fundstücken – und Hollstein, Soziologieprofessor, muß kistenweise gesammelt haben – verharrt man staunend: Mehr als sechs Millionen Männer in Deutschland seien impotent! (Hat man Kinder und Greise mitgezählt?) Daß in Pflegeheimen die Männerklientel unter zehn Prozent liege, bleibt so fragwürdig wie die Quote der vaterlosen inhaftierten Jungmänner in den USA: Sind es nun 70 Prozent (S. 13) oder 80 Prozent (S.41)? Über eine gesellschaftliche Benachteiligung von Männern sagt dies so wenig aus wie Thesen, wonach nur „ein verschwindend kleiner Teil" der Männer Freunde habe. Daß Jungs von Müttern weniger Zärtlichkeit erhalten, paßt gut zum feministischen Grundwissen, wonach (alles wissenschaftlich verbrieft!) das Gegenteil wahr sei. Und wie umgehen mit Hollsteins (negativ empfundenem) Eindruck, daß Medien und Wer-

bung den Mann nur vital und dynamisch zeichnen? Reüssiert der Mann nicht häufig genug als Dämlack und Volltrottel? Manche Passagen allerdings lesen sich glänzend, gerade dort, wo Hollstein nicht altbekannte Klischees referiert. Der Bezug auf die Studien Susan Faludis ist so ein Beispiel. Die scharfsinnige Feministin hat sich unter anderem mit dem auseinandergesetzt, was sie „ornamentale Kultur“ nennt. Gemeint ist das, was via *Bunte, Vanity Fair*, aber auch auf gewissen Seiten der *FAZ* als „gesellschaftliches Leben“ vorgestellt wird – Glamour, Klatsch und Selbstdarstellung. Traditionelle männliche Werte spielen auf diesem bedeutenden Markt keine Rolle.

Das Grundproblem mit Hollstein ist, daß unklar bleibt, wie seine geschlechtergerechte Vision aussähe. Einerseits beklagt er Schwinden und Verächtlichmachung männlicher Werte (ja: bis hin zum Lob des geschmähten, wiewohl so „lustvollen“ Pinkelns im Stehen!), andererseits sieht er die Männerwelt in einer „geschlechtsspezifischen Zwangsjacke“ stecken. Sein Fazit klagt – und das ist das eigentlich Erbärmliche – „die Politik“ an. Daß es nicht in jeder Stadt Jungenbeauftragte gebe, daß der Internationale Männertag (wann noch mal?) nicht aufgewertet werde und daß nicht mehr „Geschlechterdialoge“ etabliert würden, wo sich „Männer und Frauen wohlwollend und produktiv austauschen können“, gilt ihm als politisches Defizit. Ein Schelm, wem da nettere Plätze als die politische Bühne für den zwiegeschlechtlichen, produktiv-wohlwollenden Austausch einfielen.

Geht man von zwei Seiten pro Minute aus, die an Hollstein-Lektüre bewältigt werden können, so reduziert sich das Lese-Pensum bei seinem Fachkollegen Christoph Kucklick (*Das unmoralische Geschlecht. Zur Geburt der Negativen Andrologie*, Frankfurt: Suhrkamp 2008. 380 S., 13.00 €) beträchtlich. Der Journalist bemüht in seiner Doktorarbeit, die er unter *Gender Studies* eingereiht sehen will, Sprache und Methodik, die zwischen Eloquenz und Verstiegenheit lavieren. Kucklick verstand es schon in seinem Buch *Feuersturm* (2003) zum Bombenkrieg gegen Deutschland, eine heiße Debatte durch Sachlichkeit abzukühlen. Wenn er nun die Hitze des Männerdiskurses runterfahren will, indem er anführt, daß den „Kaskaden des Unbehagens gegen eine ganze Spezies“ (vulgo: den Gemeinplätzen der Männerverachtung) bereits bändeweise *Men‘s Studies* gegenüberständen, verschweigt er, daß eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem popkulturfähigen Radikalfeminismus allein in angelsächsischen Gefilden stattfindet. Wie auch immer – Kucklick warnt davor, die „Strahlkraft akademischer Programme“ (wie sie als *Gender Mainstreaming* oder im Feminismus zutage treten) zu überschätzen. Er widmet sich der „historischen Tiefendimension“ des Männlichkeitszweifels. Demnach sei das Unbehagen an Männlichkeit keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Es sei „seit Anbeginn ins Gewebe der Moderne geritzt“: Schon bei Humboldt, Kant und Hegel sei die „Idee einer vernünftigen Maskulinität, wie sie zumindest als Möglichkeit die abendländische Geschichte durchzogen hat, zersplittert angesichts der Verdichtung der Funktionssysteme.“ Heißt: jene „negative Andrologie“, die schon im Spottlied des Mittelalters ihren Platz hatte, wird mit der Moderne zum allgegenwärtigen Ressentiment. Kucklick nutzt dieselben frühmodernen Quellen wie Feministinnen – nur greift er heraus, was jene verschweigen. Damit revidiert er gründlich die gängige These, wonach Männer im bürgerlichen Zeitalter ein positives Bild von sich selbst ent-



Uralter Männeralptraum; Phylis reitet auf Aristoteles, Holzschnitt 16. Jahrhundert

worfen hätten. Das Gegenteil sei wahr: Die Kritik an männlichen Eigenschaften und Tugenden (heute vor allem eine feministische Fremdzuweisung) im Sinne einer reflexiven Selbstdistanzierung sei von Anfang an konstituierend für die Moderne.

Wem das zu hoch ist, mag sich in die Niederungen der Thematik begeben. Das ist insofern keine Schande, da Kucklicks Elaborat vermutlich nur einen Bruchteil an Lesern erreicht, verglichen mit Oliver Kuhns lebenspraktischem Kompendium (*Alles, was ein Mann wissen muß. Vademecum für alle Lebenslagen*, München: Droemer 2007. 320 S., 24.95 €) Kuhn ist *Playboy*-Redakteur und sollte daher wissen, „was Sache ist“ und wo Nachhilfe vonnöten wäre. Überlebenstechniken, Kurzwissen zu Weltreligionen, Begattungstricks – so wird ein Mann zum Mann. Komisch nur, daß amazon mir anbietet, das Buch auf meine (von mir nie erstellte) „Hochzeitsliste“ zu setzen. Setzt man dort voraus, daß mein angenommener Zukünftiger ein Anfänger ist – oder hält man Siebzehnjährige für ehefähig? Kluge Frauen würden eher Kucklick kaufen.

Jünger & Baeumler

Ulrich Fröschle und Thomas Kuzias: *Alfred Baeumler und Ernst Jünger.* Mit einem Anhang der überlieferten Korrespondenz und weiterem Material, Dresden: Thelem 2008. 276 S., zwölf Tafeln außerhalb des Textes, 29.80 €

Wer die Konservative Revolution nicht als selbständige Größe der Geistes- und Politikgeschichte betrachtet, verweist neben ihrer „Vorläufer"-Funktion für den Nationalsozialismus vor allem darauf, daß sie als eine Art „Durchlauferhitzer" jenen diente, die von ganz links nach ganz rechts gingen. Ohne Zweifel hat die Beschäftigung mit Männern wie Ernst Niekisch oder Arnolt Bronnen ihren Reiz. Zu Unrecht weniger beachtet blieben diejenigen, die ursprünglich aus dem Lager des Liberalismus kamen, sich dann einer konservativ-revolutionären Denkfamilie anschlossen, um zuletzt auf die Seite des Nationalsozialismus überzutreten. Erwähnt seien der Historiker Otto Westphal, der Pädagoge Ernst Krieck und der Philosoph Alfred Baeumler. Deren Liberalismen hatten indes mit der landläufigen Weltanschauung dieses Namens wenig zu tun, viel mit dem Erbe Hegels und dem „historischen Liberalismus" (Westphal), der „freisinnigen" Tradition im Kaiserreich (Krieck) und der Anziehungskraft, die die Idee einer „deutschen Demokratie" nach dem Ersten Weltkrieg vorübergehend auszuüben vermochte (Baeumler). Was den Liberalismus dieser Männer in der temporeichen Entwicklung der zwanziger Jahre zerstörte, war eine spezifische Erwartungsenttäuschung. Obwohl ihnen die Einsicht schwerfiel, mußten sie begreifen, daß das bürgerliche Zeitalter tatsächlich zu Ende war, daß die Sprache des Idealismus ihre Überzeugungskraft verloren hatte und die Massen in einer modernen Gesellschaft nicht mit Methoden integriert werden konnten, die für das 19. Jahrhundert dienlich gewesen sein mochten.

Es wird auf den Zusammenhang so ausführlich hingewiesen, weil er auch zum Hintergrund einer Korrespondenz – der zwischen Ernst Jünger und Alfred Baeumler – gehört, die jetzt veröffentlicht wurde, und für einige der angesprochenen Aspekte wichtige Aufschlüsse vermittelt. Der Briefwechsel setzte im Juni 1928 ein und endete schon im September 1929, erhalten blieben lediglich zweiundzwanzig Schreiben, von denen nur ein kleiner Teil interessantere Informationen enthält. Immerhin kann man dem Gedankenaustausch über Jüngers *Abenteuerliches Herz* entnehmen, worin der tiefere Grund für die rasche Entfremdung zwischen beiden lag. Baeumler hatte Jünger vorgehalten, der habe nur „das letzte gesagt, was vom Boden der Demokratie gegen die Demokratie gesagt werden kann" und dann noch: dessen Hoffnung auf einen apokalyptischen „Tag der Tage" sei „wohl geeignet, einen Zirkel aufgeregter Literaten zusammenzuhalten; mit der gewaltigen erzieherischen Aufgabe gegenüber der jüngeren Generation, die auf uns gelegt ist, hat er nichts zu tun." Einschätzungen, die Jünger an empfindlichen Punkten trafen, da er sein Selbstverständnis zum damaligen Zeitpunkt ganz wesentlich aus revolutionärer Naherwartung und der Wendung gegen alles Bürgerliche bezog. Baeumler hingegen stand einerseits der prinzipiellen Absage an das Bürgertum mit Skepsis gegenüber, jedenfalls soweit sie modisch war. Andererseits ging er mit seiner Kritik des bürgerlichen Geistes sehr viel weiter als Jünger, indem er den Individualismus per se – auch den Individualismus des Dichters – verdammte.

Die umfangreiche Einleitung und Kommentierung des Briefwechsels durch Ulrich Fröschle und Thomas Kuzias bettet den Konflikt zwischen Jünger und Baeumler sorgfältig in einen größeren Zusammenhang ein, der erkennen läßt, wie sich bis zur letzten Parteinahme – Jünger gegen das NS-Regime, Baeumler dafür – eine Entwicklung vollzog, die weniger auf zufälligen Entscheidungen, stärker auf einer inneren Logik beruhte. Die hatte bei Jünger zur Konsequenz, daß er trotz des verbalen Radikalismus einem Selbstverständnis und einer Weltauffassung verhaftet blieb, die auf liberale und konservative Traditionen zurückging. Anders Baeumler, der sich fast gewaltsam von dieser Überlieferung losmachte, obwohl er ihr reflektierter nahegestanden hatte, nur unter den gegebenen Umständen ihren Anachronismus erkannte und entsprechende Folgerungen ziehen wollte. Während Jünger der Mangel an Folgerichtigkeit zu einer ethisch überlegenen Position führte, hat Baeumler für das Mehr an Konsequenz mit einer Verirrung bezahlt, die er selbst noch vor dem Zusammenbruch von 1945 durchschauen mußte.

Der Band von Fröschle und Kuzias kann diesem zuletzt genannten Aspekt wegen seiner thematischen Begrenztheit kaum Aufmerksamkeit widmen. Dafür wird aber das Vorangegangene außerordentlich kenntnisreich nachgezeichnet und eben das vermieden, was die Autoren sonst und zu Recht monieren, wenn es um die Darstellung der ideologischen Parteinahmen im 20. Jahrhundert geht: Verkürzungen aufgrund „fehlender Grautöne und unbefriedigender Tiefenschärfe in Begründungsfragen". Man merkt dem Band an, daß Fröschle und Kuzias die Gefahr des vorschnellen Urteils kennen und eine Situation ernst nehmen, die von unserer so verschieden und ihr auf gewisse Weise so ähnlich ist, weil es gilt, dem „Schlangenblick des Nihilismus" (Baeumler an Jünger) standzuhalten.

Karlheinz Weißmann

Belletristik

Uwe Tellkamp: *Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land*, Roman, Frankfurt: Suhrkamp 2008. 975 Seiten, 24.80 €

Der erst vierzig Jahre alte gebürtige Dresdner und heutige Wahl-Freiburger Uwe Tellkamp hat für seinen Roman *Der Turm* im Oktober den Deutschen Buchpreis erhalten. Über dieses beinahe tausend Seiten starke Werk ist mittlerweile alles gesagt: Tellkamp malt in epischer Breite eine Innenansicht des Refugiums deutscher Bürgerlichkeit, das sich mitnichten im Westen befand, sondern in der ehemaligen DDR – und im speziellen im Villenviertel „Weißer Hirsch" am Elbhang oberhalb des „Blauen Wunders". Die Zersetzung dieses Refugiums war bloß eine Frage der Zeit. Bereits die Bausubstanz der Villen hätte zehn weitere Jahre DDR nicht überlebt, und auch von der scheinbaren Unerschütterlichkeit und der inneren Freiheit der Bewohner konnte aufgrund des staatlichen Zugriffs und der ideologischen Infiltration in den Jahren vor der Wende keine Rede mehr sein. Diese Zersetzung detailreich und plastisch nachgezeichnet zu haben, ist die zu Recht gewürdigte Leistung Tellkamps. Sein Buch hat mittlerweile eine Viertelmillion Käufer gefunden – überdurchschnittlich viele dort, wo so existiert wurde, wie *Der Turm* es beschreibt.

Wer aus dem Westen stammt, muß aus dem Werk etwas herauslesen, was Tellkamp nicht ausführt, sondern nur durch außergewöhnliche Zeichensetzung andeutet: „... aber dann auf einmal ... schlugen die Uhren, schlugen den 9. November, ‚Deutschland einig Vaterland', schlugen ans Brandenburger Tor:" Dieser Doppelpunkt ist das letzte Zeichen des Buchs. Er ist geeignet, jedes historische Glücksgefühl im Keim zu ersticken. Seit diesem Doppelpunkt, seit dieser Eröffnung sind nämlich bald zwanzig Jahre vergangen, und wir wissen nun, daß wir vergebens auf eine Rückkehr der Substanz in unser Vaterland und auf eine Vertiefung hofften: Denn konsequenterweise hatte gerade der Westen, der nun über die Mitte hereinbrach, seine eigenen Refugien der Bürgerlichkeit schnell und gründlich bereits in den siebziger Jahren zerstört. Nun nahm er sich, gleich nach der Wende, diejenigen vor, von denen Tellkamp erzählt. In der DDR gab es für widerständige Charaktere noch einen guten Grund, umfassende Bildung, Humanistisches und die Idee des Privaten hochzuhalten und durch den Lebensvollzug zur Geltung zu bringen. Im Westen gab und gibt es diesen Grund nicht. Und mehr: Vermutlich braucht es anstelle der Mauern aus Kautschuk (mit denen der Westen seine Bürger umstellt) Mauern aus Beton und eine Ahnung von Stacheldraht, damit *Türme* entstehen und Gestalten zu ihrer Form finden können.

Der Osten liest also, um sich beschrieben zu finden. Der Westen liest, um sich zu gruseln, und sollte lesen, um zu begreifen, daß die lauwarme Badewanne (in der er seit Jahrzehnten liegt) für die Persönlichkeitsbildung gefährlicher ist als drei Jahre NVA. Warum aber sollten im besonderen wir Rechten Tellkamp lesen? Wir sollten ihn lesen, weil er beinahe einmal einer von uns war. Tellkamp hat in seinem ersten Roman, *Der Eisvogel* (2005), die Gedanken und Handlungen eines rechtsintellektuellen Aktivisten so haarklein und distanzlos nachgezeichnet, daß mancher darin eine Verlockung auszumachen vermeinte. Leider bekam Tellkamp die Kurve – und diese rettenden Bremsungen sind die schwächsten Passagen in seinem Roman. Tellkamp wies nun dankend darauf hin, daß er manchen Fußtritt zur rechten Zeit empfangen habe. Meinte er damit Warnungen vor der naheliegenden, rechten Versuchung?

Trotzdem: Glückwunsch.

Christian Kracht: *Ich werde hier sein im Sonnenschein und im Schatten*, Roman, Köln: KiWi 2008. 149 Seiten, 16.95 €

Auch von dem als Dandy und Pop-Literat bekannten und den Wahnsinn touchierenden Christian Kracht ging einst die Sage, er stünde eher rechts als mittig. Seltsam ist diese unsere Sucht, Autoren politisch zu verorten. Und den Fehler, bereits dort „Rechte" zu sehen, wo zunächst einmal einfach bloß keine Linken mehr sind, machen wir Rechte ja ganz gern, seitdem die (linke) Moderne von der indifferenten, unübersichtlichen Postmoderne abgelöst wurde.

Kracht ist nicht rechts, sondern „unter den deutschsprachigen Autoren seiner Generation der originellste und kühnste" (Thorsten Hinz, *Junge Freiheit*). Er hat seine kühne Originalität in seinem neuen Kurzroman über eine seit neunzig Jahren kommunistische Schweiz wieder unter Beweis gestellt: Lenin fuhr nie nach St. Petersburg, sondern revolutionierte in Bern, und die Schweiz kämpft seit Generationen gegen ein faschistisches, mit England verbündetes Deutschland.

Hauptperson ist ein Farbenbruder Obamas, rekrutiert von Schweizer Entwicklungshelfern. Er dient als politischer „Kommissär" in der kommunistischen Armee und soll im „Reduit", der in den Fels getriebenen Alpenfestung, einen abtrünnigen Oberst verhaften. Der Auftrag wird ihm zur Reise ins Herz der abendländischen, aufgeklärten, totalitären Finsternis: Kaum je hat jemand die Fassade des sinnlosen, aber allgegenwärtigen Nihilismus kälter in einem Bild verdichtet als Kracht mit seiner Schilderung des Tunnelsystems unter den Alpen. Dort ist die Idee, die einst hinter Bau und Krieg stand, längst in Vergessenheit geraten, hohle Funktion allein ist übrig. Todkrank ob solcher Zivilisation, kriecht der Kommissär auf allen vieren zurück in den Dschungel.

Götz Kubitschek

Schmerzgrenzen

Richard Wagner: *Es reicht. Gegen den Ausverkauf unserer Werte*, Berlin: Aufbau 2008. 163 S., 16.95 €

Was können wir erwarten, wenn ein Intellektueller aus der Mitte der Gesellschaft behauptet, daß es ihm reicht? Mit Schaudern denken wir zurück an Arnulf Barings Artikel „Bürger auf die Barrikaden" (*FAZ* vom 19.11.2002). Dieses Dokument der Baringschen Schmerzgrenze war martialisch bebildert, man sah Freikorpsleute vor einer verbarrikadierten Brücke stehen, ein Schild im Zentrum: „Wer weitergeht, wird erschossen." Das war natürlich nicht ganz ernst gemeint.

Das *Institut für Staatspolitik* lud damals Baring zu einem Gespräch über seinen Vorstoß – und hoffte auf eine Renaissance der Bürgerwut. Baring jedoch plauderte ein Stündchen und wunderte sich, wie ernst man sein Geschreibsel nahm. Seither sind wir skeptisch, wenn sich Wut mittels eines revolutionären Bäuerchens Luft macht.

Richard Wagners jüngstes Buch *Es reicht* ist kein Bäuerchen. Und es ist nicht revolutionär. Von Wagner muß man wissen, daß er aus dem Banat stammt und bis zu seiner Ausreise 1987 unter der kommunistischen Diktatur im Rumänien Ceausescus leben mußte. Seine Schmerzgrenze ist höher als die Barings. Er fabuliert nicht von Barrikaden und muß jeden, der bloß mal so darüber redet, für eine verantwortungslose Plaudertasche halten. Das Spiel mit ernsten Dingen ist Ausdruck für Dekadenz: „Es verharmlost alles, es gefährdet uns." Wagner nimmt ernst, was er schreibt, denn er weiß, was er mit seiner Freiheit gewonnen hat.

Keine Revolution also, sondern eine Reform. Wagner denkt europäisch, sagt aber Abendland und weiß, daß er sich damit verdächtig macht. Also sieht er seine Aufgabe darin, das Abendland als etwas zu beschreiben, das ganz und gar „wir" sind: ausgreifend, grenzensprengend, tief, bewundernswert und tragisch, weil nie am Ziel und nie zufrieden. „Faustisch" könnte man das nennen, Wagner sagt es anders: „Einzigartig wird man im Schweiße seines Angesichts." Ans Ende unserer Geschichte kämen wir nur, wenn wir unser Wesen aufgäben. Deshalb sind die „Wiedergutmacher" (die in uns Abendländern die Schuld für alles Übel in der Welt sehen) die Feinde in den eigenen Reihen. Wagner begeht aber nicht den Fehler, beim Ausmisten den außenpolitischen Gegner aus dem Auge zu verlieren: Seine Abrechnung mit einer „europäischen Türkei" ist lakonisch und unmißverständlich, und er hofft auf Widerstand: „Erst wenn Leben zum Überleben wird, gewinnt der europäische Mensch seine ganze Kraft." Manche sehen eben früher, wann es losgeht mit dem Überleben – wann es reicht.

Götz Kubitschek

Schmerzlosigkeit

Andreas Schlieper: *Das aufgeklärte Töten. Die Geschichte der Guillotine*, Berlin: Osburg, 2008. 237 S., 22.90 €

Der Untertitel sollte nicht „Die Geschichte der Guillotine" lauten, sondern „Bemerkungen zum frühneuzeitlichen Frankreich, verdichtet auf die Lebensumstände des Joseph-Ignace Guillotin". Es handelt sich auch keineswegs um eine Biographie des französischen Mediziners und zeitweiligen Politikers Guillotin, der die nach ihm benannte Hinrichtungsmaschine weder erfunden noch konstruiert, wohl aber ihren Einsatz als mutmaßlich schmerzlose Hinrichtungsmethode angeregt hat. Für eine Biographie setzt das Werk viel zu tief an. Alles, was seit Ende des Mittelalters für Guillotins Leben irgendeine auch nur mittelbare Bedeutung gehabt hat oder hätte haben können, wird in erheblicher Breite verhandelt. Da ist ausführlich die Rede von den Hugenotten und der Gründung des Jesuitenordens, vom Jansenismusstreit und der Freimaurerei, von den Illuminaten und von Cagliostro, schließlich auch vom Mesmerismus. Natürlich und über allem von der Aufklärung. Kunstgeschichtliche Bemerkungen macht der Verfasser auch (das Œuvre François Bouchers bezeichnet er als „Pornographie"), und eine Schilderung des erotischen Lebens im Paris des Ancien régime fehlt keineswegs. Der Leser fragt sich unausgesetzt, was dies mit dem Sujet des Buches zu tun habe – zumal Schlieper selbst wieder und wieder anmerkt, daß man leider nicht wissen könne, wie dieses oder jenes, das er gerade über Seiten erläutert hat, Guillotin beeinflußt habe. Die Quellen sind hier offenbar dünn. Allerdings ist das Werk auch gar nicht aus ihnen gearbeitet, sondern aus der Sekundärliteratur – deren Liste umfaßt wenig mehr als eine Seite. Zu den Ereignissen der Französischen Revolution und zur eigentlichen Erfindung der Guillotine wird die Darstellung doch geringfügig dichter und konziser, jedoch befremdet auch hier das Psychologisieren, das Mutmaßen, wie etwas auf Guillotin gewirkt haben könnte. Mit dem Ende der Revolutionszeit endet auch beinahe das Buch. Dem Gebrauch der Guillotine im 19. und 20. Jahrhundert sind ganze drei Seiten gewidmet. Das erstaunt schon angesichts der Tatsache, daß in Frankreich das „nationale Rasiermesser" zum letzten Mal 1977 benutzt wurde, nicht zu reden von der Nachahmung des Patents im Ausland, so auch in Deutschland. Möglicherweise rechtfertigt sich das Buch mit seinem ersten Satz: „Über die Todesstrafe kann man sagen, was man will – solange man nur dagegen ist."

Jan Wilhelms

„Die Epoche, die seinen Namen trägt, ist sicher eine der wichtigsten der neueren Geschichte. In ihr ist das moderne Deutschland entstanden.“

Nicolaus Sombart,
deutscher Soziologe und Publizist











www.wilhelm-der-zweite.de

Harmlos

Wolfgang Huber: *Der christliche Glaube. Eine evangelische Orientierung.* Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2008. 288 S., 19.95 €

Die Mehrzahl der Menschen in Europa sei überzeugt, daß der christliche Glaube wachsende Bedeutung habe; gleichzeitig steige auch der „Wunsch nach einer religiösen Erziehung". Wenn stimmt, was Wolfgang Huber seiner „evangelischen Orientierung" voranstellt, müßten die Christen hierzulande recht zuversichtlich nach vorn schauen. Andererseits ist unübersehbar, wie sehr die Kenntnisse, die früher abendländischer Durchschnitt waren, verschollen sind, so daß viele vom christlichen Glauben kaum wissen, was dieser eigentlich ist. Anders gesagt: Nicht nur unter den Verächtern der Religion sind die Gebildeten eine Minderheit.

So pessimistisch darf ein Bischof nicht schreiben, zumal wenn er Vorsitzender des Rates der EKD ist. Huber will dem „Gewohnheitsatheismus", der ihm als Oberhirte von Berlin-Brandenburg häufig zu begegnen scheint, nicht das letzte Wort lassen und seine Leser über christliche Traditionen sowie Rituale der Frömmigkeit aufklären.

Stets ist Huber um Abwägung bedacht, nicht nur wenn es um die Zulässigkeit „vieler Christologien" geht. Bei aller Kritik des katholischen Eucharistie-Verständnisses gibt es auch Zustimmendes zu Texten des Papstes; der Aufzählung von Übereinstimmungen mit dem Islam folgt sofort die Betonung, daß mit Blick auf Gott oder Allah nicht etwa von Unterschiedslosigkeit geredet werden könne.

Mit seiner Tendenz, Schärfen zu vermeiden, kommt der Text häufig etwas unentschieden daher. Theologisches „Schwarzbrot" wird hier nicht gepredigt; eher eine Art „Vollkorntoast". Immerhin.

Christian Vollradt

Zügellos

Bernd Siggelkow/Wolfgang Büscher: *Deutschlands sexuelle Tragödie. Wenn Kinder nicht mehr lernen, was Liebe ist.* Asslar: Gerth Medien 2008. 192 S., 14.95 €

Stellen wir uns vor, ein Autor wolle dem Verfall der Eßkultur nachgehen. Würde er hierzu reihenweise Leute porträtieren, die ihre Speise aus Mülleimern zusammenklauben – er hätte seinem Anliegen einen schlechten Dienst erwiesen. Es fehlte das Differenzierungsvermögen, und ein Vorwurf wäre schnell zur Hand: Sensationsheische. Mit dem Buch über „Deutschlands sexuelle Tragödie" verhält es sich ähnlich. Bernd Siggelkow, der das Berliner Kinder – und Jugendwerk *Arche* gegründet hat und wegen seines Engagements vielfach ausgezeichnet wurde, sowie *Arche*-Pressesprecher Wolfgang Büscher haben ihr Ohr am Puls einer kranken Jugend. Die hier anonymisiert dargestellten Sexualbiographien von „Jessie", „Fanny" und anderen meist Minderjährigen entspringen in all ihrer Kraßheit vermutlich der Realität. Daß es Kinder gibt, die mit ihren Müttern Pornos anschauen oder gemeinsam Gruppensex haben; Mädchen, die Prostitution als normalen Job und *gangbang* als Partyspaß empfinden; 15jährige Knaben, die sich nicht nur brüsten, Dutzende von „Weibern flachgelegt" zu haben, sondern dies auch per Handyvideo belegen können – dies alles ist entsetzlich. Es spricht Bände über eine junge, urbane Generation, die Liebe nicht kennt, Fortpflanzung und Sex ganz unaufgeklärt entkoppelt hat, über den Schaden, den die sogenannten neuen Medien anrichten können. Daß jene *Arche*-Klientel keinesfalls „Deutschlands" Sexualverhalten repräsentiert, dürfte den Autoren bewußt sein. Wem es dienlich sein sollte, diese Dramen *en detail* auszubreiten, ist die Frage. Hart gesagt: Wer entsprechend veranlagt ist, findet hier eine passable Vorlage für seine Phantasien.

Ellen Kositza

Bedeutungslos

Gustav Seibt: *Deutsche Erhebungen. Das Klassische und das Kranke.* Springe: zu Klampen 2008. 187 S., 16 €

Kennt man solche Abende? Auf einer Feier gesellt sich dieser honorige Herr zu einem. Eine Ehre eigentlich! Diese Plauderei sollte man wertschätzen, der Herr ist auch keinesfalls aufdringlich. Und doch fühlt man sich in Beschlag genommen, schaut auf die Uhr, unterdrückt ein Gähnen, verliert den Faden, lächelt höflich, nickt viel. Die treibenderen, anregenden Gespräche werden in anderen Ecken geführt – da wär man jetzt lieber. Ähnlich geht es einem mit Gustav Seibts Essaysammlung. Daß es sich bei den Aufsätzen um Stücke handelt, die bereits publiziert oder vorgetragen wurden, ist nicht grundsätzlich beklagenswert. Ärgerlich ist, daß sowohl Titel als auch Titelrückseite (hübsche Anekdote über einen Berliner Polizisten, der mitten im Trubel antike Sagen von Gustav Schwab liest) eine Erwartungshaltung evozieren, die nicht eingelöst wird. Seibt ist noch keine fünfzig, dennoch darf man ihn aufgrund seiner führenden Tätigkeiten in bürgerlichen Feuilletons (*FAZ, Zeit, Süddeutsche* …) als journalistisches Urgestein begreifen. In seinen kundigen, im Jargon einer mustergültigen BRD-Bildungselite gehaltenen Einlassungen zum Brandenburger Tor, zu Karl Heinz Bohrer, Arno Borst und Joachim Fest (letzteren beiden ist der Band gewidmet) greift er mehrmals das Bild einer „Goldrähmchenhistorie" auf. Was ist das? Etwas, das zwischen elaboriertem *Nice-to-know*-Klatsch und, positiv, humanistischem Bildungsgut schwankt. Mit solch güldenem Rähmchen darf sich der Autor selbst schmücken. Träfe man solchen Gentleman auf einer Feier, würde er Sorge tragen, daß die Dame, deren Ohr ihm gehört, neben dem trocken Geistigen in bezug auf geistiges Getränk nicht auf dem trockenen bliebe. Dann würd's schon gähn – äh, gehn.

Ellen Kositza

Utopien, filmisch

Claus M. Wolfschlag: *Traumstadt und Armageddon. Zukunftsvision und Weltuntergang im Science-Fiction-Film,* Graz: Ares 2007. 240 S., 19.90 €

Sekundärliteratur zu *Science-Fiction* ist ein Genre für Freaks, für leidenschaftliche Andersweltler, Leute, die in Rollenspielen leben oder ganze Filmdialoge hersagen können; für Filmwissenschaftler vielleicht noch. Claus Wolfschlag hat das Thema unter Auslassung filmtechnischer Details ebenso einführend wie konzentriert auch für den Laien aufbereitet. Das macht es zu einer rundum gelungenen Lektüre. Von den frühen Fortschrittsutopien (und düsteren Dystopien) bis zu den neoromantischen Visionen der Gegenwart wird anhand mehrerer hundert Filme weniger den reinen Abenteuergeschichten als den politisch-gesellschaftlichen Botschaften nachgespürt, die in den vergangenen 100 Jahren auf die Leinwand gebracht wurden. Thematisch wird sinnig aufgegliedert etwa in Aliens- und Cyborg-/Maschinenfilme, Genderthematik (gabs bereits – kritisch! – 1958: *In den Krallen der Venus*), Totalitarismus-, Dekadenz- und Megacityszenarien. Und, von wegen Utopien seien ein genuin linkes Genre: Ein Kapitel („Imperium und Adelskaste") befaßt sich eigens mit konservativen Utopien. *Zardoz* (1973) sei deutlich an Spenglers *Untergang des Abendlandes* angelehnt, dem Hollywood-Renner *Judge Dredd* (1995) wurden gar faschistische Sympathien nachgesagt. Allgegenwärtig die Figur des Nazis im Science-Fiction-Film: Dieser diene als wesentlich ahistorische Symbolfigur, ein „universalisiertes Horrorwesen wie andere Monster (Werwölfe. Vampire und anderes) auch."

Lobenswert und nützlich auch das Register im Anhang – für „Einsteiger" empfehlenswerte Filme sind hier besonders gekennzeichnet.

Wiggo Mann

... literarisch

Max Eichenhain: *2034. Der Abschied vom Abendland*, Frankfurt: Selbstverlag 2007. 322 S., 9.80 €

Die neuen Moscheen sind nur das sichtbare Ergebnis eines lange verdrängten demographischen Wandels. Vergeblich warnen konservative Stimmen seit Jahren vor der Entwicklung. Nun hat sich ein Autor unter dem Pseudonym Max Eichenhain vorgenommen, die muslimisch geprägte deutsche Gesellschaft der Zukunft in Form eines dystopischen Science-Fiction-Romans aufzuarbeiten. Ein seltener Versuch – 35 Jahre ist es her, daß der Franzose Jean Raspail eine künftige Masseneinwanderungswelle in seinem *Heerlager der Heiligen* beschrieb. Eichenhains Idee ist lobenswert, doch das Ergebnis enttäuscht. Nur eine Rahmenhandlung weist belletristische Züge auf. Als Reaktion auf den Mord an einem türkeikritischen CDU-Politiker macht sich eine kleine Gruppe deutscher Freunde auf die Suche nach islamistischen Tätern und Verschwörern. Zwischen einigen Krimi-Szenen stehen lange Monologe über römische und türkische Geschichte, den Koran, Totalitarismus, die 68er und weitere Polit-Themen. So ist denn unterm Strich ein Sachbuch herausgekommen – samt Anmerkungsapparat. Und leider schimmert zu stark das Ressentiment durch, wenn männliche türkische Figuren faktisch undifferenziert als aggressiv, verschlagen, größenwahnsinnig und hinterlistig dargestellt werden. Eichenhain bleibt auf ein Feindbild fokussiert und stellt viel zu selten dar, daß die eigentlichen Verantwortlichen der momentanen Entwicklung nicht kleine türkische Restaurantbetreiber, sondern deutsche Einwanderungsideologen und die etablierten deutschen Eliten in Politik und Medien sind.

So endet ein durchaus bemerkenswerter Romanversuch literarisch leider unbefriedigend.

Claus Wolfschlag

... und geschlechtlich

Barbara Rosenkranz: *MenschInnen. Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen,* Graz: Ares Verlag 2008. 168 S., 19.90 €

Buchinteressenten, die erstmal schmökern, machen's so: Bißchen vorne reinschauen, bißchen hinten, dann fällt die Entscheidung pro/contra Lektüre. Damit wäre man bei Barbara Rosenkranz' „MenschInnen" schlecht beraten. Eingeklammert ist das Werk nämlich von halbgarer Demographiepolitik. Zum einen ist das vorangestellte Bismarck-Motto, wonach eine Frau mit Kinderwagen Vorrang vor jeder Geistesgröße habe, ein Horror angesichts affektierter Mütterhorden. Auch sollten Zahlen wie die von den 42 Prozent kinderlosen Akademikerinnen vom Tisch sein. Jene Statistik wurde 2002 für die Geburtsjahrgänge 1962 bis 1966 erhoben – da hatten die Damen gerade das durchschnittliche Alter für die standesgemäße Erstgeburt erreicht. Was die beeindruckende FPÖ-Landrätin (selbst Mutter von zehn Kindern) jedoch folgen läßt, ist mitnichten eine Aufwärmung bekannter Eva-Herman-Thesen. Im Gegenteil, so gründlich und – bei wohldosierter Polemik – sachlich wurde sich nie zuvor mit dem sog. Gender Mainstreaming auseinandergesetzt. Kein Wunder, denn der schwer übersehbare Schauplatz feministischer Gleichstellungspolitik ist ein Sumpf – wer kniet sich schon gern dahinein? Rosenkranz hat's getan: höchst lobenswert. Ausführlich weist sie Zusammenhänge der Gendertheorien mit marxistischer Ideologie auf, nimmt mit Judith Butler und deren Schriften die wissenschaftliche Ikone des Unisex-Fetischs auseinander, zeigt anhand zahlreicher Beispiele die Verflechtung von Frauenforschung und -förderung. Wer so gediegen Mann und Maus benennt, dem verzeiht man am Ende auch, daß ausgerechnet Multikulti-Frankreich als Familienland gepriesen wird.

Wiggo Mann

Stülpnagel, entschuldigt

Barbara Koehn: *Carl-Heinrich von Stülpnagel. Offizier und Widerstandskämpfer. Eine Verteidigung* (= Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd 34), Berlin: Duncker & Humblot 2008. 150 S., m Abb., 28 €

Der Untertitel verrät es: Hier liegt keine Biographie vor, sondern eine Streitschrift, *cum ira et studio* verfaßt. Der Zorn der Verfasserin, emeritierte Professorin für deutsche Literatur, richtet sich gegen die Vertreter jener „kritischen" Schule unter deutschen Zeithistorikern, die den Nachweis zu erbringen meinen, wesentliche Vertreter des deutschen militärischen Widerstands seien in Wahrheit tief in den „Vernichtungskrieg" verwickelt oder hätten zumindest mit dem Rasse-Antisemitismus des NS sympathisiert. Carl-Heinrich v. Stülpnagel, als militärischer Befehlshaber in Paris am dortigen (zeitweilig erfolgreichen) Umsturzversuch maßgeblich beteiligt und am 30. August 1944 gehängt, soll demnach in Rußland als „entschiedener Antisemit" an der Ausrottung der Juden beteiligt und in Frankreich für die Ausweitung von Deportationen verantwortlich gewesen sein (so etwa Manfred Messerschmidt und Christian Streit).

Mit Eifer hat sich Koehn durch das Material gearbeitet. Was sie präsentiert, ist eine profunde Nachhilfestunde in Sachen Quellenkritik: Mangelnde Berücksichtigung der Zeitumstände, verkürzte Zitate sowie fehlende Skepsis gegenüber SS-Propagandatexten weist Koehn denen nach, die Stülpnagel „mit spürbar negativem Apriori jener Verbrechen für schuldig" erachten. Dem General wurden Befehle zugeschrieben, die in Wahrheit Hitler erteilt hatte; ignoriert wurden auch Schriftstücke aus dem Ostfeldzug, wo er eine Beruhigung der antijüdischen Stimmung einforderte. Wer zur Wirkungsgeschichte des 20. Juli mitreden möchte, dem sei die Lektüre dieser „Verteidigung" empfohlen.

Christian Vollradt

Die Linke, angeklagt

Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: *Die Linke. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München: Olzog 2008. 288 S., 24.90 €

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse gehört zu den wenigen, für die Aufstieg und Hofierung der Linkspartei ein Problem darstellen. Gemeinsam mit Jürgen P. Lang, Redakteur beim Bayerischen Fernsehen, hat er ein Buch über den „smarten Extremismus" der neuen Ost-West-Partei verfaßt, zu der sich die SED-Nachfolger gemausert haben. „Smart" bedeutet hier: salonfähig, chic, sexy, eloquent, pazifistisch. Jesse glaubt den Genossen nicht und untermauert seinen Unglauben faktenreich. Wenn die Geschichte der Partei „die Geschichte ihrer Aufwertung" ist, so liege das an der unterschiedlichen Behandlung von Links- und Rechtsextremisten durch den Verfassungsschutz. – Potzblitz! Und nun? Der Extremismusforscher legt immerhin eine Fährte mit dem Hinweis, daß der Verfassungsschutzbericht erstmals nach den Kölner Hakenkreuzschmierereien 1959 publiziert wurde, um der Aufgeregtheit im In- und Ausland die Spitze zu nehmen. Er hätte hinzufügen können, daß am Anfang also ein antifaschistischer, tendenziell linker Impetus stand, der durch den Kalten Krieg und den traditionellen Antikommunismus nur überlagert wurde. Seitdem beide verschwunden bzw. unwirksam geworden sind, schlägt die Ursprungstendenz voll durch. Spannend wäre auch zu untersuchen, wie tief diese Tendenz in das Geschichts-, Gesellschafts- und Verfassungsfundament der BRD eingelassen ist. Vielleicht ist das Extremismus-Mantra bloß eine der manipulativen Fehlfunktionen des Systems und kann diese folglich gar nicht erklären? So tief dürfen die zwei wackeren Demokraten natürlich nicht bohren. Sonst zürnt die Linkspartei und stehen auch sie demnächst im VS-Bericht!

Thorsten Hinz

Ribbentrop, erläutert

Rudolf von Ribbentrop: *Mein Vater Joachim von Ribbentrop*, Graz: Ares Verlag 2008. 496 S., 29.90 €

Als Kind geprägt von großbürgerlichem Elternhaus mit internationalen Kontakten, humanistisch ausgebildet in Deutschland und England, im Krieg hochdekoriert als Kommandant der Waffen-SS, profitieren die Erinnerungen des Ribbentrop-Sohns von den Gesprächen, die der Autor mit Mutter und Vater hatte. Sie revidieren das Bild der deutschen Außenpolitik dieser Jahre gründlich.

Hitler strebte als Vertreter der „Westbindung" das Bündnis mit England an, scheiterte jedoch nach anfänglichen Erfolgen an der britischen Politik der Aufrechterhaltung der *Balance of power.*

Ohne „Stufenplan zur Weltherrschaft", wie heute noch gern kolportiert, sah sich Hitler zum Ausgleich mit der UdSSR gezwungen, um England zum mäßigenden Einfluß auf Polen zu veranlassen. Polen zeigte sich nicht verhandlungsbereit, erwartete es doch bei Kriegsausbruch einen Putsch in Deutschland, wie Einflüsterungen deutscher Widerständler London und Warschau glauben machen wollten. Nach dem Sieg über Polen gelang es nicht, zum Frieden mit England zu kommen. Alle weiteren militärischen Aktionen Hitlers dienten letztlich diesem Zweck. Der Angriff auf die UdSSR erfolgte gegen den Rat des Außenministers. Hierzu meint der Autor, es wäre vorteilhafter gewesen, eine russische Aggression abzuwarten. Klar bleibt aber: Niemand weiß, ob oder wo die Rote Armee zum Stehen gebracht worden wäre.

Außenpolitik fand seit Sommer 1941 immer weniger statt – alle Demarchen von Ribbentrops, wenigstens mit Stalin zu einem Ausgleich zu kommen, hat Hitler abgelehnt.

Ein empfehlenswertes Buch voll neuer Einsichten zur Person Joachim von Ribbentrops – leider ohne Literaturverzeichnis.

Olaf Haselhorst

Das Mittelalter verorten

Inos Biffi (Hrsg.): *Atlas des Mittelalters*, Stuttgart: Theiss 2007. 280 S., mit 100 Karten und ca. 400 farbigen Abb., 49.90 €

Wie läßt sich ein Atlas über eine Epoche anfertigen, in der es keine scharf gezogenen Grenzen gab, die Lebensbereiche gegeneinander durchlässig waren und die Menschen ihre Identität – auch ihre politische – über Personenverbände, nicht über territoriale Zugehörigkeiten bestimmten? Eine Antwort gibt das vorliegende Buch, das zwar auch Karten enthält, die informativ sind und jedenfalls keine Wünsche in bezug auf Größe und Präsentation offen lassen, aber die Übertragung von Konzepten meidet, die für die Neuzeit (und in gewissem Sinn für die spätere Antike) annehmbar sein mögen, aber kaum für das Mittelalter. Die insgesamt zwanzig Mediävisten, die diesen *Atlas des Mittelalters* erstellt haben, konzentrieren sich vielmehr auf verschiedene Aspekte des mittelalterlichen Lebens – von der Christianisierung der Barbaren über die Verschiebung der Pilgerwege in Folge der islamischen Invasion, die Ausbreitung der großen Orden, die Handelsverbindungen der oberitalienischen Städte oder den Einflußbereich der Troubadoure bis zur Entwicklung des Reisekönigtums – und verknüpfen sie mit knappen, aber immer ausreichenden Textinformationen, sehr gut gewählten Bildern und entsprechenden Kartenbildern. Schon die sorgfältige Ausstattung des Bandes und die Menge der selten wiedergegebenen Gegenstände machen seine Benutzung zu einem Vergnügen; wenn man überhaupt etwas vermißt, dann einen klareren Hinweis auf die Kriterien, nach denen bestimmte Themen ausgewählt wurden und andere nicht. Aber die Begrenzung der Materie gebietet sich, so oder so.

Martin Voelkel

Kapitalismus zu Ende denken

Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society"*. Stuttgart: Lucius & Lucius 2008. 516 S., 59 €

Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der *FAZ*, schreibt über einen der einflußreichsten *think-tanks* des späteren 20. Jahrhunderts: die Mont Pèlerin Society (MPS). Für sie stehen Namen, deren Wirkung über reine Wirtschaftstheorie weit hinausgehen: Hayek, Eucken, Röpke, Milton Friedman und viele andere. Die MPS gilt als Begründerin des „Neoliberalismus".

Auch politisch entwickelte die MPS kaum zu unterschätzende Wirkungen: Im Deutschland der 1950er Jahre gehörten Röpke, Müller-Armack – Schöpfer der „Sozialen Marktwirtschaft"– und Ludwig Erhard dazu, der Anfang 1950 Mitglied der MPS wurde. Ähnliche frühe politische Einflüsse fanden sich auch in Italien und Frankreich.

In den 1970er Jahren verloren der deutsche Ordoliberalismus und die Variante der „sozialen Marktwirtschaft" ihre Rolle als geistige Avantgarde des Neoliberalismus. Milton Friedmans Monetarismus übernahm die Vorherrschaft. In den USA unter Reagan, in Großbritannien unter Thatcher wurde aus dem Neoliberalismus der MPS eine Kraft, deren Protagonisten wir seitdem als maßgebliche Verfechter der Globalisierung wiederfinden. Ableger der MPS wie die Libertären mit Murray Rothbard, dem CATO-Institute sowie dem britischen „Institute of Economic Affairs" (IEA) weiteten die globale Wirkung des neoliberalen Prinzips der MPS aus.

Plickerts grundlegendes, sehr lesbares Buch über die MPS kommt mit dem Anbruch der globalen Finanzkrise genau recht: Es zeigt die Grundlagen und Ursachen einer der wichtigsten geistigen Strömungen des 20. Jahrhunderts, deren Agenda global schon bald zur Debatte stehen wird.

Hans Becker von Sothen

Die Flagge streichen

Peter Häberle: *Nationalflaggen. Bürgerdemokratische Identitätselemente und internationale Erkennungssymbole* (= Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Bd 49), Berlin: Dunkker & Humblot 2008. 230 S., 34 €

Es kommt manchmal vor, daß sich ein Autor an einem Thema „vergreift" – daß er sich einer Fragestellung widmet, der er nicht gewachsen ist. So ist es bei diesem Buch von Peter Häberle, der ein ausgewiesener Jurist sein mag, aber von der Materie, die er hier behandelt – Nationalflaggen und ihrer Funktion – keine Ahnung hat: Weder weiß er genug über die Geschichte des Fahnen- und Flaggenwesens, noch kennt er die einschlägige Literatur (es wird allen Ernstes auf ein Stickeralbum als Referenz verwiesen!); weder liegt seinen Überlegungen eine brauchbare Terminologie zu Grunde, noch Vertrautheit mit jenen Disziplinen, die auf das Feld der politischen Symbolkunde übergreifen. Stattdessen gibt es ein Kapitel über die Farbenlehre Goethes zwecks Deutung von Flaggenbildern, ein weiteres über Dichter und Maler, die sich in ihren Werken mit Flaggen befaßten, und eines über „‚Natur' und ‚Kultur' als große Themen einer verfassungsvergleichend-kulturwissenschaftlichen Flaggentheorie". Selbst die Beschäftigung mit verfassungsrechtlichen Aspekten bringt keinen echten Erkenntnisgewinn. Insgesamt hat man es bei Häberle mit einer langen, unstrukturierten Darbietung von Fakten und seltsamen Interpretationen zu tun. Für ein an sich sehr interessantes und wichtiges Thema wird jedenfalls nichts geleistet. Das beste, was man über das Buch sagen kann, ist, daß der Verfasser eine – unglückliche und unerwiderte – Liebe zu seinem Gegenstand empfindet.

Karlheinz Weißmann

Kolonialismus

Das Zeitalter des Kolonialismus, hrsg. in Zusammenarbeit mit *Damals*, Stuttgart: Theiss 2007. 128 S., 100 Abb., 24.90 €

Die populäre Geschichtszeitschrift *Damals* hat in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Veränderung durchgemacht. Das betrifft nicht nur die Optik – weg von den schwarzen Heften in DIN-A5-Größe hin zum Magazinformat mit professioneller Bebilderung –, sondern auch die inhaltliche Gestaltung. War *Damals* ursprünglich ein Organ, das sehr stark von Sachbuchautoren und Außenseitern der Zunft bestimmt wurde, findet man heute fast nur noch Hochschullehrer oder wissenschaftlichen Nachwuchs unter den Mitarbeitern. Das bedeutet nicht immer eine Verbesserung und garantiert nur selten Unabhängigkeit vom *mainstream*, aber im allgemeinen kann der interessierte Laie sicher sein, fundierte Informationen zu erhalten. Das gilt auch im Fall des hier vorliegenden Bandes, der verschiedene Beiträge aus *Damals* zum Thema „Kolonialismus" zusammenfaßt. Dem Charakter der Zeitschrift entsprechend, können nicht alle Aspekte behandelt werden, aber man findet neben grundsätzlichen Betrachtungen – zu den Ursprüngen des Kolonialismus, zur Bedeutung der christlichen Mission, zur Funktion des Sklavenhandels oder dem „Wettlauf um Afrika" – auch die Darstellung von Einzelfragen, die für ein größeres Publikum nur selten behandelt werden. Genannt seien in diesem Zusammenhang die Beiträge von Julia Obertreis über die russische Kolonisierung Sibiriens zwischen dem 16. Jahrhundert und der Oktoberrevolution, von Harald Fischer-Tiné über die britische Segregationspolitik in Indien zwischen 1860 und 1914 und von Boris Barth über die Folgen des Einsatzes farbiger Truppen im Ersten Weltkrieg für den Prozeß der Dekolonisierung.

Martin Voelkel

Vom Scheitern

Karen Joisten: *Aufbruch. Ein Weg in die Philosophie*, Berlin: Parerga 2007. 246 S., 14.80 €

Von dem Gefühl, daß die Philosophie etwas ist, bei dem jeder mitreden kann, bis zu der Einsicht, daß gerade darin die Gefahr für einen selbst und die Philosophie liegt, ist es ein langer Weg. Dabei handelt es sich immer um einen persönlichen Weg, bei dem man Gefahr läuft, zu scheitern, wenn man nicht zwischen Autobahn und Gebirgspfad unterscheiden kann. Die Mainzer Philosophin Karen Joisten (Jg. 1962) hat dieses Problem bereits in ihrer *Philosophie der Heimat* (2003) gesehen und wendet sich jetzt ausdrücklich dem „Abenteuer des Denkens" zu. Und das klingt zunächst verlockend: „Brechen wir in aller Frühe zum Wesen des Menschen auf, bejahen wir die Verstörung, Irritation und Unsicherheit, die wir uns selbst sein können." Das heißt, die gewohnten Pfade verlassen, sich ins Ungesicherte begeben und nur leichtes Marschgepäck zu tragen. Der Mensch wohne „einreißend" und sei „stolpernd unterwegs". Schließlich lasse sich nur der Mensch, der „nicht intakt" ist, berühren. Joisten startet bei Vico (um Descartes nicht zu begegnen) und packt im Laufe des Weges eine ganze Menge an „Tradition" aus, die gleichzeitig Wanderstock sein soll und oftmals sekundärer Ballast ist. So bleibt neben zahlreichen schönen Beobachtungen vor allen Dingen die Erkenntnis, daß wir es hier nicht mit einem Weg zu tun haben, sondern mit Stationen, die kaum aufeinander Bezug nehmen. Wenn der Mensch nicht intakt ist, wie könnten es seine Werke sein? Den Anspruch der Philosophie wieder formuliert zu haben, bedeutet viel in einer Zeit philosophischer Selbstvergessenheit. Daran darf und muß der Philosoph scheitern, wenn er den Menschen ernst nimmt.

Erik Lehnert

Kolonialismus, gescheitert

Susanne Koelbl/Olaf Ihlau: *Geliebtes, dunkles Land. Menschen und Mächte in Afghanistan,* München: Siedler 2007. 320 S., 22.95 €

Bisher sind alle Eroberer an Afghanistan gescheitert: Alexander der Große, Dschingis Khan oder die Briten. Ihre Niederlage illustriert eine asiatische Spruchweisheit: „Wenn Gott eine Nation bestrafen will, dann läßt er sie in Afghanistan einfallen." Zuletzt spürte dies Rußland. Als 1988 Staatschef Mohammed Nadschibullah in Moskau dem Kremlchef Gorbatschow zum Abschied die Hand reichte, schickte Hollywood John Rambo ins Rennen. Auf dessen Mission – und auf eigene Rechnung – demonstrierte er im Alleingang, wie eine Besatzermacht in die Luft gesprengt wird. Doch auch der von Sylvester Stallone gespielte „Tourist" wollte nicht bis zum Ende ausharren. Exakt zwanzig Jahre danach zeigt sich eine spiegelverkehrte Wirklichkeit. *Bigger than life* ist einmal mehr die Realität am Hindukusch, wo das westliche Engagement zu scheitern droht. Obgleich es mit 40 beteiligten Nationen die aufwendigste internationale Militäroperation aller Zeiten ist, läuft hier „ein gefährliches Sparprogramm", so die *Spiegel*-Journalisten Olaf Ihlau und Susanne Koelbl. Deutlich wird ihr Verdikt im Vergleich mit anderen Krisenherden. Für einen Kosovaren etwa gab die internationale Gemeinschaft zehnmal mehr Geld aus als für einen Afghanen. Ähnlich beim Militär: Eine Million Soldaten, die zwanzigfache Zahl der heute im Einsatz befindlichen, wären erforderlich, „um eine ähnlich stabile Sicherheitslage herzustellen wie auf dem Balkan". Ihr vorzüglich zu lesender Afghanistan-Bericht gleicht einer „Röntgenaufnahme" und ist eine „Pflichtlektüre" (Egon Bahr) für alle, „die mitentscheiden, wohin der deutsche Einsatz in diesem Land führen soll."

Christian Dorn

Soldat oder Staatsbürger

von Thorsten Hinz

Der Auftritt Helmut Schmidts am 20. Juli 2008 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin war beeindrukkend. Der weißhaarige, fast 90jährige Altkanzler wandte sich beim Rekrutengelöbnis an die „lieben jungen Soldaten" und richtete ihren Blick „auf das große Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müßt wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen: Dieser Staat wird euch nicht mißbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle." Das aber ist die Frage: Ob die Soldaten sich auf den Staat und seine Amtswalter tatsächlich verlassen können. Ob sich ein riskanter, gefahrvoller Dienst wie in Afghanistan überhaupt lohnt – und wenn ja, für wen! Und von welcher Art die nationale Friedfertigkeit eigentlich ist, woher sie kommt, wohin sie strebt, und wie sie die Würde des einzelnen Soldaten tangiert, wenn es ernst wird.

Die politische Klasse brauchte Jahre, ehe sie durch den Mund des Verteidigungsministers zugab, daß die toten, erschossenen, zersprengten Bundeswehrangehörigen in Afghanistan „Gefallene" sind. Bis dahin waren sie „einsatzbedingt ums Leben" gekommen oder „ermordet" worden – was mit ein bißchen Pech auch im normalen Leben passiert. Doch noch immer vermeidet sie es, explizit zu erklären, daß sie deutsche Soldaten in einen Kriegseinsatz entsandt hat. Die verbalen Schleiertänze wecken Zweifel, ob ausreichend Kenntnis und Verantwortungsgefühl im Spiel sind, wenn über militärische Auslandseinsätze entschieden wird.

Die peinliche Wortwahl zeugt vom Unverständnis für das Wesen des Soldatseins oder von der Unlust, sich darauf einzulassen. Von allen, die im öffentlichen Auftrag tätig sind, ist der Soldat derjenige, bei dem dieser Auftrag den schärfsten Akzent und potentiell die härteste Konsequenz in sich trägt: Im Extremfall bedeutet sie die Hingabe des eigenen Lebens. Aus diesem Risiko, das der Soldat bewußt für die Gemeinschaft eingeht, leitet sich die höchste Würde seines Berufs ab. Wegen dieser Würde verdient der Soldat den höchsten Respekt von Staat und Gesellschaft. Der Respekt teilt sich auch in der Erschütterung mit, die die Worte „Gefallener" und „gefallen" verbreiten. Wer sie den Gefallenen verweigert, banalisiert sie zu Zufallsopfern von Kriminellen oder zu verunglückten Dienstleistern und beraubt sie ihrer höchsten Würde. Zugleich verweigert er den Überlebenden den Respekt für ihren Einsatz. Wie und warum soll der Wehrpflichtige einen Staat achten, der ihm seinerseits die Achtung versagt?

Setzen wir den guten Willen der Amtsträger voraus: Dann bleibt nur die Möglichkeit, daß ihre Unbeholfenheit die allgemeine, strukturelle Unsicherheit des Staates gegenüber der Sphäre des Militärischen reflektiert. Das bedeutet wiederum, daß der Staat außerstande ist, den Soldaten politische, rechtliche und moralische Maßstäbe zu vermitteln, die für ihren Einsatz brauchbar sind. Beispiele gibt es genug. Die Kanzlerin und ihr Verteidigungsminister haben sich gerade dafür eingesetzt, daß junge Männer mindestens bis Ende 2009 in Afghanistan Leben und Gesundheit riskieren. Dieselben Politiker bekundeten „Abscheu und Entsetzen" und forderten ein „Durchgreifen in aller Härte", als Angehörige einer Elite-Einheit in Afghanistan beim Spiel mit Totenköpfen die eigene Todesnähe persiflierten und zu verarbeiten versuchten. Bei der Staatsanwaltschaft Potsdam läuft

ein Ermittlungsverfahren wegen „Totschlags“ gegen den Angehörigen eines Kontrollpostens, der ein Attentat befürchtete und durch Gewehrfeuer drei unschuldige Afghanen tötete. Das entspricht den Regeln der zivilen, nicht der militärischen Wirklichkeit. Erst nach empörten Reaktionen stellte ihm die Bundeswehr einen Anwalt zur Seite. Das zeigt: Die deutschen Politiker sind außerstande, die Folgen ihrer militärpolitischen Entscheidungen zu übersehen. Diese Unfähigkeit schließt die Gefahr ein, daß sie Mißbrauch mit den Soldaten treiben: nicht aus Vorsatz, aber aus Inkompetenz!

Das gestörte Verhältnis von Staat, Politik und Gesellschaft zur Armee hat zum einen historische Gründe. Der Reichswehr und Wehrmacht wird vorgeworfen, die Machtergreifung Hitlers gefördert und ihm bis zum Schluß die Treue gehalten zu haben. Hinzu kommen Versatzstücke: über preußischen Militarismus, Kadavergehorsam und ähnliches. Das öffentliche Bild der Wehrmacht wurde auf das einer Verbrecherbande reduziert. Damit ist die Bundeswehr zu einer Armee ohne militär- und nationalgeschichtliche Traditionen geworden.

Von Anfang an stand sie unter dem Stigma des Verdachts. Der Publizist Winfried Martini wies schon vor 50 Jahren darauf hin, daß das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ ein widersprüchliches und unpraktikables war. Es entsprach einer Bewußtseinslage, die aus dem 19. Jahrhundert stammt, als die Bürger danach strebten, Teil des Staates zu werden, während sie hundert Jahre später von ihm fortstrebten. Staatsbürgerliche Rechte bildeten im 19. Jahrhundert die Basis für die Übernahme neuer Pflichten und Bindungen, die empfunden und ersehnt wurden, während sie im 20. Jahrhundert dazu dienen, die Pflichten zu reduzieren. Der vollendete Staatsbürger in Uniform wäre folglich der uniformierte Nicht-Staatsbürger oder privatisierte Soldat. Zu Ende gedacht war das nicht, aber das Ergebnis ist eindeutig: Ein Korpsgeist, der Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit hätte bilden können, wurde verhindert. Das Vakuum wird durch einen Opportunismus gefüllt, welcher der preußischen Armee fremd war. Querdenker werden durch subalterne Politiker kaltgestellt. Die fällige Kritik der hohen Militärs an der unzureichenden Ausstattung der Armee ist heute kaum vernehmbar.

Parallel dazu setzte sich in der Gesellschaft eine Mentalität durch, die sich dagegen sperrt, die Möglichkeit des Ernstfalls und seiner Konsequenzen auch nur zu bedenken. Das hat mit zwei Kriegsniederlagen, der geographischen Lage Deutschlands, seiner Teilung und der Abhängigkeit von der US-Vormacht zu tun. Ein akut gewordener Ernstfall hätte das eigene Land wohl in jedem Fall zerstört, also war es besser, gar nicht an ihn zu denken und um so eifriger die Mehrung des Wohlstands zu betreiben. Zur Kehrseite der Händlermentalität, in die das gescheiterte Heldenvolk dabei verfiel, gehören die Sentimentalisierung und Infantilisierung des politischen und militärischen Denkens, die den Entschluß zu Militäreinsätzen überdauert haben.

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), die gerade ihren 66. Geburtstag beging, schwärmt in der Tonlage eines sentimental-idealistischen Teenagers: „Wir haben in Afghanistan bereits viel erreicht und große Erfolge erzielt. Wenn wir diese nicht aufgeben wollen, dürfen wir in unserem Engagement nicht nachlassen. Wer einmal in die Augen kleiner Mädchen gesehen hat, die jetzt wieder die Schule besuchen dürfen, wird dafür kämpfen, daß die Gewaltherrschaft der Taliban nicht zurückkehrt.“ Von Afghanistan hat die Ministerin erkennbar keine Ahnung. Auch unterließ sie es mitzuteilen, wieviel glänzende Mädchenaugen das tödliche Risiko von wieviel deutscher Soldaten ihrer Meinung nach rechtfertigen. Selbst wo vordergründig politisch argumentiert wird, besteht die Rede aus Leerformeln. Der SPD-Fraktionschef und frühere Verteidigungsminister Peter Struck erklärte im



März 2008 im Bundestag: „Die Interessen Deutschlands werden auch am Hindukusch verteidigt.“ Die wären erst einmal zu benennen. Im Bundestag und in den Medien jedoch gibt es niemand, der ihn dazu herausfordert.

Viele Amtswalter, die im Bundestag oder anderswo über Militäreinsätze abstimmen und – stimmten, haben sich selber den Wehrdienst erspart. Nehmen wir die Grünen, die beanspruchen, die militärpolitische Debatte stellvertretend für das ganze Land zu führen. Das trifft sogar zu – um so schlimmer für das Land. Für die Grünen ist die Armee stets ein regelrechtes Haßobjekt gewesen. Seit 1999 treten sie für Auslandseinsätze ein. Diesem sentimentalisierten, amilitärischen Milieu, das über die grünen Parteigrenzen weit hinausreicht, müssen Bundeswehrsoldaten als Wesen mit verminderter Moralität erscheinen. Allein die Bereitschaft zum Wehrdienst beweist doch, daß ihnen die höhere, pazifizierte Moralität fremd ist. Ob in den Hinterköpfen nicht manchmal doch der Gedanke herumspukt, man könne diese merkwürdigen Figuren getrost als Kanonenfutter verwerten, um dem eigenen Traum von einer befriedeten Welt näherzukommen?

Türkei: Demokratie oder Verwestlichung

von Josef Schüßlburner

„Demokratisierung gerät in Konflikt mit Verwestlichung, und Demokratie ist inhärent ein provinzialisierender, kein kosmopolitischer Vorgang. Politiker in nichtwestlichen Gesellschaften gewinnen Wahlen nicht, indem sie unterstreichen, wie westlich sie sind. Der Wahlkampf verlangt vielmehr die Artikulation dessen, was sie für die volkstümlichen Appelle halten, und die sind für gewöhnlich ethnischen, nationalistischen und religiösen Charakters." Diese gegen amerikanische Illusionen des Demokratie-Exports sich richtende Einschätzung Samuel Huntingtons hat Mustafa Kemal Atatürk geteilt. Zur Verwestlichung der Türkei hat er deshalb keine Demokratie, sondern eine Verwestlichungsdiktatur errichtet, die Tendenzen des zeitgenössischen Faschismus aufnahm: Auch diese Herrschaftsform, die verfassungsrechtlich auf „republikanisch, nationalistisch, volksverbunden, interventionistisch, laizistisch und revolutionär" festgelegt war, konnte unter Verwestlichung verstanden werden! Als dann 1946 die USA der Türkei die Einführung des Mehrparteiensystems nahelegten, wurde aus der von Atatürk 1923 gegründeten Diktaturpartei, die Republikanische Volkspartei (CHP), eine sozialdemokratische Partei. In der Verfassung von 1961 wurde dementsprechend „interventionistisch und revolutionär" durch „sozialer Rechtsstaat", „nationalistisch" durch „national" und „volksverbunden" durch „demokratisch" ersetzt.

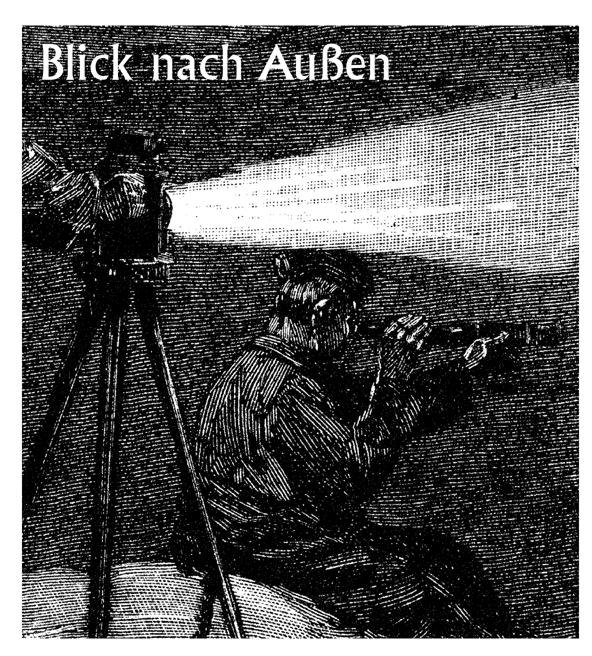
Wie zu erwarten, kamen mit der Demokratie sofort die unterdrückten einheimischen Traditionen zum Vorschein, die im weitesten Sinne als „islamistisch" beschrieben werden können und gegen Verwestlichung gerichtet sind. Bei den Wahlen von 1950 erlitt die kemalistische CHP durch die sich stärker islamischen Volksanliegen öffnende Demokratische Partei eine vernichtende Niederlage. Die Türkische Republik fand dann eine bemerkenswerte Lösung, Demokratie und Verwestlichung auf einen Nenner zu bringen: Die Errichtung einer wirklich wehrhaften Demokratie, bei der „Wehr" wörtlich verstanden werden muß. Diese führte unter Berufung auf das „Widerstandsrecht" etwa alle zehn Jahre einen Staatsstreich durch. Dadurch sollten die demokratischen Werte, die mit der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Ideologie des Diktators Atatürk gleichgesetzt werden, vor dem noch nicht hinreichend verwestlichten Volk geschützt werden. Für die Zeiten zwischen den Demokratiesicherungsdiktaturen hat die kemalistische Armee die Vereinbarkeit von Demokratie und Verwestlichung durch das Institut des Parteiverbots zu bewerkstelligen versucht. Dabei nahm man sich die bundesdeutsche Rechtslage zum Vorbild, gestaltete das Verbotsregime aber auch berechenbarer aus, indem ein ausführlicher Tabu-Katalog festgelegt wurde. Die „Verbote, die sich auf den Schutz der demokratischen Staatsordnung beziehen", umfassen: Schutz der nationalen Unabhängigkeit, Vorbeugung gegen die Schaffung von Minderheiten, Verbot des Regionalismus und Rassismus, Schutz des Gleichheitsgrundsatzes, Schutz der Prinzipien und Reformen Atatürks, Achtung vor Atatürk, Schutz des Grundsatzes des Laizismus und der Ablehnung des Kalifats, Verbot des Mißbrauchs von religiösen oder religiös für heilig gehaltenen Gegenständen, Verbot religiöser Demonstrationen und Schutz der Stellung des Präsidiums der religiösen Angelegenheiten.

Die extrakonstitutionelle Rolle der Armee, Zeichen der Verwestlichungsdemokratie, gewährleistet, daß das für das Parteiverbot zuständige

Verfassungsgericht, an das der Generalstaatsanwalt in einem dem Strafprozeß angenäherten Verfahren seine Verbotsanträge richtet, insbesondere parlamentarische Mehrheitsparteien außerhalb des Rahmens der kemalistischen Sozialdemokratie (CHP) und des kemalistischen Nationalismus (MHP) mit Verbotsentscheidungen überziehen kann. Ende Juli 2008 wäre so beinahe die derzeit mit überzeugender parlamentarischer Mehrheit regierende AKP verboten worden. Die aus zwei vom Verfassungsgericht verbotenen Vorgängerparteien hervorgegangene AKP stellt mit Recep Tayyip Erdogan immerhin den Ministerpräsidenten und mit Abdullah Gül auch den Staatspräsidenten. Da aber „Europa" in der Parteiverbotskonzeption der Türkei, anders als im Falle der BRD, einen Mangel an Europatauglichkeit erkennt, wurde die gemäßigt islamistische AKP nicht verboten, sondern nur „ermahnt". Vural Öger, eingebürgerter türkischer SPD-Abgeordneter des sogenannten Europaparlaments, kommentiert diese Entscheidung unter Bezugnahme auf die gerichtliche Erkenntnis, wonach die AKP zu einem „Kristallisationspunkt" anti-säkularer Bewegungen geworden sei: „Diesen Satz sollte sich der Regierungschef zu Herzen nehmen ... Daß Erdogan nur knapp dem Verbotsantrag entgangen ist, muß ihn ausreichend alarmiert haben, um daraus zu lernen. Ein strahlender Sieger der Krise ist er also auch nicht." Hier zeigt sich die ideologiepolitische Arroganz einer sozialdemokratischen Minderheit, die 21 Prozent der Parlamentssitze einnimmt, aber mit Hilfe des Militärs sich einbildet, einer klaren Parlamentsmehrheit die politische Agenda vorschreiben zu können. Dies alles wohlgemerkt unter Berufung auf demokratische Ideologie und ausgestattet mit Parteiverbotsdrohpotential.

Die als „salomonisch" gelobte Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts hat die wirkliche Entscheidung zwischen Demokratie und Verwestlichung nur vertagt. Es hat gegen die parlamentarische Mehrheit kein Verbot ausgesprochen, sondern sie nur mit einer diffamierenden Begrifflichkeit überzogen, die an bundesdeutsche VS-Mitteilungen als Verbotssurrogat gemahnt. Die amerikanischen Demokratisierer und die ihnen zustimmenden „Europäer" meinen allerdings, mit dieser Art von Demokratie eine Dauerlösung etabliert zu haben: Man hat die islamistischen Parteien so lange mit demokratisch gemeinter Militärdiktatur und Parteiverboten traktiert, daß ihre Verwestlichung mittlerweile gelungen erscheint. Dieser Demokratisierungserfolg soll nach Ansicht der Berufseuropäer durch die EU-Mitgliedschaft der Türkischen Republik gesichert werden. Folge wäre, daß damit die mehr als problematische Demokratieschutzkonzeption nach Europa „eingebracht" würde, die allerdings (anders als die bundesdeutsche Konzeption) immerhin die Bildung von Nachfolgeorganisationen erlaubt hat. Bemerkenswerterweise hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof bereits das Verbot der Vorvorgängerin der AKP („Wohlfahrtspartei") abgesegnet, als deutsche Politiker wie Däubler-Gmelin (SPD) gerade das mittlerweile ausgesprochene Verbot der AKP-Vorgängerpartei („Tugendpartei") kritisiert hatten. Und dies zu einem Zeitpunkt, als sie gerade selbst ein bundesdeutsches Parteiverbot vorbereitet und mit ihrer Kritik an der Türkei völligen Mangel an Selbsterkenntnis zum Ausdruck gebracht haben! Dabei böte gerade die türkische Demokratieschutzkonzeption das Modell zum Aufbau wirklicher Wehrhaftigkeit!

In der Tat dürften Verwestlichung und damit auch Europäisierung der Türkei nur durch Aufrechterhaltung, wenn nicht Ausbau der Demokratieschutzkonzeption gewährleistet bleiben. In deren Zentrum steht das Parteiverbot, das durch ein System von Verbotssurrogaten (wie die wahlrechtliche Sperrklausel von 10 Prozent, die sich aber gegen die Bevölkerungsmehrheit als erfolglos erwiesen hat) ausgebaut werden könnte. Nicht ausgeschlossen ist allerdings, daß die Lösung des Verwestlichungsproblems auf Demokratie hinausläuft. Dies müßte dann nicht unbedingt eine Islamisierung bedeuten, sicherlich aber einen weiter verstärkten Nationalismus. Die danach angestrebte türkisch-islamische Synthese – *Türk-islam sentezi* – ordnet den Islam nach der Maxime „2500 Jahre (!) Türkentum, 1000 Jahre Islam und (nur) 150 Jahre westliches Denken" eindeutig dem Nationalismus unter. Aufgrund der zunehmenden Substanzlosigkeit der Sozialdemokratie bleibt den Anhängern der kemalistischen CHP kaum etwas anderes übrig, als den Weg ihres bekanntestes Vertreters, Bülent Ecevit, zu gehen. Ecevit hat sich von einem klassischen Sozialdemokraten und engen Freund Willy Brandts zum türkischen Nationalisten gewandelt. Die Bereitschaft der türkischen Sozialdemokratie zur Zusammenarbeit mit den einst aus den terroristischen Grauen Wölfen hervorgegangenen Rechtsextremisten der MHP zeigt die Richtung auf, die eine zur Entwestlichung führende formale Demokratie führen dürfte, sollte „Europa" darauf bestehen, daß die Türkei die Verfassungselemente beseitigt, die die Verwestlichung gesichert haben, dabei aber wirklich nicht als besonders demokratisch im konventionellen Sinne angesehen werden können.



Kapitalismus als höhere Vernunft: Ayn Rand

Vor 65 Jahren hatte Ayn Rand ihren erfolgreichsten Roman veröffentlicht, *The Fountainhead* (*Der ewige Quell*), der etwas später mit Gary Cooper in der Hauptrolle verfilmt wurde. Er gab den Architekten Howard Roark, gewissermaßen die Personifizierung des von Rand propagierten individualistischen, rundum unabhängigen Typus. Sowohl über eine Hollywood-Neuverfilmung dieses Stoffes als auch ihrer anderen, teils tausendseitigen Wälzer wird in Ayn-Rand-affinen (also: libertären, anarchokapitalistischen) Kreisen schon seit Jahren heiß spekuliert. Rand-Kenner in Deutschland sind rar, während die 1905 als Alissa Rosenbaum geborene Petersburgerin in ihrer Wahlheimat USA (sie starb 1982 in NY) weithin verehrt wird und ihre Werke als Klassiker gelten. Die deutsche Jugend lese ihren Hesse, die amerikanische ihre Ayn Rand, hieß es mal über den Kultstatus, den die Schriftstellerin und Vertreterin einer Philosophie des rationalen Objektivismus in den USA genießt. So kommt's, daß all die subtilen Anspielungen und Verweise in importierten erfolgreichen Pop-Serien wie *South Park*, den *Simpsons* und *Desperate Housewives* hierzulande unverstanden verpuffen. Eine klare Bildungslücke – selbst wenn man Rand für eine abgedrehte, materialistische Kurzdenkerin halten mag. Zu ihren „Schülern" wird auch Alan Greenspan gezählt. Bei *Lichtschlag* in Grevenbroich sind diesen Herbst gleich zwei Bücher über die kalte und eigenwillige Dame erschienen. David Schah läßt ihr Leben Revue passieren (*Ayn Rand. Ihr Leben*, 180 S., 19.90 €); Tibor R. Machan führt in ihre Werke ein (*Ayn Rand. Ihr Werk*, 330 S., 24.90 €).

Feminismus reloaded

Die *Emma* pflegt zwar zahlreiche LeserInnenbriefe mit Photos zu unterlegen, auf denen ansehnliche Ladies Gesicht zeigen. Auf Schwarzer-Vorträgen wird aber schnell klar, wie es im Durchschnitt ums Lesepublikum bestellt ist: Kurzhaarige 68jährige mit klunkerigen Ketten überm Pulli. Der gerade vergangene Mobbing-Zoff um die neue Chefredakteurin, die den Stuhl für Schwarzer wieder räumen mußte, bevor sie überhaupt ordentlich Platz genommen hatte, zeigte überdeutlich, daß dieser Dampfer kein Flaggschiff mehr sein will. Entsprechend abgetakelt waren die letzten Ausgaben. Vor einem Jahr hatten Damen wie Thea Dorn, Jana Hensel und ein paar andere selbsternannte Alpha-Mädchen zum Sturm auf Schwarzer geblasen. Mit der Erstausgabe des feministischen Popkulturmagazins *Missy* dürfte der Neue Feminismus – sexy und hip – nachhaltig Früchte tragen. Das viermal jährlich erscheinende Heft aus Hamburg, verantwortet von einer Handvoll Dreißigjähriger, die „Nägel lackieren", „Tiere mit weichem Fell" und „Sachen, die im Backofen aufgehen" als ihre Leidenschaften bezeichnen, ist eine Art *Cosmopolitan* für ältere Mädchen. Motto der Jungfeministinnen: „Ja, wir sind gemein und diskriminieren Männer. Aber dafür verdient ihr im Schnitt immer noch 22 Prozent mehr als wir. Das Leben ist eben kein Ponyhof." Ganz schön keß. Genau wie die Rubrik „Untenrum – Neues aus der Intimzone" mit Kamasutra-Praxistest und Ratgeber zum Vibratorenkauf. Der Slang, den man hier etablieren will, ist lässig, die Geste trotzig: „Wichtig ist, daß der Zeigefinger in der Nase bleibt!" Verena Kuni, ihres Zeichens Professorin für Visuelle Kultur, schreibt erläuterungsfrei über *Nerdgirls, Geeks* und *iVagPodcases* – tumbe Apfelkuchenbäckerinnen, die da nur Bahnhof verstehen. Aber an die wendet sich das Magazin halt nicht. Überhaupt wird der Frauenkörper hier ganz frei gehalten von seinem biologischen Potential. Christine Rösinger, eine kräftige, ältere Frau und Gründerin des Labels „Flittchenrecords" warnt (wie oft haben wir das seit '68 schon gelesen?) vor dem Stillen als Gleichberechtigungskiller. Und, so heißt es an anderer Stelle, wer halt doch schon was Leibhaftiges ausgebrütet hat, soll den Nachwuchs tunlichst aufklären, daß Orgasmen auch ohne Zeugungsbedarf großartig sein können. Das ist cool. Die Startauflage von 15.000 Exemplaren dürfte nur ein Anfang sein.

Adieu von Herzen

Manche Verzichtsübungen fallen gar nicht schwer. Wegen ein paar dutzend Millionen erwarteter Mindereinnahmen für 2009 aus Rundfunkgebühren stellt der RBB zum Jahresende zwei seiner Formate ein. In der Region Berlin-Brandenburg sind nicht nur rund 15 Prozent Rundfunkkonsumenten gebührenbefreit, zusätzlich ist hier die Quote zahlungsunwilliger Schwarzseher hoch. Dran glauben müssen sowohl das ARD-Format „Polylux" als auch „Radio Multikulti". Ersteres galt als verzichtbarer, weil auf cool getrimmter (Durchschnittsalter seines Publikums in Wahrheit: 54 Jahre), szenig-verbrämter, politisch peinlich korrekter Hauptstadt-Quatsch. Um letzteres kämpften zuletzt noch Integrationsmenschen wie Renate Künast und Klaus Staeck sowie die Türkische Gemeinde. In Erinnerung bleibt die Radio-Multikulti-Sendung „Erfolgsmodell Ausländer", die mit einfühlsamem Slogan geworben hatte: „Nicht blond, nicht blöd, nicht deutsch." (Die Klage eines blondblöddeutschen Zeitgenossen aufgrund Diskriminierung wurde seinerzeit amtlich abgewiesen.) Sparsamkeit, hier wird sie zur Tugend: Byebye!

Günter Rohrmoser ist tot

Am 15. September 2008, zwei Monate vor seinem 81. Geburtstag, ist Günter Rohrmoser ge-

storben. In der Todesanzeige stand: „Er hinterläßt in den Geisteswissenschaften eine Lücke, von der nicht absehbar ist, ob sie zu schließen ist." Angesichts der desolaten Lage der Geisteswissenschaften, in der sich insbesondere die konservative Seite befindet, ist das euphemistisch ausgedrückt. An Wissen und auch an Schlagfertigkeit kann ihm keiner das Wasser reichen. In seinem letzten Buch *Kulturrevolution in Deutschland. Philosophische Interpretationen der geistigen Situation unserer Zeit* (Hrsg. Harald Seubert, Gräfelfing: Resch 2008, 278 S., 24.90 €) wird nochmal deutlich warum: Rohrmosers Auseinandersetzung mit der „Frankfurter Schule" ist keine wehklagende Abrechnung, wie man sie an jeder konservativen Ecke zu hören bekommt, sondern ein ressentimentfreies Begreifen der Antriebe und damit auch des Erfolgs, der nicht zuletzt darin gründet, eine Antwort auf die Verwerfungen der Moderne zu haben. Und: Welcher konservative Theoretiker macht sich wie Rohrmoser Gedanken über die „ökologische Krise"? Eines bleibt im Rückblick auf sein Denken tragisch: Bis zuletzt hat Rohrmoser seine politischen Hoffnungen in die CDU gesetzt, hat sie für belehrbar gehalten, obwohl er bereits 1992 um den Ernst unserer Lage wußte: „Eher wird es einen Bürgerkrieg geben, als die multikulturelle Gesellschaft."



Niger sum sed formosa

Vermutlich besteht kein Bedarf, jemandem das Aussehen von Barack Obama zu beschreiben. Trotzdem ist seine Hautfarbe eine heikle Sache. Während einigermaßen klar ist, daß Eskimos Inuit heißen, alle, die nicht den Stämmen der Sinti und Roma angehören, wieder Zigeuner geheißen werden dürfen und „Kanake" allein als Selbstbezeichnung von Feridun Zaimoglu und den Seinen taugt, ist es bei den stärker pigmentierten Menschen schwierig, eine gefällige Sprachregelung zu finden. Der Entertainer Ron Williams fuhr jedenfalls dem *Deutschlandfunk*-Moderator über den Mund, als dieser jenen zu seiner Einschätzung befragte, wie bedeutsam es sei, daß nun ein Farbiger zum US-Präsidenten gewählt wurde. „Farbig" geht gar nicht. Seit die Initiative „Der braune Mob e.V." (was zu einer anderen Frage/Farbe führt …) vor ein paar Monaten entsprechende Anweisungen an Medienleute verschickte, halten sich die meisten daran, daß dunkelhäutigere Menschen als „Schwarze" zu bezeichnen sind – Afroamerikaner ginge auch noch, ist aber unpräzise; alles andere sei diskriminierend. Ein paar Jahre zuvor hieß es in einer ähnlich offiziösen Handreichung, „schwarz" in bezug auf Starkpigmentierte sei wegen allfälliger negativer Konnotationen (von Schwarzfahren über den Schwarzen Peter bis hin zur Schwarzen Magie) zu vermeiden. Mischling und Mulatte, was dem unbedarften Naivling zu Obama einfallen würde, ist wegen des Bezugs zu Zucht und Züchtung ein *no-go*. Also: Hautfarbe ist schlicht nicht der Rede wert. Wir stellen an den Pranger: Leibniz („Der Neger ist ein Mensch"), Hegel („Der Neger stellt den natürlichen Menschen in seiner ganzen Unbändigkeit dar"), Albert Schweitzer („Der Neger ist ein Kind"), Kant („Die Mohren können gemeiniglich gut laufen"). Die halbnigerianische Journalistin Abini Zöllner schrieb kürzlich in einem unterhaltsamen Beitrag in der *Berliner Zeitung*, wie ihre kleine Tochter auf die Sprachverwirrung reagierte: „Ich bin eine optische Täuschung."

Depenheuer: wichtige Korrektur!

Im Autorenportrait über Otto Depenheuer von Florian Wolfrum (*Sezession* 26) hat das Lektorat einen wichtigen Sachverhalt verschlimmbessert: Der Leser mußte den Eindruck gewinnen, Depenheuer halte die apriorische Freiheit des Menschen, wie sie den rational-individualistischen Staatsvertragstheorien zugrunde liegt, für disponibel. Tatsächlich gab der Verfasser eine Forderung Depenheuers wieder, diese Freiheit als „unhintergehbar" anzuerkennen. Wir bedauern den Fehler, der durch Rückfrage hätte vermieden werden können.

Man kann feste Standpunkte haben und dennoch von Perspektiven reden. Das ist kein Widerspruch. Unsere Anschauung ist perspektivisch. Dabei vertreten wir keine „Meinungen", die morgen durch simple Widerlegung oder eine „andere Sicht" in Frage stünden. Wir haben Standpunkte. Wie das geht?

PERSPEKTIVE — Die älteren Geschwister des Perspektivismus im Sinne eines Anti-Objektivismus sind die Ideologie und die Weltanschauung. Gemein ist jenen drei Brüdern, daß sie, mit Wilhelm Dilthey gesprochen, alle Allgemeingültigkeit beanspruchenden philosophischen Systeme mit ihren nie lösbaren Widersprüchen für nicht lebensfähig halten.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts waren universale Weltauslegungsversuche hinfällig geworden. Die alten Wunschbilder der „reinen Vernunft" oder der „objektiven Erkenntnis" hatten ausgedient. In der Philosophie gilt seither: Es gibt weder Welt noch Wahrheit, die von unseren Interpretationen unabhängig wären. Zum neuen Fundament wurden Werte – welche auch immer. Nun ist es ungefähr so: Ideologien hängt man an, Weltanschauungen teilt man, eine Perspektive nimmt man ein.

ZUERST VERWIRREN SICH DIE WORTE, DANN VERWIRREN SICH DIE BEGRIFFE, UND SCHLIESSLICH VERWIRREN SICH DIE SACHEN. (KONFUZIUS)

Insofern ist der Perspektivismus einerseits zurückhaltender als seine historischen (und akademisch längst diskreditierten) Vorgänger. Er beansprucht weder Heilsbedeutung (wie die Ideologie), noch rekurriert er (wie die Weltanschauung) auf ein gesellschaftlich faßbares Kollektiv. Andererseits verlangt der Perspektivismus nach einer aktiven, dynamischen Haltung. Er mag an alte Vorstellungen anknüpfen, kann sie aber nicht als Absolutheit anerkennen. Seine Formulierung bedarf der ständigen Prüfung.

Keinesfalls aber wird der Perspektivismus dadurch zu einem Pluralismus. Wenn jeder Standpunkt gleich gültig wäre, wäre ein Für- oder Wider-Sein gleichgültig. Der Perspektivist glaubt gerade nicht an ein Fortkommen durch diskursive Interaktivität, nicht an Kommunikationsprozesse, die ein buntschillerndes Häuflein „intersubjektiver Wahrheiten" zu Tage förderten. So in etwa verfahren postmoderne Standpunkt-Theoretiker: die Stellung innerhalb eines Herrschaftsverhältnisses sei ausschlaggebend für die jeweilige Perspektive. Aber nicht Affekte (als Ressentiments oder in Form einer moralischen Weltdeutung) bestimmen unsere Ansicht und unseren Ausblick. Die ständige Herausforderung des Perspektivismus, „Wahrheit" mit der ge- und erlebten Wirklichkeit in Deckung zu bringen, heißt eben nicht, mit der Wahrheit zu experimentieren.

Georg Simmel hat zwischen die Weltanschauung und den Perspektivismus die „Lebensanschauung" geschaltet. Dieses Konzept hatte bereits Nietzsche, der wohl bedeutendste aller Perpektivisten, ausführlich dargestellt. Er nannte den Perspektivismus eine „Artisten-Metaphysik", eine ästhetische Rechtfertigung des Daseins und der Welt. Insofern sei das Einnehmen einer Perspektive Ausdruck eines „Machtwillens": eine „Kraft zur Interpretation". Der Perspektivismus in diesem Sinne schöpft seinen beweglichen Bezug aus dem Wert, den eine Sache für das Leben darstellt.

STANDPUNKT — „Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein", sagt der Volksmund. Das stimmt. Volkes Mund beruft sich auf die je eigene Meinung, bestenfalls (der technizistische Bezug läßt grüßen!) auf eine „Einstellung". Meinung jedoch ist modeaffin, sie ist die Welle – und der Standpunkt der Fels, den sie umspült. Eine ähnliche Bildsprache bemühte schon Nietzsche, wenn er vom „Überspülen lebenswichtiger Orientierungsmarken" schrieb: „Die Grenzpfähle sind umgerissen, und alles stürzt auf den Menschen zu." Was er damals als „Charakter und Horizontbildung" faßte, würden wir heute Standpunkt und Identität nennen. Ein Standpunkt ist die Perspektive desjenigen, der durch das Chaos einer komplexen Wirklichkeit nicht irre wird, der dem Unüberschaubaren und der Möglichkeit etwas Gestaltetes gegenüberstellt. Die Flut des Wissenswerten und Meinbaren begrenzen, um Standpunkte zu gewinnen, die in den Dienst des Lebens gestellt werden, bezeichnete Nietzsche als Aufgabe der Bildung. Andernfalls gelangen wir von einem reinen Speichergedächtnis zu einem Funktionsgedächtnis. Dies aber (mit konservativen Denkern wie Odo Marquard und Herrmann Lübbe gesprochen) wäre eine „reine Kompensationsleistung auf Traditionsverlust".

Ein Standpunkt ist kein Dogma und kein Axiom. Trotz seiner Festigkeit ist er nicht starr, sondern – moderat – wandelbar. Er verkraftet keine Brüche, höchstens Sprünge hinauf – ein organisches Bild. Wer einen Standpunkt beansprucht, muß redlich verankert sein. Denken, Fühlen, Wollen sind in solchem Fall nicht mehr reinlich zu unterscheiden (Armin Mohler), und wir fügen hinzu: Er muß durchs Leben, auch durch den ganz privaten Vollzug, gedeckt sein. Insofern zurück zum Volksmund: „Wer hinter seinen Worten steht, braucht seinen Standpunkt nicht zu verteidigen" (Ernst Festl).

Ellen Kositza